



HESSISCHER LANDTAG

06. 03. 2012

99. Sitzung

Wiesbaden, den 6. März 2012

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	6769	Frage 627	
<i>Entgegengenommen</i>	6770	Timon Gremmels	6777
Vizepräsident Frank Lortz	6769	Minister Axel Wintermeyer	6777
Hermann Schaus	6770		
Vizepräsidentin Sarah Sorge	6812		
1. Fragestunde		Frage 628	
– Drucks. 18/5251 –	6770	Torsten Warnecke	6777, 6778
<i>Abgehalten</i>	6783	Minister Stefan Grüttner	6778
Vizepräsident Frank Lortz	6783		
Frage 615		Frage 629	
Frank-Peter Kaufmann	6770, 6771	Marius Weiß	6778
Minister Dieter Posch	6770, 6771	Minister Stefan Grüttner	6778
		Frank-Peter Kaufmann	6778
Frage 616			
Frank-Peter Kaufmann	6771	Frage 630	
Minister Boris Rhein	6771, 6772	Dr. Thomas Spies	6778, 6779
Judith Lannert	6771	Ministerin Eva Kühne-Hörmann	6778, 6779
Frage 618		Frage 631	
Hermann Schaus	6772	Dr. Thomas Spies	6779
Minister Dieter Posch	6772	Ministerin Eva Kühne-Hörmann	6779
Frage 620		Frage 632	
Wilhelm Reuscher	6773	Ismail Tipi	6779
Ministerin Dorothea Henzler	6773	Minister Stefan Grüttner	6779, 6780
Marcus Bocklet	6773	Mürvet Öztürk	6779, 6780
Frage 621		Frage 633	
Jürgen Lenders	6773	Ismail Tipi	6780
Minister Dieter Posch	6773	Minister Stefan Grüttner	6780
		Kordula Schulz-Asche	6780
Frage 622			
Norbert Schmitt	6774, 6775	Frage 634	
Ministerin Dorothea Henzler	6774, 6775	Mathias Wagner (Taunus)	6781
Mathias Wagner (Taunus)	6774	Ministerin Eva Kühne-Hörmann	6781
Frage 624		Frage 635	
Nancy Faeser	6775	Gerhard Merz	6781
Minister Boris Rhein	6775, 6776	Minister Stefan Grüttner	6781, 6782
Torsten Warnecke	6775	Bettina Wiesmann	6782
Mathias Wagner (Taunus)	6776	Marcus Bocklet	6782
Frage 625		Frage 636	
Timon Gremmels	6776	Daniel May	6782
Ministerin Lucia Puttrich	6776	Ministerin Eva Kühne-Hörmann	6782
Frage 626		Frage 637	
Marcus Bocklet	6776	Gerhard Merz	6783
Minister Stefan Grüttner	6777	Ministerin Dorothea Henzler	6783

	Seite		Seite
2. Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend „ Gemeinsam für die Region – Allianz für Lärmschutz 2012 “	6783	Tarek Al-Wazir	6799
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	6813	Michael Boddenberg	6803
36. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Fluglärmschutz verbessern und dauerhaft rechtlich absichern	6783	Janine Wissler	6804
– Drucks. 18/5333 –	6783	Frank-Peter Kaufmann	6812
<i>Abgelehnt</i>	6813	Günter Rudolph	6813
63. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Revisionsantrag gegen das Nachtflugverbot zurückziehen	6783	Vizepräsidentin Sarah Sorge	6813
– Drucks. 18/5363 –	6783	<i>Abstimmungsliste</i>	6821
<i>Abgelehnt</i>	6813	49. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen	
68. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend gemeinsam für die Rhein-Main-Region – Allianz für mehr Lärmschutz am Flughafen Frankfurt geschmiedet	6783	– Drucks. 18/5252 –	6783, 6813
– Drucks. 18/5369 –	6783	<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	6814
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	6813	Vizepräsidentin Sarah Sorge	6813
Ministerpräsident Volker Bouffier	6783	3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes (HLöG)	
Thorsten Schäfer-Gümbel	6788, 6798	– Drucks. 18/5250 –	6814
Dr. Christean Wagner (Lahntal)	6793, 6799	<i>Nach erster Lesung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	6820
Florian Rentsch	6798, 6809, 6813	Dr. Thomas Spies	6814, 6818
		Kordula Schulz-Asche	6815
		Irmgard Klaff-Isselmann	6816
		Jürgen Lenders	6818
		Dr. Ulrich Wilken	6819
		Minister Stefan Grüttner	6819
		Vizepräsidentin Sarah Sorge	6820

Im Präsidium:

Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsidentin Sarah Sorge

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen
beim Bund Michael Boddenberg
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Kultusministerin Dorothea Henzler
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
Sozialminister Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
Staatssekretärin Nicola Beer
Staatssekretär Werner Koch
Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretär Mark Weinmeister

Abwesende Abgeordnete:

Angela Dorn
Lisa Gnadl
Brigitte Hofmeyer
Dr. Judith Pauly-Bender
Marjana Schott
Kurt Wiegel

(Beginn: 14:00 Uhr)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung, begrüße Sie alle sehr herzlich und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn eine Delegation aus der serbischen Autonomen Provinz Vojvodina auf der Besuchertribüne begrüßen, angeführt vom Präsidenten Sándor Egeresi. Sie werden begleitet von der serbischen Generalkonsulin Aleksandra Dordevic. Wir begrüßen Sie sehr herzlich. Sie sind auf Einladung unseres Landtagspräsidenten hier zu Gast.

(Allgemeiner Beifall)

Nach der Begrüßung darf ich zur Tagesordnung kommen. Die Tagesordnung vom 28. Februar 2012 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 62 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung, Tagesordnungspunkte 50 bis 54, entnehmen können – –

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, wenn Sie nicht ruhiger sind, höre ich nichts, dann lese ich nur die Hälfte vor. Dann freuen sich vielleicht einige, aber dann stimmt das Protokoll nicht. Deshalb bitte ich Sie um Aufmerksamkeit.

Es sind fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Nach § 32 Abs. 6 beträgt die Aussprache für jeden zulässigen Antrag fünf Minuten je Fraktion, bei gemeinsamem Aufruf verlängert sich die Redezeit um die Hälfte. Die Aktuellen Stunden werden am Donnerstag um 9 Uhr, wie eben beschlossen, abgehalten.

Abweichend von der Tagesordnung haben die Geschäftsführer Folgendes vereinbart:

Der Gesetzentwurf unter Tagesordnungspunkt 3 wird nur dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, ebenso wie der Antrag unter Tagesordnungspunkt 41.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 27 wird nach der Aktuellen Stunde, Tagesordnungspunkte 50 und 52, aufgerufen und ohne Aussprache an den Umweltausschuss überwiesen; und der Antrag unter Tagesordnungspunkt 24 wird nach der Aktuellen Stunde, Tagesordnungspunkt 53, aufgerufen und ohne Aussprache an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Tagesordnungspunkt 49, die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen, wird heute nach der Regierungserklärung aufgerufen. Die Petition Nr. 2882/18 kommt im Rahmen der Debatte zur Regierungserklärung zur Aussprache und wird am Schluss getrennt abgestimmt, danach der Rest der Petitionen.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Revisionsantrag gegen das Nachtflugverbot zurückziehen, Drucks. 18/5363. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 63. Wenn dem nicht widersprochen wird, können wir ihn mit Tagesordnungspunkt 2 zu dem Thema aufrufen.

Weiter eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend keine Privatisierung von Kliniken, Drucks. 18/5364. – Die Dringlichkeit wird ebenfalls bejaht. Dann wird dieser Dringliche Ent-

schließungsantrag Tagesordnungspunkt 64 und könnte, wenn dem keiner widerspricht, mit den Tagesordnungspunkten 26 und 33 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Zustimmung.

Außerdem eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Abg. Dr. Spies, Merz, Decker, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Rechtsanspruch bleibt Rechtsanspruch – Zahlenspiele helfen nicht weiter, Drucks. 18/5365. – Die Dringlichkeit wird ebenfalls bejaht. Dann wird dies Tagesordnungspunkt 65, und da keiner widerspricht, wird dies mit Tagesordnungspunkt 35 zu diesem Thema aufgerufen.

Dann ist eingegangen ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Nordhessen nutzt die Chancen der Energiewende und steht vor den Herausforderungen des demografischen Wandels, Drucks. 18/5366. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 66 und könnte mit Tagesordnungspunkt 40 zu dem Thema aufgerufen werden. – Einverstanden.

Ebenfalls noch eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „fauler Solarkompromiss“ der Bundesregierung gefährdet Hessens Solarwirtschaft, Drucks. 18/5367. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 67 und kann, da kein Widerspruch ist, nach den Tagesordnungspunkten 50 und 52, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, aufgerufen und ohne Aussprache direkt abgestimmt werden.

Weiterhin eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend gemeinsam für die Rhein-Main-Region – Allianz für mehr Lärmschutz am Flughafen Frankfurt geschmiedet, Drucks. 18/5369. – Die Dringlichkeit wird ebenfalls bejaht. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 68 und kann, wenn dem keiner widerspricht, mit Tagesordnungspunkt 2 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Ebenfalls Übereinstimmung.

Zu guter Letzt ist eingegangen ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Solarförderung auf vertragliches Maß reduzieren – Verbraucher vor steigenden Strompreisen schützen – Planungssicherheit gewährleisten, Drucks. 18/5370. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 69 und kann, da keiner widerspricht, nach den Tagesordnungspunkten 50 und 52, der Aktuellen Stunde, aufgerufen und ohne Aussprache direkt abgestimmt werden.

Das war das, was wir hier haben. Dann stelle ich fest, dass die Tagesordnung in der so geänderten Form genehmigt ist.

Zum Ablauf der Sitzung. Wir tagen heute bis 19 Uhr. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1, der Fragestunde, danach Tagesordnungspunkt 2, Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten. Damit werden die Tagesordnungspunkte 36, 63 und 68 sowie 49 aufgerufen.

Entschuldigt fehlen bzw. werden in dieser Woche fehlen: Staatsminister Axel Wintermeyer am 07.03. ab 15:45 Uhr und am 08.03. ganztägig, Staatsministerin Dorothea Henzler am 07.03. ab 14 Uhr und am 08.03. ganztägig, Staatsminister Michael Boddenberg am 07.03. bis 11 Uhr, Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann am 07.03. ab 13 Uhr und

am 08.03.12 ganztägig, Staatsminister Dieter Posch am 08.03. ab 14 Uhr, Staatsminister Dr. Thomas Schäfer am 07.03. ganztägig.

(Günter Rudolph (SPD): Ist noch jemand da? – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie einfach, wer da ist! – Weitere Zurufe)

– Meine Damen und Herren, ich lese Ihnen die Entschuldigungen vor und bitte, mich nicht zu beschimpfen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Entschuldigt sind Frau Abg. Judith Pauly-Bender für das gesamte Plenum – sie ist erkrankt –, Frau Abg. Brigitte Hofmeyer ebenfalls für das gesamte Plenum – sie ist erkrankt –, Frau Abg. Lisa Gnadt am 06.03. und 07.03. und Frau Abg. Angela Dorn ab sofort bis Ende Mai wegen Mutterschutz.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch nicht!)

Im Ältestenrat wurde beschlossen, dass für die Zeit des Mutterschutzes Herr Abg. Klose Frau Abg. Dorn als Schriftführer vertritt. – Das packt er.

Dann haben wir heute einen Geburtstag. Ich sehe aber, dass sie gar nicht da ist. Ihren Geburtstag begeht heute Frau Staatssekretärin Petra Müller-Klepper.

(Minister Stefan Grüttner: Sie ist erkrankt!)

– Sie ist erkrankt, trotzdem hat sie Geburtstag.

(Heiterkeit)

Auch wenn sie erkrankt ist, gratulieren wir ihr zum Geburtstag und wünschen ihr alles Gute für ihre Gesundheit.

(Allgemeiner Beifall)

So weit von mir. Der Kollege Schaus wünscht das Wort – zur Geschäftsordnung, nehme ich an.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich möchte nur Frau Abg. Schott aus unserer Fraktion für die gesamte Plenarwoche krankmelden und entschuldigen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Frau Kollegin Schott ist ebenfalls entschuldigt.

Gibt es noch irgendetwas? – Das ist nicht der Fall.

Dann steigen wir in die Tagesordnung ein. **Tagesordnungspunkt 1:**

Fragestunde – Drucks. 18/5251 –

Es beginnt mit der **Frage 615** des Abg. Frank-Peter Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

In welcher Weise sorgt sie dafür, dass der neu ernannte Fluglärmbeauftragte im Gegensatz zu seinem Vorgänger als Gesprächspartner auch für Bürgerinitiativen zur Verfügung steht?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Wirtschaftsminister.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Kaufmann, der Fluglärmenschutzbeauftragte des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ist eine unabhängige, allen Bürgern zugängliche Einrichtung. Hierauf habe ich bei der Vorstellung des neuen Fluglärmenschutzbeauftragten ausdrücklich hingewiesen. Selbstverständlich können ihn auch Mitglieder von Bürgerinitiativen jederzeit ansprechen.

Seine Hauptaufgabe ist die Entgegennahme von Anzeigen über konkrete Fluglärmbeschwerden aufgrund von Flugwegabweichungen und deren Untersuchung sowie die systematische eigene Beobachtung des Luftverkehrs am Frankfurter Flughafen im Hinblick auf Lärmvermeidungspotenzial.

Darüber hinaus steht als Forum für Flughafenthemen das Umwelt- und Nachbarschaftshaus unter dem Dach des Forums Flughafen und Region, FFR, zur Verfügung, das einen intensiven Dialog mit den einschlägigen Bürgerinitiativen pflegt.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Herr Kollege Kaufmann, Zusatzfrage.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, darf ich Ihre Antwort so verstehen, dass der Fluglärmbeauftragte auch weiterhin nicht für Veranstaltungen von z. B. Bürgerinitiativen zum Thema Fluglärmbelastungen zur Verfügung stehen wird?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Kaufmann, ich habe angesichts der Vorstellung des Fluglärmenschutzbeauftragten darauf hingewiesen, dass er unabhängig und nicht weisungsgebunden ist. Aus meiner Antwort auf Ihre Frage ergibt sich, dass er auch für Bürgerinitiativen zur Verfügung steht. Allerdings muss die Entscheidung des Fluglärmenschutzbeauftragten in eigener Verantwortung erfolgen, insbesondere weil eine Vielzahl von Initiativen auf ihn zukommt, gerade in der gegenwärtigen Zeit, um Gespräche mit ihm zu führen. Welche Prioritäten er dort setzt, ist in seinem eigenen Verantwortungsbereich.

Ich habe nur darauf hingewiesen, welches die primäre Aufgabe ist, nämlich Fluglärmbeschwerden nachzugehen, zu überprüfen, warum es zu Abweichungen gekommen ist, um auf diese Art und Weise dem Petenten gegenüber deutlich zu machen, dass sein Anliegen ernst genommen wird. Das schließt aber weiter gehende Aktivitäten nicht aus. Darauf habe ich ausdrücklich hingewiesen. Dass das aber nicht in jedem Fall dazu führen kann, dass alle Wünsche befriedigt werden, ist klar. Insbesondere die öffentliche Darstellung über den neuen Fluglärmenschutzbeauf-

tragten hat dazu geführt, dass er eine Vielzahl von Einladungen bekommen hat, die er nur im Rahmen seiner tatsächlichen Möglichkeiten befriedigen kann.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Herr Kollege Kaufmann.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, noch eine Frage. Wird Ihrer Kenntnis nach oder auch Ihrer Absicht nach, ohne eine Weisungsbefugnis in Anspruch zu nehmen, der Fluglärmschutzbeauftragte den Beschwerden im Einzelfall auch durch eigene konkrete Recherchen nachgehen, oder wird er sich weiterhin auf das verlassen, was ihm von dritter Seite zu den jeweiligen Fällen mitgeteilt wird?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Kaufmann, ich habe bei der Vorstellung des Fluglärmschutzbeauftragten darauf hingewiesen, dass wir eine Person ausgewählt haben, die in zweifacher Weise qualifiziert ist. Zum einen hat er die Pilotenlizenz, und zum Zweiten ist er Jurist, der sich in der Vergangenheit auf dem Gebiet des Luftrechts betätigt hat. Daher gehe ich davon aus, dass er nicht nur darauf angewiesen ist, Vorgänge vorgelegt zu bekommen und zu bewerten, sondern dass er selbst über den Sachverstand verfügt, um die Anliegen der Petenten bewerten zu können.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – **Frage 616** des Abg. Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Mit welcher Absicht ist vorgesehen, eine finanzielle Hilfe aus dem Landesausgleichsstock für die Stadt Erbach im Odenwald zeitnah vor der Bürgermeisterwahl am 11. März unter Einsatz des CDU-Kandidaten öffentlich mitzuteilen?

(Lachen bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abg. Kaufmann, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vom Fragesteller unterstellte Absicht, finanzielle Hilfe aus dem Landesausgleichsstock zeitnah vor der Bürgermeisterwahl am 11. März unter Einsatz des CDU-Kandidaten öffentlich mitzuteilen, besteht nicht. Auf Antrag ist nach entsprechender Prüfung vorgesehen, der Stadt Erbach im Odenwald eine Zuweisung für unvermeidbare Fehlbeträge für die Haushaltsjahre 2005,

2007 und 2008 aus dem Landesausgleichsstock zu gewähren. Hinsichtlich der künftigen Perspektive finanzieller Konsolidierungen sowie der mit der Zuweisung verbundenen Auflagen gibt das Ministerium den Verantwortlichen der antragstellenden Kommunen vor der endgültigen Entscheidung die Gelegenheit zum Gespräch. Der Bürgermeister von Erbach will dieses Gesprächsangebot auch annehmen. Mit ihm ist ein Termin am 28. März 2012 vereinbart worden.

Es ist seitens des Ministeriums auch weiterhin nicht vorgesehen, die Entscheidung über Zuwendungen aus dem Landesausgleichsstock öffentlich mitzuteilen; es sei denn, sie werden über mündliche Fragen im Plenum des Hessischen Landtags zum Thema gemacht. Über eine Unterrichtung der Öffentlichkeit entscheidet im Übrigen der Magistrat selbst.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Frau Kollegin Lannert.

Judith Lannert (CDU):

Herr Minister, teilen Sie meine Auffassung, dass die Frage des Kollegen Kaufmann nur dadurch zustande kam, weil die grüne Gegenkandidatin Weyrauch, deren Ehemann im Magistrat der Kreisstadt sitzt, magistratsinterne Informationen des Bürgermeisters, die offensichtlich auch noch falsch verstanden wurden, weitergegeben hat?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Rhein.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Aufmerksamkeit.

(Zuruf von der CDU: Das ist ungeheuerlich! – Peter Beuth (CDU): Schönes Eigentor!)

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Ausschließen möchte ich hier überhaupt nichts. Aber das wäre ein Verstoß gegen die geltenden Regelungen. Insofern möchte ich zugunsten der betreffenden Dame annehmen, dass sie sich durchaus an die Regeln hält. Alles andere wäre nicht konform und als problematisch zu bewerten.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Herr Kollege Kaufmann.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, da Erbach auch auf der Liste der Schuttschirmkommunen steht, frage ich: Ist eine finanzielle Hilfe aus dem Landesausgleichsstock und parallel dazu aus dem Schuttschirm möglich und vorgesehen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Es ist eine Unterstützung aus dem Landesausgleichsstock so vorzunehmen, wie sie vorzunehmen ist, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.

(Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Gibt es noch Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Frage 618 des Kollegen Schaus, DIE LINKE.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie wurden am Vogelschlagvorwarnsystem Mivotherm an den Standorten Klaraberg, Raunheim und Eddersheim im Mai 2011 „praktische Tests der vollständig installierten Anlage“ durchgeführt (Drucks. 18/4417), wo zu diesem Zeitpunkt die Anlage nach unseren Informationen noch nicht errichtet war?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Schaus, wir haben Ihre Kleine Anfrage, Drucks. 18/4417, beantwortet. Ich will aber noch einmal darauf eingehen, weil es offensichtlich zu Missverständnissen gekommen ist:

Im Februar 2008 und im Februar 2009 wurde das System Mivotherm im Auftrag der Fraport AG von der Carl Zeiss Optronics GmbH und der Baader Konzept GmbH im Labor und im Rahmen von Feldversuchen getestet. Im Jahr 2010 fanden ausführliche Tests von dem Zusammenspiel der einzelnen Systemkomponenten und Baugruppen statt.

Mit der sukzessiven [also schrittweisen] Erschließung, Errichtung und Inbetriebnahme der drei Kamerastandorte, beginnend mit dem Standort Klaraberg am 10.01.2011, gefolgt vom Standort Raunheim am 25.04.2011 und Standort Eddersheim am 05.05.2011, fanden [beginnend am Standort Klaraberg] praktische Tests der ... Anlage statt. Der Testbetrieb hat bestätigt, dass Flughöhe und Flugeschwindigkeit eines Vogelschwarms sowie die Schwarmgröße entsprechend den Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses ... bestimmt werden können.

Die Übermittlung von Warnmeldungen in Echtzeit an die Deutsche Flugsicherung wurde ebenfalls erfolgreich getestet.

Diese Antwort bezieht sich auf den Zeitraum bis einschließlich September 2011 und basiert auf konkreten Angaben und Informationen der Flughafenbetreiberin Fraport, die für den Aufbau, die Installation, Tests und den ordnungsgemäßen Betrieb der Anlage verantwortlich ist, sowie auf konkreten Aussagen der Deutschen Flugsicherung über das Ergebnis der Abnahme zur Darstellung und Übermittlung der Vogelzugwarnungen durch das Mivo-

therm-System an die Systeme der Deutschen Flugsicherung. Die Komplettierung der Anlage – bestehend aus Kameraturm sowie dem Container mit Computeranlagen und Reinigungssystemen – wurde am letztgenannten Standort Eddersheim im Juli 2011 vollständig abgeschlossen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Kollege Schaus, eine Zusatzfrage.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Minister, ich möchte noch wissen, warum – ausweislich der von Ihnen erstellten Gutachten, die erst wenige Tage vor Inbetriebnahme der Nordwestlandebahn vorgelegt worden sind – das Mivotherm-System in Eddersheim nicht begutachtet wurde.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich kann nicht bestätigen, dass der Standort Eddersheim nicht begutachtet worden ist. Ich habe eben durch meine Erläuterung klargestellt, dass die Anlage in Eddersheim erst im Juli 2011 komplettiert worden ist.

Vizepräsident Frank Lortz:

Danke sehr. – Noch eine Zusatzfrage, Herr Kollege Schaus.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Minister, sind Sie bereit, aufgrund der aktuellen Berichterstattung in den Medien nunmehr zuzugeben, dass das Vogelschlagwarnsystem Mivotherm beim Anflug auf die Nordwestlandebahn am 21.11.2011 nichts angezeigt hat?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Das kann ich nicht bestätigen, denn ich habe Ihnen gesagt, was Fraport und die DFS uns zu diesem Problembereich genannt haben. Die Tests waren erfolgreich. Das Einzige – was offensichtlich auch in der Beantwortung Ihrer Anfrage dazu geführt hat, dass Sie es so interpretiert haben – war, dass Eddersheim im Mai noch nicht komplett erstellt war.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Keine weitere Zusatzfrage.

Frage 620, Herr Abg. Reuscher, FDP.

Wilhelm Reuscher (FDP):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Ziele verfolgt das Hessische Kultusministerium mit der Initiative „Gütesiegel Berufsorientierung Hessen“?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur die allerbesten!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kultusministerin.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Herr Abg. Reuscher, selbstverständlich nur die allerbesten Ziele. Ziel des „Gütesiegels Berufs- und Studienorientierung Hessen“, das als „Gütesiegel Berufsorientierung Hessen“ im Zuge der landesweiten Strategie OLoV – „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen“ – von den Partnern des Hessischen Pakts für Ausbildung initiiert wurde, ist es, die Aufgaben im Bereich der Berufs- und Studienorientierung nachhaltiger an den Schulen zu verankern und den Schulen so einen Anreiz zu bieten, sich in diesem Bereich verstärkt zu engagieren.

Seit dem Schuljahr 2010/2011 wird das Gütesiegel an Schulen vergeben, die eine vorbildliche Berufsorientierung nach den OLoV-Qualitätsstandards umsetzen. Ab der Ausschreibungsrunde 2011/2012 werden auch Schulen mit Sekundarstufe II zur Bewerbung aufgerufen, die ein herausragendes Konzept der Berufs- und Studienorientierung umsetzen. Das Gütesiegel soll den Schulen die Möglichkeit bieten, im Rahmen des Bewerbungsverfahrens ihre Konzepte selbst zu analysieren und deren Umsetzung zertifizieren zu lassen. Mit dem Gütesiegel für vorbildliche Berufsorientierung können Schulen für jeden sichtbar belegen, dass sie die Standards von OLoV in herausragender Weise erfüllen. Eine intensive Berufsorientierung in der Schule hilft den Jugendlichen, den für sie passenden Beruf zu finden und Ausbildungsabbrüche zu reduzieren. Dies kommt in erster Linie den Schülerinnen und Schülern, aber auch den Unternehmen zugute.

Die Initiative „Gütesiegel Berufs- und Studienorientierung Hessen“ wird von den Schulen sehr begrüßt. Im Schuljahr 2010/2011 wurde das Zertifizierungsverfahren erstmalig in Hessen durchgeführt. Von den 134 Schulen der Sekundarstufe I, die eine Bewerbung einreichten, konnten 90 Schulen durch hervorragende Leistungen überzeugen. Die Auszeichnung dieser Schulen durch Wirtschaftsstaatssekretär Saebisch, VhU-Präsident Prof. Dieter Weidemann und durch meine Person fand am 6. September 2011 statt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Herr Kollege Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Frau Kultusministerin: Sehen Sie bei der Berufsorientierung an Hessens Schulen Defizite, und wenn ja, welche?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kultusministerin.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Ich sehe an der Berufsorientierung in Hessen kein Defizit. Aber das, was begonnen hat und gut ist, kann man immer noch verbessern und ausweiten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Eine Zusatzfrage.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kultusministerin, eine Nachfrage: Gibt es so ein Projekt auch in anderen Bundesländern? Gibt es da Erfahrungen? Oder sind wir hier in Hessen Vorreiter?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kultusministerin.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Ein Berufswahlsiegel wird in zehn Bundesländern vergeben. Hessen ist Mitglied des bundesweiten Netzwerkes Berufswahl-Siegel, das von der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule Wirtschaft koordiniert wird.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Keine weitere Wortmeldung.

Dann rufe ich **Frage 621** des Abg. Lenders von der FDP auf.

Jürgen Lenders (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

Hat die IG Metall in den Gesprächen mit der Landesregierung zur Rettung des manroland-Standortes Offenbach zum Ausdruck gebracht, dass sie mit dem Engagement der Landesregierung in dieser Angelegenheit unzufrieden ist?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Nein, Herr Kollege Lenders. In meinem Haus wurden Gespräche mit den Beteiligten geführt. In zwei Gesprächen am 29.11.2011 und am 11.01.2012 waren auch Vertreter des Betriebsrats von manroland und der IG Metall anwesend.

In diesen Gesprächen hat die IG Metall zum Ausdruck gebracht, dass ein Engagement des Landes zur Fortführung der insolventen manroland AG durch eine Landesbürgschaft erwartet werde. Das war in dem ersten Gespräch

am 29.11.2011. Dort waren Herr Kollege Grüttner und ich anwesend. Das war ein Dienstag; erst am Freitag zuvor hatte manroland den Insolvenzantrag gestellt. In diesem Gespräch haben wir darauf hingewiesen, dass das Land das Interesse hat, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. Wir haben aber auch darauf hingewiesen, dass wir keine Landeshilfen auf Zuruf gewähren können, sondern ein beurteilungsfähiges Konzept benötigen. Bemerkenswert ist, dass es entsprechend unserem Hinweis und dem des Insolvenzverwalters zu diesem Zeitpunkt möglich war – dies war die erste Frage, die sich gestellt hat –, ohne Beihilfen ein Massedarlehen zu bekommen.

In den geführten Gesprächen – insbesondere am 11.01.2012 – wurden auf Fachebene die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und insbesondere die restriktiven beihilferechtlichen Voraussetzungen einer möglichen Landesbürgschaft durch die Mitarbeiter meines Hauses erläutert. Die Gewährung einer Landesbürgschaft setzt nämlich ein tragfähiges Fortführungskonzept sowie die Bereitschaft zur Kreditvergabe einer Bank voraus, die auch bereit ist, ein eigenes Risiko zu übernehmen. Es wurde klargestellt, dass wir bei Vorliegen dieser Voraussetzungen kurzfristig einen Bürgschaftsantrag prüfen und uns über den Bund an die Europäische Kommission wenden. Auch wurde angeboten, im Vorfeld für informelle Abstimmung und Hilfestellung zur Verfügung zu stehen.

Hinsichtlich der erbetenen Unterstützung zur Inanspruchnahme des Europäischen Globalisierungsfonds wurde auf das hierfür zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales hingewiesen. Das Hessische Sozialministerium hat hierfür einer durch den Insolvenzverwalter vorzunehmenden Antragstellung Unterstützung zugesagt.

In den Gesprächen wurden Ansprechpartner der Landesregierung benannt. Zudem wurden zwischenzeitlich mehrere Gespräche mit dem Beihilferat des Bundeswirtschaftsministeriums geführt, über das BMWi informell die Europäische Union kontaktiert und dem Insolvenzverwalter die erforderlichen Unterlagen für Bürgschaften und Rettungsbeihilfen – Letzteres war insbesondere wichtig für die Europäische Union – übersandt.

In den Gesprächen wurde nach Einschätzung der hieran beteiligten Mitarbeiter die Aussage, wonach zu einer Bürgschaft zwingend ein überzeugendes Fortführungskonzept des Insolvenzverwalters mit Businessplan der Hausbank vorzulegen sei, auch von Gewerkschaftsseite insgesamt akzeptiert, bzw. es wurde keine Unzufriedenheit geäußert. Aus Sicht der Landesregierung war vor diesem Hintergrund mit Abschluss der beiden Gespräche nicht erkennbar, dass man mit dem bisherigen Engagement unzufrieden ist. Die anschließend öffentlich geübte Kritik ist daher nicht verständlich und muss andere Gründe haben; sie kann nicht in der Sachbearbeitung durch die Landesregierung begründet liegen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das war es zu dem Punkt.

Frage 622 des Abg. Schmitt, SPD.

Norbert Schmitt (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Macht sie sich die Aussage von Birgit Homburger – stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende – zu eigen, die nach der „Wirtschaftswoche“ vom 28. November 2011 erklärt haben soll: „Die Kultusministerkonferenz ist eine Schnarchzapfenveranstaltung“?

(Günter Rudolph (SPD): Das ist unglaublich!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kultusministerin.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Herr Abg. Schmitt, nein. Die Landesregierung macht sich diese Aussage nicht zu eigen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Herr Kollege Schmitt.

Norbert Schmitt (SPD):

Wissen Sie denn, ob sich diese Äußerung auf ein spezielles Ereignis oder einen speziellen Vorgang bezogen hat oder ob das eine Gesamtwürdigung Ihrer Parteifreundin zur Kultusministerkonferenz gewesen ist?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kultusministerin.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Diese Äußerung hat sich auf ein konkretes Thema bezogen, und zwar auf die Einführung der Bildungsstandards, die in den Ländern unterschiedlich eingeführt worden sind. In Hessen sind sie eingeführt, in anderen Bundesländern sind sie nicht eingeführt. Die Kultusministerkonferenz hat sie allerdings vor sechs Jahren bereits beschlossen. Dass sie in verschiedenen Ländern nicht eingeführt worden sind, liegt in der Verantwortung der Länder und nicht in der Verantwortung der Kultusministerkonferenz.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Kollege Mathias Wagner.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, könnte es sein, dass die Wahrnehmung Ihrer Parteikollegin Homburger der Kultusministerkonferenz als „Schnarchzapfenveranstaltung“ durch die Mitglieder der Kultusministerkonferenz der FDP geprägt ist, die Frau Homburger intensiver kennt?

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kultusministerin.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Verehrter Herr Kollege Wagner, diese Unterstellung weise ich auf das Entschiedenste zurück. Aber ich kann dem neuen Präsidenten der Kultusministerkonferenz, dem SPD-Parteifreund aus Hamburg, am Donnerstag diese Frage stellen. Deshalb bin ich nämlich am Donnerstag nicht im Plenum, sondern auf der Kultusministerkonferenz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Kollege Schmitt.

Norbert Schmitt (SPD):

Haben Sie Frau Homburger einmal persönlich angesprochen und ihr deutlich gemacht, dass ihre Kollegen in der Kultusministerkonferenz und Sie selbst recht munter sind?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kultusministerin.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Selbstverständlich habe ich mit Frau Homburger darüber gesprochen und ihr auch deutlich gemacht, wie sehr gut und zielführend die Kultusministerkonferenz arbeitet.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Keine weiteren Zusatzfragen.

Frage 624 der Abg. Nancy Faeser, SPD-Fraktion.

Nancy Faeser (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Aus welchen Gründen steht Innenminister Rhein für den Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises für Gespräche über kommunalaufsichtsrechtliche Fragen nicht zur Verfügung?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Innenminister.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Der Hessische Minister des Innern und für Sport schätzt alle Landräte des Landes Hessen gleichermaßen. Deswegen steht er allen jederzeit, aber nicht nur jederzeit, sondern insbesondere gerne für Gespräche zur Verfügung. Wenn aber in der in Rede stehenden Angelegenheit das Gespräch mit dem hoch geschätzten Staatssekretär geführt worden ist, dann besteht kein Anlass, dass in derselben Angelegenheit redundant ein Gespräch mit dem Minister geführt wird, zumal es im Übrigen auch nicht zu anderen Entscheidungen gekommen wäre, weil der Staatssekretär und der Minister niemals unterschiedliche Entscheidungen treffen

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kennt man von Volker Bouffier!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Er ist noch nicht fertig; dann mach weiter.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

– ich bin fast am Ende, ich habe nur den Applaus und das Gelächter genossen – und sich insbesondere stets abstimmen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Das war es jetzt? – Dann kommt der Kollege Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Ist dem Innenminister des Landes Hessen bekannt, wonach der ehemalige große Bürger der Stadt Frankfurt Goethe gesagt hat: „Redundanz erhöht das Geschäft“?

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Innenminister.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Das ist eine Frage, die man so oder so nach dem 11. oder welchem März dann auch immer entsprechend befolgen muss.

(Günter Rudolph (SPD): Der 25. wird zu knapp!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Kollegin Faeser.

Nancy Faeser (SPD):

Herr Innenminister, halten Sie es für angemessen, wenn ein Innenminister auf die Gesprächsanfrage eines Landrats antwortet, für ihn stehe er nicht zu einem Gespräch zur Verfügung?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Innenminister.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Man müsste zunächst einmal klären, welcher Minister das zu welchem Landrat gesagt hat.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Wagner, Zusatzfrage.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, Sie sprechen die enge Abstimmung zwischen dem Staatssekretär und dem Innenminister im Innenministerium an. Galt diese enge Abstimmung auch zu Zeiten, als Sie Staatssekretär im Innenministerium waren, und dürfen wir dem entnehmen, dass Sie auch die Verantwortung für alle Fehler des früheren Innenministers Volker Bouffier übernehmen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Innenminister.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Mir sind keine Fehler des ehemaligen Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier bekannt.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Volker Bouffier und ich haben immer eine enge und freundschaftliche Abstimmung in allen Fragen gehabt. Genau in dieser engen Kontinuität und Tradition stehen auch Werner Koch und ich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hans-Christian Mick (FDP))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – **Frage 625** des Abg. Gremmels, SPD-Fraktion.

Timon Gremmels (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Warum ist in der Broschüre „Hessischer Energiegipfel – Umsetzung der Hessischen Landesregierung“, die Umweltministerin Lucia Puttrich am 24. Januar der Öffentlichkeit vorstellte, kein einziges Landschaftsbild mit einer Biogasanlage, einer Windkraftanlage oder von Fotovoltaik bzw. Solarthermie zu sehen, obwohl es doch einvernehmliches Ziel des Energiegipfels war, die erneuerbaren Energien auszubauen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Gremmels, offensichtlich unterschätzt der Fragesteller die Leserinnen und Leser der Broschüre „Hessischer Energiegipfel – Umsetzung der Hessischen Landesregierung“. Die interessierten Leserinnen und Leser erwarten keine Bilder, sondern Informationen.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneter der SPD – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Oh!)

Sie haben das Recht auf eine ansprechende Information über die Ziele des Energiegipfels und den Weg der Landesregierung zur Umsetzung dieser Ziele. Dies ist mit der Broschüre auch gelungen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann hätte es keine Bilder gebraucht!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Kollege Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Ich frage dann die Landesregierung, warum sie überhaupt Bilder in die Broschüre aufgenommen hat.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Ministerin ist auf der ersten Seite! – Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Allgemeine Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Gremmels, ich bin beruhigt, dass Sie nichts Wesentlicheres als solche Bilder in der Broschüre beschäftigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf Ihnen sagen, dass jeder Leser bis jetzt festgestellt hat, dass die grafische Auflockerung eines Textes das Lesen angenehmer macht – Ihnen offensichtlich auch. Besten Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frage 626 des Abg. Bocklet, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie wird sie die Forderung der Staatssekretärin Frau Müller-Klepper in der „FR“ vom 1. Februar 2012 für ein „Entgelt-Gleichstellungsgesetz“ unterstützen, das den „skandalösen“ Zustand bekämpfen will, dass die „Lohnlücke von 23 % [zwischen Männern und Frauen] seit nunmehr zehn Jahren besteht und sich nichts tut“?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, das Hessische Sozialministerium wird auf der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz einen Antrag auf ein Entgelt-Gleichstellungsgesetz stellen.

(Norbert Schmitt (SPD): Gesetzentwurf vorlegen, oder was? – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ui!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frage 627 des Abg. Gremmels, SPD.

Timon Gremmels (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Warum ist der Medienberater, den sie für die Begleitung des Energiegipfels eingestellt bzw. engagiert hat, nicht in der Auflistung der Kosten des Energiegipfels – meine Kleine Anfrage Drucks. 18/4700 – aufgeführt, obwohl die Schaffung einer solchen Position gegenüber den Teilnehmern des Energiegipfels durch die Landesregierung angekündigt wurde?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Wintermeyer.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident! Herr Abg. Gremmels, Ihre Frage wundert mich. Für die dem Energiegipfel vorgestellten Leistungen des Beraters des Hessischen Ministerpräsidenten entstanden keine Kosten. Herr Abg. Gremmels, dies ergibt sich bereits aus der Beantwortung der Frage 1 b letzter Satz Ihrer Kleinen Anfrage vom 23. Januar 2012, Drucks. 18/4700, die ich zur nochmaligen Lektüre empfehle.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sollten Sie Bilder reinmachen! – Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Gremmels, noch eine Nachfrage.

Timon Gremmels (SPD):

Bei der letzten Frage, auf die sich Herr Wintermeyer bezieht, geht es um die Hosting-Kosten für den Web-Auftritt von monatlich 80 €. Das kann nicht mit meiner eben gestellten Frage übereinstimmen. Hier bitte ich um Nacharbeit.

Meine Frage, die sich daran anschließt, ist: Sie haben in der Gesamtaufstellung die Kosten aufgeführt, die für die einzelnen Arbeitsgruppen in den Ministerien angefallen sind, nur offensichtlich beim Ministerium der Finanzen nicht. Es geht um die Arbeitsgruppe des Ministeriums der Finanzen im Energiegipfel, die schließlich für die Energieeffizienz und die Energieeinsparung zuständig war. Wo sind die Kosten abgebildet?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Wintermeyer.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Abg. Gremmels, ich darf wiederholen. Ihre Frage 1 lautete: Welche Gesamtkosten sind entstanden? Dort haben wir unter 1 b geantwortet – ich zitiere noch einmal –:

Die Staatskanzlei hat sich keiner kostenverursachenden externen Beratung bedient.

Das ist die Frage, die Sie gestellt haben. Die haben wir Ihnen beantwortet.

Hinsichtlich der Beantwortung der Frage 1 a, wieso beim HMdF keine Kosten entstehen: Da sind auch keine Kosten angefallen. Wir haben es Ihnen ordnungsgemäß so mitgeteilt, wie es ist.

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Gremmels, noch eine Zusatzfrage.

Timon Gremmels (SPD):

Noch einmal die Frage: Wenn in allen Ressorts, die Arbeitsgruppen geleitet haben, Kosten angefallen sind, warum sind im Finanzministerium, das sich mit der spannenden Frage der Energieeffizienz und -einsparung befasst hat, keine Kosten angefallen? Das erschließt sich mir nicht, und ich bitte um Beantwortung.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Wintermeyer.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Nochmals, Herr Gremmels: Wir können Ihnen sicherlich noch die einzelnen Bleistifte aufführen, wenn Sie das unter Kosten entsprechend beantwortet haben wollen. Wir haben Ihnen zur Frage 1 a Sachkosten angegeben, und in den jeweiligen Ministerien, ob das HMdF, HKM, HMWK oder HSM ist, sind keine Sachkosten angefallen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Weitere Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Frage 628 des Kollegen Warnecke, SPD.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich darf die Landesregierung fragen:

Wie hat sich in Hessen nach Ausbruch der Weltfinanzkrise Ende des Jahres 2008 das Gesamtvolumen der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstunden im Verhältnis zum Vorkrisenniveau entwickelt?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, der Bundesagentur für Arbeit liegen keine Angaben zu sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstunden vor. Auch das Hessische Statistische Landesamt verfügt nicht über Zahlen der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstunden. Daher kann die Frage in dieser Form nicht beantwortet werden.

Festzuhalten bleibt allerdings, dass in Hessen der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Zwischenzeit einen Höchststand erreicht hat, und das ist ein sehr positives Signal.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Herr Kollege Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Herr Staatsminister, ich dachte mir schon, dass es dieses Defizit gibt. Deshalb meine Frage: Gibt es Berechnungen in Äquivalenten von Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen, was die Entwicklung am Arbeitsmarkt anbelangt?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, auch diese Berechnungen gibt es nicht, weil der Indikator die Sozialversicherungspflicht ist und an dieser Stelle nicht die Arbeitszeit eine Rolle spielt, sondern die Sozialversicherungspflichtigkeit. Wie ich eben schon gesagt habe, ist diese zurzeit auf dem Höchststand.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frage 629 der Frau Abg. Fuhrmann, SPD. – Wo ist sie? Übernimmt jemand die Frage?

Marius Weiß (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie eine Novelle des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes vorlegen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter in Vertretung von Frau Abgeordneter: fristgerecht.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Herr Kollege Kaufmann.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, könnten Sie uns freundlicherweise mitteilen, was Sie und damit die Landesregierung unter fristgerechter Vorlegung verstehen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, das Gesetz ist bis zum 31.12.2013 befristet. Wir schreiben den März 2012. Rechtzeitig vor Ablauf der Frist am 31.12.2013 wird der Hessische Landtag mehrheitlich ein entsprechendes Gesetz beschließen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie das so genau?)

Vizepräsident Frank Lortz:

Danke sehr. – Weitere Zusatzfragen gibt es nicht.

Frage 630, Abg. Dr. Spies, SPD-Fraktion.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie war das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der zu 5 % in Landeseigentum befindlichen Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH zum 31.12.2011?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abgeordneter, das Jahresergebnis 2011 der Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH beträgt 15,2 Millionen € nach Steuern. Im Vorjahr lag es bei 8,3 Millionen €.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Herr Kollege Dr. Spies.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Wie waren die Monatsergebnisse zum 31.01. und 29.02.? Können Sie uns das auch sagen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Staatsministerin.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Nein, Herr Abgeordneter. Wenn Sie es vorher konkret gefragt hätten, hätte ich es Ihnen möglicherweise beantworten können. So kann ich das jetzt nicht auswendig.

Vizepräsident Frank Lortz:

Noch eine Zusatzfrage.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Hat die Landesregierung eine Erklärung dafür, warum ein Gewinn von 15 Millionen € nach Steuern das Unternehmen in die Situation bringen soll, einen so erheblichen Personalabbau wie gegenwärtig angekündigt vornehmen zu müssen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Nein.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfragen gibt es keine mehr. – **Frage 631** des Abg. Dr. Spies.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie war das Bilanzergebnis der zu 5 % in Landeseigentum befindlichen Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH zum 31.12.2011?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Staatsministerin.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Brauchst du das für deine Rede morgen?)

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abgeordneter, ich beantworte die Frage wie folgt. Das Jahresergebnis der Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH betrug 15.206.261 € nach Steuern. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, das Jahresergebnis in dieser Höhe auf neue Rechnung vorzutragen. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum 31.12.2011 insgesamt 81,3 Millionen €. Im Vorjahr betrug es 66,1 Millionen €.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Herr Kollege Dr. Spies.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Ist dieses Bilanzergebnis Gegenstand einer Prüfung durch den Rechnungshof gewesen, oder wird es das noch sein?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Staatsministerin.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Das kann ich im Moment nicht sagen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Weitere Zusatzfragen gibt es nicht. – **Frage 632** des Abg. Ismail Tipi, CDU.

Ismail Tipi (CDU):

Sehr verehrter Herr Präsident, ich frage die Landesregierung:

Welche Möglichkeiten gibt es für Migranten, sich über aktuelle Gesundheitsvorsorgemöglichkeiten, z. B. Krebsvorsorge, zu informieren?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, Migrantinnen und Migranten haben die Möglichkeit, sich bei ihrer versichernden gesetzlichen oder privaten Krankenkasse bezüglich ihrer Gesundheitsvorsorgemöglichkeiten zu informieren. Des Weiteren können sie sich auch, wenn es sich um Krebsvorsorge handelt, bei den Krebsberatungsstellen der Hessischen Krebsgesellschaft informieren.

Menschen mit Migrationshintergrund stehen darüber hinaus landesweit Integrationslotsen als Ansprechpartner zur Verfügung, darunter auch eigens im Rahmen des Projektes MiMi – „mit Migranten für Migranten“ – geschulte Gesundheitslotsen, welche Bürgerinnen und Bürger über das Gesundheitswesen, über Gesundheitsförderung und Prävention informieren. Ein in diesem Zusammenhang in 15 Sprachen veröffentlichter Gesundheitswegweiser bietet zudem einen ersten Überblick zum Thema Früherkennungsuntersuchungen, Vorsorgeleistungen und gesundheitliche Prävention.

Vizepräsident Frank Lortz:

Danke sehr. – Zusatzfragen? – Bitte.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung: Welche dieser aufgezählten Maßnahmen sind auf die Initiative der Landesregierung zurückzuführen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Bei jeder dieser Initiativen war die Landesregierung beteiligt.

Vizepräsident Frank Lortz:

Noch eine Zusatzfrage, Frau Kollegin Öztürk.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Kann die Landesregierung die Beteiligung an diesen Initiativen etwas konkretisieren?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Ja.

(Clemens Reif (CDU): Schriftlich! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schlicht eine Unverschämtheit!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Weitere Zusatzfragen gibt es nicht. – **Frage 633** des Abg. Ismail Tipi, CDU.

Ismail Tipi (CDU):

Herr Präsident, ich frage die Landesregierung:

Sind die vorhandenen Alten- und Seniorenheime sowohl personell als auch kulturell auf eine steigende Zahl von älteren Migranten vorbereitet?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, die Landesregierung und die Heimaufsicht beschäftigen sich schon seit mehreren Jahren mit der Fragestellung einer angemessenen Betreuung und Versorgung älterer Menschen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihres Pflege- und Hilfebedarfs nicht mehr in familiärer Umgebung oder aber im Freundes- und Bekanntenkreis betreut werden können.

Der Prüflaufplan nach § 15 des Heimgesetzes, der von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hessischen Heimaufsicht für die Prüfung und Beratung von Heimeinrichtungen genutzt wird, enthält eine Reihe von Fragen, die kulturelle und religiöse Werte betroffener Menschen im Heim gezielt in den Blick nehmen. Damit wird Menschen mit Migrationshintergrund besonderes Augenmerk geschenkt. Ältere Migrantinnen und Migranten bedeuten in verschiedenen Regionen Hessens eine besondere Herausforderung für die stationäre und teilstationäre Altenhilfe. Deshalb wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um sprachlich, kulturell und religiös angemessene Angebote machen zu können.

In Frankfurt am Main wurde schon im Jahr 2004 das erste interkulturelle Altenhilfezentrum in Hessen eröffnet. In diesem Altenhilfezentrum lebt unter anderem eine Gruppe hochbetagter, pflegebedürftiger Menschen muslimischen Glaubens. Außerdem weisen die Rahmenlehrpläne sowohl für die Fachkraftausbildung wie auch für die

Helferausbildung kultursensible Herangehensweisen aus. Die Beachtung kultureller und religiöser Unterschiede und deren Berücksichtigung sind damit fester Bestandteil der Ausbildung.

Wegen seiner Bedeutung wurde die Thematik „Ältere Migranten und Integration“ im Dialogforum 5 im Rahmen der Seniorenpolitischen Initiative mit einem eigenen Themenblock aufgegriffen. Damit wurde die Grundlage für die Lösung weiterer Herausforderungen in der Zukunft gelegt.

In den Blick genommen wurden unter anderem die zielgruppengerechte Ausgestaltung der Sozial- und Altenhilfeangebote sowie die kultursensible Gestaltung und weitere Ausgestaltung und der Ausbau der eben angesprochenen Präventions-, Gesundheits- und Pflegeangebote.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Frau Kollegin Schulz-Asche.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, könnten Sie uns sagen, inwieweit der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Altenpflegeausbildung in den letzten Jahren angewachsen ist? Hat sich der Anteil relevant vergrößert, oder haben Sie da Probleme zu verzeichnen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, habe ich die Frage richtig verstanden: in der Altenpflegefachkraftausbildung – also der Fachkräfte – oder der Helferinnen?

Die genauen Zahlen werde ich Ihnen nachliefern. Aber als Land haben wir natürlich entsprechende Initiativen gestartet. Ich erinnere insbesondere an den Modellversuch „Junge Migranten in der Altenpflegeausbildung“ – ein ganz speziell auf junge Männer mit Migrationshintergrund ausgerichtetes Programm, um dort Männer für den Altenpflegeberuf und auch für die -fachkraftausbildung zu gewinnen.

Der bisherige Verlauf dieses Modellversuchs stimmt uns sehr optimistisch, weil nur ein ganz geringer Anteil derjenigen, die an diesem Modellversuch am Anfang teilgenommen haben, die Ausbildung abgebrochen hat und uns alle Erfahrungen – dabei zählen wir natürlich auch auf Multiplikatoreneffekte derjenigen, die jetzt noch an dem Modellversuch teilnehmen – ausgesprochen positiv beeindrucken. Dies ist ein Punkt.

Darüber hinaus haben wir natürlich keinen Überblick darüber, inwiefern Einrichtungsträger zur Deckung ihres Pflegekraftbedarfs auch in anderen Ländern, in außereuropäischen und außerdeutschen Ländern, nach Pflegehilfskräften und -fachkräften Ausschau halten, die dann über die Berufsankennungsqualifikationen eine entsprechende Beschäftigung in den Einrichtungen finden.

Insgesamt ist allerdings festzustellen, dass die Sensibilität bei den Einrichtungsträgern und bei den Einrichtungen selbst vor dem Hintergrund eines zunehmenden Anteils von pflegebedürftigen Migrantinnen und Migranten zu-

nimmt und man sich aufseiten der Einrichtungsträger auf diese Frage intensiv einstellt. Das geht von Kulturtechniken über das Thema Essensversorgung bis zum Problem gewisser Handgriffe bei der Pflege, die aus religiösen Gründen manchmal nur von Gleichgeschlechtlichen vorgenommen werden dürfen. Da gibt es in der Zwischenzeit bei den Einrichtungen eine sehr hohe Sensibilität.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – **Frage 634** des Abg. Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie den mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefassten Beschluss des Landtags, Drucks. 18/4537, umsetzen, der sie auffordert, bis Ende 2011/Anfang 2012 ein Konzept zur Einführung von Praxissemestern bzw. zur Erhöhung der Praxisanteile in der Lehrerbildung vorzulegen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, das Hessische Kultusministerium und das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst erarbeiten derzeit zwecks Einführung eines Praxissemesters in der hessischen Lehramtsausbildung – gemeinsam mit Vertretern und Vertreterinnen der fünf hessischen Universitäten und der Hochschule für Musik und darstellende Kunst – einen Entwurf zur Neufassung insbesondere von § 15 des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes. Gleiches gilt für eine die gesetzlichen Regelungen nähere ausgestaltende Rechtsverordnung im Sinne von § 16 des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes.

Die Fertigstellung von Gesetz- und Verordnungsentwurf ist für die nächsten Wochen avisiert. Anschließend wird eine erste Befassung im Kabinett erfolgen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Herr Kollege Wagner.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, können Sie sagen, wann dem Landtag dann die Ergebnisse der Beratungen innerhalb des Kabinetts vorgelegt werden?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Das übliche Verfahren nach dem ersten Kabinettsdurchgang ist, dass die Angelegenheit in die interne Anhörung geht. Aber die Eckpunkte können nach dem ersten Kabinettsdurchgang durchaus zur Verfügung gestellt werden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frage 635 des Kollegen Merz, SPD.

Gerhard Merz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Handelt es sich bei den 8,1 Millionen €, die aus zusätzlichen Umsatzsteuermitteln des Bundes derzeit aus dem Einzelplan 08 direkt im Wege des U-3-Neuplatzbonus an die Träger weitergeleitet werden, um Investitionskostenzuschüsse oder um Betriebskostenzuschüsse?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, Ziel der U-3-Neuplatzbonus-Förderung ist es, die Träger bei der Erhaltung, aber auch bei der zügigen Neuschaffung qualitativ hochwertiger Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zu unterstützen. Insofern können die Fördermittel sowohl für investive als auch für nicht investive Ausgaben verwendet werden, die zum Zwecke der Schaffung oder der qualitativen Verbesserung bereits geschaffener Plätze getätigt werden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Kollege Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Minister, ist es nicht so, dass die Zweckbindung dieser zusätzlichen Umsatzsteueranteile, die der Bund den Ländern zur Weitergabe an die Träger von U-3-Betreuungsplätzen zur Verfügung stellt, eindeutig Betriebskostenzuschüsse sind und insofern auch eigentlich allen Trägern von Einrichtungen für alle vorgehaltenen Plätze zur Verfügung stehen müssten?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, die Weitergabe der Mittel, die dem Land Hessen aus den Umsatzsteueranteilen zugeflossen sind, ist intensiv mit der kommunalen Trägerschaft und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen besprochen worden.

Ziel der Hessischen Landesregierung war es an dieser Stelle, den von den Trägern – egal, ob kommunal, Liga oder kirchlichen Trägern – geäußerten Wunsch nach einer unbürokratischen, schnellen und auch der Selbstverant-

wortung überlassenen Verwendung der Mittel Rechnung zu tragen. Dem haben wir mit einem sehr unbürokratischen und vereinfachten Verfahren – wie Sie dem Erlass im „Staatsanzeiger des Landes Hessen“ vom 15. November 2010 entnehmen können, Rechnung getragen, indem wir gesagt haben, wir gehen vom Verantwortungsbewusstsein der Träger aus.

Wenn auf einen entsprechenden Antrag hin eine Förderung erfolgt, versehen wir diesen sozusagen mit dem Stempel der Zweckentsprechung gemäß den uns zugewiesenen Mitteln. Insofern ist das ein Entgegenkommen gegenüber den Kommunen und den freien Trägern vor Ort, das sehr flexibel zu handhaben.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Frau Kollegin Wiesmann.

Bettina Wiesmann (CDU):

Herr Minister, die Landesregierung tut viel, um auch aus eigenen Mitteln den Ausbau der U-3-Plätze zu unterstützen. Könnten Sie die Opposition darüber nochmals in Kenntnis setzen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, wir haben sehr schnell alle Investitionsmittel des Landes an die freien Träger und an die kommunalen Körperschaften weitergeleitet. Ich erinnere hier an die umfangreiche mündliche Beantwortung eines Dringlichen Berichtsanspruchs in der letzten Sitzung des Sozialausschusses. Wir sind das Land, das als allererstes versucht hat, alle Bundesmittel, die uns zur Verfügung standen, zu binden, weil wir wissen, dass Mittel, die wir nicht verausgaben, auf andere Länder übertragen werden können. Wir wollten an dieser Stelle nichts verlieren.

Darüber hinaus wird jetzt aus Landesmitteln noch einmal ein Investitionsvolumen in der Größenordnung von 30,6 Millionen € aufgelegt. Dieses wird so verteilt, dass alle 26 kreisfreien Städte und Landkreise, aber auch die acht Sonderstatusstädte jeweils eine Grundpauschale erhalten, die ungefähr den Investitionskostenzuschüssen für 20 neu zu schaffende Plätze entspricht. Der Rest wird in Antragsverfahren nach dem Stand des Fortschritts verteilt. Damit ist gewährleistet, dass das für das Land Hessen vereinbarte Ziel eines durchschnittlichen Versorgungsgrades von 35 % zur Mitte des Jahres 2013 erfüllt werden kann.

Wir hatten mit den kommunalen, aber auch mit den freien Trägern bisher überhaupt keine Probleme, was die Abwicklung der Programme, deren flexible Handhabung, aber auch die Eigenverantwortlichkeit auf kommunaler Ebene betrifft. Insofern ist das ein einfaches, schnelles und gutes Verfahren, in dessen Rahmen wir den Kommunen und den freien Trägern Zuweisungen aus Umsatzsteuermitteln versprochen haben. Uns geht es im Wesentlichen darum, dass der zügige Aufbau und der Erhalt der U-3-Betreuungsplätze und die qualitativ gute Arbeit der

Einrichtungsträger in Hessen insgesamt fortgesetzt werden können.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Herr Kollege Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, der Herr Abg. Merz hat eine Frage gestellt, die ich sehr spannend fand. Vielleicht können Sie sie noch beantworten. Er sagte, dass die Mittel aus dem Umsatzsteueranteil des Bundes nur für Betriebskostenzuschüsse verwendet werden dürfen. Sie haben jetzt wortreich beschrieben, dass Sie mit den Kommunen ein flexibles Verfahren gefunden haben. Die Frage ist aber: Entspricht das Verfahren den Vorgaben des Bundes?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Es gibt keine Beanstandungen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Weitere Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe **Frage 636** auf. Herr Abg. May, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Sind die von Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst am 7. Dezember 2011 genannten internen Richtlinien – Rechnungsprüfung sowie Buchungs- und Zahlungsfreigaben, Reisekosten, Vertragsmanagement – der European Business School mittlerweile überarbeitet bzw. neu in Kraft getreten?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, nach Aussage der European Business School ist die neue Richtlinie zu Rechnungsprüfung, Buchungs- und Zahlungsfreigaben von der Geschäftsführung verabschiedet worden und in Kraft getreten. Die Überarbeitung der Reisekostenrichtlinie ist fertiggestellt und wird durch die Geschäftsführung zeitnah formell verabschiedet werden. Gleiches gilt für die Richtlinie zum Vertragsmanagement.

Vizepräsident Frank Lortz:

Danke sehr. – Zusatzfragen gibt es keine.

Jetzt kommen wir zur letzten Frage, **Frage 637**. Herr Abg. Merz, SPD-Fraktion.

Gerhard Merz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird eine Entscheidung über die von Stadt, Schülern und Eltern aufgestellte, mit über 3.400 Unterschriften unterstützte Forderung zur Einrichtung einer Oberstufe an der August-Bebel-Schule in Wetzlar getroffen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kultusministerin.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Herr Abg. Merz, das Zustimmungsverfahren zum Schulentwicklungsplan des Lahn-Dill-Kreises, der unter anderem die Errichtung einer gymnasialen Oberstufe an der August-Bebel-Schule in Wetzlar vorsieht, ist abgeschlossen. Der Erlass ist dem Schulträger mit Briefdatum 1. Februar 2012 zugestellt worden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Zusatzfragen gibt es keine. Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe nun die **Tagesordnungspunkte 2, 36, 63 und 68** auf:

Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend „Gemeinsam für die Region – Allianz für Lärmschutz 2012“

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Fluglärmschutz verbessern und dauerhaft rechtlich absichern – Drucks. 18/5333 –

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Revisionsantrag gegen das Nachtflugverbot zurückziehen – Drucks. 18/5363 –

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend gemeinsam für die Rhein-Main-Region – Allianz für mehr Lärmschutz am Flughafen Frankfurt geschmiedet – Drucks. 18/5369 –

Gleichzeitig rufe ich zur Aussprache im Rahmen der Debatte bei getrennter Abstimmung die **Beschlussempfehlung zu Petition Nr. 2882/18** auf.

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der vergangene Mittwoch, der 29. Februar, war ein guter Tag für unser Land, für die Rhein-Main-Region und für den Flughafen Frankfurt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist uns an diesem Tag nämlich gelungen, mit der „Allianz für Lärmschutz 2012“ gemeinsam mit den Akteuren der Luftverkehrswirtschaft am Frankfurter Flughafen ein beispielloses Lärmschutzpaket zu schnüren, das es in Deutschland so noch nie gegeben hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es muss leiser werden, und es wird leiser werden. 335 Millionen € Gesamtmittel zusätzlich für den passiven Lärmschutz und ein ganzes Paket wirkungsvoller Maß-

nahmen für den aktiven Lärmschutz: Das bedeutet schnelle und unbürokratische Hilfe für die Menschen, die unter dem Fluglärm leiden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Landesregierung will die Belastungen durch den Fluglärm für die Menschen so gering wie möglich halten. Gleichzeitig wollen und müssen wir den Flughafen als das Herzstück unseres Wirtschaftsstandorts Hessen zukunftsfähig erhalten. Beides, liebenswerte Heimat und erfolgreicher Standort, gehören nach Auffassung dieser Landesregierung für die Zukunft Hessens zusammen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Region steht zu diesem Flughafen. Nicht zuletzt die eindrucksvolle Diskussion und auch die Demonstration am 1. März haben dies gezeigt.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eine All-inclusive-Demonstration!)

– Lieber Herr Al-Wazir, ich finde, wir sollten alle ernst nehmen. Ich teile die Auffassung der Menschen, die aus Sorge gegen die Lärmbelastung am Flughafen demonstrieren, nicht immer, aber ich nehme sie sehr ernst.

(Zurufe von den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Von Ihnen erwarte ich, dass Sie auch die Menschen ernst nehmen, die zu Tausenden zum Römerberg gekommen sind und dort gesagt haben: Wir haben Sorgen um unsere Familien, um unsere Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe immer daran festgehalten und werde das auch heute tun: Der Flughafen Frankfurt ist für die Arbeitsplätze, für den Wohlstand der Region Rhein-Main und Hessens insgesamt und für unsere Zukunftsfähigkeit von überragender Bedeutung. Deshalb steht diese Landesregierung auch heute klar zu der Ausbaubescheidung. Diese war notwendig, und sie ist richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Umgekehrt gilt aber auch: Die Belastungen der Menschen lassen uns nicht kalt. Wir haben uns der Aufgabe gestellt und werden dies auch weiterhin tun, hier wirksam zu Entlastungen beizutragen.

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen – auch in der Sondersitzung, die wir im November vergangenen Jahres zu diesem Thema hatten –: Die Landesregierung ist für vieles überhaupt nicht unmittelbar zuständig. Wie Sie wissen, sieht die Kompetenzverteilung in der Republik so aus, dass die Führung von Flugzeugen, der Luftverkehr etc. Bundessache sind. Wir haben sehr viele Private, die dort mitwirken. Auf die haben wir überhaupt keinen unmittelbaren Einfluss.

Trotzdem haben wir uns seit Langem auf allen Ebenen entschieden und mit großem Einsatz um den Lärmschutz gekümmert. Das war auch der Grund, warum ich am 19. Dezember alle Akteure eingeladen habe, um zu einer neuen Allianz zu kommen. In drei Gesprächsrunden und mit viel Detailarbeit ist ein Paket geschnürt worden, das für die Menschen in der Region, aber auch für den Flughafen von herausragender Bedeutung ist.

Meine Damen und Herren, die Arbeit hat sich gelohnt. Die Vereinbarung „Gemeinsam für die Region – Allianz

für Lärmschutz 2012“ ist beispielgebend dafür, was man auf diesem Feld erreichen kann. Für den einen oder anderen, der sich diese Punkte im Einzelnen anschaut, mag das nicht hinreichend sein. Mir fehlt jedes Verständnis dafür, wenn behauptet wird, das sei keine beeindruckende Leistung, die zu weniger Lärm führen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe Anlass, mich bei all denen zu bedanken, die konstruktiv in dieser Allianz mitgearbeitet haben. Unsere Vereinbarung enthält konkrete Maßnahmen des aktiven Schallschutzes, die im Rahmen eines festen Zeitplans abgearbeitet werden. Dieser Zeitplan – das werde ich noch erläutern – ist natürlich auch von den Beratungen der Fluglärmkommission und den Festlegungen des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung abhängig.

Es ist uns gelungen, für den passiven Schallschutz ein Paket von zusätzlich 335 Millionen € zu schnüren. Das hilft den Hauptbetroffenen in der Region. Wenn Sie alles zusammennehmen – das darf man schon noch einmal sagen –, also auch die Mittel, die schon geflossen oder bereits zugesagt sind, stellen Sie fest, dass für den passiven Lärmschutz insgesamt fast 600 Millionen € zur Verfügung stehen. Das ist ein Ergebnis, das es wahrscheinlich nirgendwo sonst in Europa gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zur Erinnerung darf ich noch einmal ausführen: Dieser Flughafenausbau ist stets im Konsens mit den Menschen in der Region erfolgt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unsinn!)

– „So ein Unsinn!“ – Sehen Sie, Herr Al-Wazir, darauf habe ich nur gewartet. Vielleicht darf ich es Ihnen einmal im Zeitraffer vor Augen führen: Es war Ministerpräsident Eichel, der sich entschlossen hat, mit den Menschen in der Region ein Mediationsverfahren zu starten. Die Menschen haben auf allen Ebenen daran teilgenommen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Ministerpräsident Koch und seine Regierungen haben dies fortgeführt, immer zusammen mit den Menschen in der Region. Dem ist eine ganz breit angelegte Initiative gefolgt. Übrigens waren seinerzeit zumindest auch die Sozialdemokraten immer mit dabei.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, möchten Sie tatsächlich die Arbeit des Regionalen Dialogforums, das wesentliche Impulse gegeben hat, einfach unter den Tisch fallen lassen? Dort hat man doch seit vielen Jahren eine Fülle von Maßnahmen miteinander beraten und dann auch beschlossen.

Auch das gehört dazu: Das Regionale Dialogforum und alle anderen haben das Thema Lärmschutz von Anfang an behandelt. Es ist doch nicht so, dass der Lärmschutz erst heute ein Thema wäre.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau so ist es!)

Damit Sie es wenigstens einmal aufnehmen, sage ich ganz kurz: Dort ist der Vorschlag gemacht worden – der in die Planfeststellung eingeflossen ist –, dass die neue Nordwestlandebahn in der Mediationsnacht überhaupt nicht angeflogen wird. Warum? Aus Lärmschutzgründen. Warum hat man die Eckrandstunden, die man doppelt so

stark befliegen könnte, nur mit der Hälfte des möglichen Verkehrsaufkommens belastet? Aus Lärmschutzgründen. Warum war der Frankfurter Flughafen der erste überhaupt, der für Flugzeuge lärmabhängige Entgelte eingeführt hat?

All das haben wir schon vor Jahren gemacht. Deshalb ist der Vorwurf, wir würden uns jetzt zum ersten Mal um den Lärm kümmern, schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe bei der Einweihung der neuen Landebahn darauf hingewiesen: Bei einem Mediationsprozess darf man nie unterstellen, dass alle immer einer Meinung sind. Man darf auch nie davon ausgehen, dass sich unterschiedliche Interessen plötzlich in nichts auflösen. Wir legen aber Wert auf den Dialog, und dieser Dialog mit der Region ist nie abgerissen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Im Forum Flughafen und Region hat man ihn fortgesetzt. Wir sind mit dem Umwelt- und Nachbarschaftshaus, dem Umweltmonitoring sowie mit Transparenz und Sachaufklärung noch einen Schritt weitergegangen. All das kann doch niemand ernsthaft bestreiten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum klagen Sie dann gegen das Nachtflugverbot?)

Das ist so; das sind einfach die Fakten: Das Expertengremium „Aktiver Schallschutz“, der Katalog konkreter Lärminderungsmaßnahmen, die Taskforce Flugwegoptimierung – all das sind Stichworte, die die Arbeit der letzten Jahre beschreiben.

Deswegen sage ich hier noch einmal: Die Frage, wie man zu einem vernünftigen Ausgleich zwischen Chancen für die Wirtschaft und Verträglichkeit für die Menschen kommt, stellt sich in besonderer Weise bei dem Thema Lärm. Um den Lärm kümmern sich in dieser Region alle seit Jahren mit größter Intensität. Ich sage herzlichen Dank dafür. Es ist nicht in Ordnung, so zu tun, als wäre dort nichts geschehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Seit der Inbetriebnahme der neuen Landebahn hat es praktisch kaum eine Vermehrung des Flugverkehrs gegeben. Die Menschen haben gelegentlich den Eindruck, dort würde jetzt viel mehr geflogen. Das ist nicht richtig. Es hat Verlagerungen des Lärms gegeben. Ich habe Verständnis dafür, dass diejenigen, die jetzt stärker oder erstmals belastet sind, ihren Unmut deutlich zum Ausdruck bringen. Jawohl, das kann ich verstehen.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass es dort zu Entlastungen gekommen ist. Das wird in der aktuellen Diskussion überhaupt nicht erwähnt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb haben Sie die Bahn gebaut!)

Von denjenigen, die entlastet worden sind, ob sie nun im Flörsheimer Süden oder im Raunheimer Norden wohnen, hören wir nichts. Aber in einer solchen Debatte muss auch das erwähnt werden.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir nehmen die Sorgen der Betroffenen sehr ernst. Unsere „Allianz für Lärmschutz“ dient dazu, die Belastun-

gen der Menschen in Grenzen zu halten. Ich möchte nicht alles aufzählen, aber ein paar Punkte will ich erwähnen.

Passiver Schallschutz: Das Gesamtpaket umfasst 335 Millionen €. Wir sind uns dessen bewusst, dass wir allein mit aktiven Lärmschutzmaßnahmen wahrscheinlich nicht in allen Bereichen zu befriedigenden Ergebnissen kommen werden. Deshalb haben wir gemeinsam mit der Fraport das freiwillige Immobilienprogramm Casa weiter aufgestockt. 70 Millionen € fließen zusätzlich in das Programm Casa II. Das heißt, mehr Menschen können eine unmittelbare Hilfe erhalten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wegziehen, das ist Ihre Lösung!)

– Wir geben Antworten, Sie kritisieren. Ich komme darauf noch einmal zurück.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau so ist es!)

Bisher hatten 500 Wohneigentümer die Möglichkeit – falls sie sich dazu entschließen; wir wollen die Menschen nicht vertreiben, es ist ihre Entscheidung –, sich für einen angemessenen Wertausgleich zu entscheiden. Diese Zahl wird jetzt auf 1.000 verdoppelt. Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, was sie tun. Aber es ist ein großes Wort, 70 Millionen € zusätzlich dafür bereitzustellen, und es gehört dazu, zu sagen: Das ist auch ein Beitrag der privaten Anteilseigner der Fraport, die auf eine Gewinndividende in dieser Höhe verzichten. Das muss man auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Land wird einen Regionalfonds einrichten. Damit kommen wir einem Wunsch der Menschen aus der Region nach, der bereits im Regionalen Dialogforum und auch in der Fluglärmkommission geäußert wurde. Das Land wird in diesen Fonds 100 Millionen € aus Erträgen einbringen, die dem Land als Anteilseigner aus dem Flughafenbetrieb zustehen. Die Fraport wird sich mit zusätzlichen 15 bis 20 Millionen € an diesem Regionalfonds beteiligen.

Wir wollen über die WI-Bank 150 Millionen € als Darlehen zur Verfügung stellen. Wir haben auch den Wunsch des Vorsitzenden der Fluglärmkommission aufgenommen, dass geprüft wird, inwieweit sich Umlandkommunen an der Finanzierung dieses Regionalfonds beteiligen. Das war ausdrücklich ein Wunsch von dort.

Sie können diese gewaltige Anstrengung Punkt für Punkt nachvollziehen. Das ist zusätzliches Geld, und es ist Geld, das den Betroffenen rasch zur Verfügung stehen soll. Wir wollen, dass schon in diesem Jahr Zuschüsse und Darlehen aus diesen Mitteln finanziert werden können.

Wir haben bei den privaten Haushalten eine ganze Fülle von Möglichkeiten, die Sie im Einzelnen nachlesen können. Das will ich hier nicht darlegen.

Wir wollen aber auch und gerade mit zinsverbilligten Darlehen besonders entgegenkommen. Wenn ein Wertausgleich für das alte Objekt in fluglärmbelasteter Zone beim Erwerb eines vergleichbaren neuen Objektes erforderlich ist, wenn eine Zwischenfinanzierung erforderlich ist, wenn eine Vorfälligkeitsentschädigung erforderlich ist und wenn es nicht nur um Räumlichkeiten geht, die vornehmlich zum Schlafen dienen, wollen wir zinsverbilligte Darlehen geben. Wir wollen das breit anlegen.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich habe gelesen, dass Sie das heftig kritisiert haben. Es gibt einen Artikel, in dem

steht, das sei alles Schall und Rauch. Sie kritisieren das heftig. Ich habe nicht ein einziges Mal gelesen, was Sie vorgeschlagen. Ich habe nicht einen einzigen Vorschlag von Ihnen gelesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich wüsste schon gerne: Sind Sie für solche Darlehenslösungen, oder sind Sie dagegen? – Die Menschen müssen von uns eine klare Antwort bekommen. Ich kann und werde nicht akzeptieren, dass jemand jetzt anfängt, Zinsrechnungen vorzulegen, ohne irgendeine Idee vorzutragen, was er selbst will. Das unterscheidet uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es geht nicht nur um die privaten Einrichtungen. Es geht auch um die öffentlichen Einrichtungen. Deshalb sieht das Programm in den berechtigten Schutzzonen ausdrücklich Maßnahmen in allen Bereichen vor. Das betrifft die Schulen, die Kindergärten, die U-3-Einrichtungen, Krankenhäuser und Altenheime. Es geht um Schalldämmung und Klimaanlagen. All das kann mit diesem außerordentlich großen Finanzrahmen geleistet werden.

Das ist mir wichtig: Wir als Land wollen das den Menschen nicht vorschreiben. Ich bin sehr dankbar – ich sage das hier vor dem Landtag ausdrücklich –, dass sich das Forum Flughafen und Region bereit erklärt hat, an entscheidender Stelle Verantwortung zu übernehmen. Wir haben gemeinsam vereinbart, dass die Vertreter der Region den konkreten Kriterienkatalog festlegen und erarbeiten werden, damit die Vorschläge zur Mittelvergabe sach- und wirkungsorientiert sind. Sie sind die Vertreter vor Ort. Wir bleiben bei unserer Linie: immer mit der Region.

Das Forum Flughafen und Region hat zugesichert, innerhalb eines Vierteljahres die entsprechenden Kriterien zu erarbeiten. Ich kann dafür nur Danke sagen.

Ich will eines hinzufügen. Auch das haben wir aufgenommen. Es gibt immer Grenzfälle. Diese Grenzfälle sollen mit Hilfe einer Härtefallkommission unbürokratisch gelöst werden. Die Aufgaben der Härtefallkommission wird die Fluglärmkommission übernehmen.

Wir möchten rasch zu lebensnahen Lösungen kommen. Das Forum Flughafen und Region und die Fluglärmkommission sind dabei wichtige Partner. Namens der Landesregierung danke ich hier vor dem Landtag für diese sehr konstruktive und kooperative Haltung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Unser Ziel ist es, das schnell und unbürokratisch umzusetzen. Deshalb werden wir die Dienststellen, die damit zu tun haben, gegebenenfalls noch personell entsprechend aufstocken, damit die Anträge rasch bearbeitet werden können.

Das zweite große Thema ist der aktive Schallschutz. Wir alle wissen: Wichtig ist, dass der Lärm erst gar nicht entsteht. Am effektivsten ist es, den Lärm dort zurückzuführen, wo die Lärmquelle ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau!)

Wir haben Ihnen und der Öffentlichkeit 19 Einzelmaßnahmen vorgestellt. Das ist Beachtliches. Da geht es um manches, das sehr kurzfristig greift; es geht um manches, das mittelfristig greift; und es geht um manches, das eher langfristig greift.

Die konkreten Ziele kann man so beschreiben: Die Flugzeuge sollen höher fliegen. Es sollen Lärmpausen geschaffen werden, und es soll leiser geflogen werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Lärmpausen“!)

Dazu werden wir eine ganze Reihe an Forschungsmaßnahmen intensivieren. Es geht dabei um die gemeinsame Umsetzung einer Reihe von Vorschlägen, die wir noch nicht abschließend beraten haben. Das gilt es konsequent abzuarbeiten.

Ich nenne jetzt nur wenige Beispiele. Ein Thema hat in der zurückliegenden Zeit große Bedeutung gehabt. Das ist Point Merge in Kombination mit konstantem Sinkflug. Mit einer kleinen Ausnahme in Norwegen gibt es das Verfahren bisher auf der Welt noch nicht.

Die Flugsicherung hat uns früher und bis vor Kurzem wissen lassen, dass die Prüfung einer solchen Maßnahme nicht unter sieben Jahren möglich sei. Der eventuelle Einsatz ist es somit auch nicht. Ich darf Ihnen heute vor dem Hessischen Landtag berichten: Die Deutsche Flugsicherung hat zugesichert, dass sie das vier Jahre früher, nämlich bis zum Jahr 2015, so weit haben wird, dass Entscheidungen getroffen werden können. Das ist eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Beratungen. Dafür bedanke ich mich sehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn Sie, die auf dieser Seite sitzen, nicht so verzweifelt wären, dann müssten Sie –

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Klar, das ist so. – Herr Al-Wazir, auch Sie müssten dazu doch sagen: Toll, wenn das klappen würde. – Darüber kann man doch gar nicht streiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Schauen Sie einmal: Wir haben doch genug Themen, über die wir uns streiten können. Aber es gibt auch Dinge, über die wir uns freuen könnten. Da könnten sogar Rote und Grüne gelegentlich einmal sagen: Toll, wenn das klappen würde.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn man immer so verbietet ist, sieht man auch nicht gut aus. Glauben Sie mir das.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will eine ganz wichtige zweite Maßnahme erwähnen.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich glaube, auch da sind wir uns einig. Hinsichtlich der Anhebung der Gegenanflüge kann es auch keinen Streit geben. Die Anhebung der Gegenanflüge im Norden und im Süden um 1.000 Fuß ist eine wichtige Maßnahme. Gerade in den neu betroffenen Gebieten wird immer wieder kritisiert, dass die Flugzeuge zu tief geführt werden. Das wird aufgegriffen. Noch in diesem Sommer wird die Anhebung um 1.000 Fuß, also um 300 m, erfolgen. Das ist ein konkreter Erfolg, den wir nicht kleinreden dürfen. Das wird nicht alle Probleme lösen. Aber das ist ein konkreter Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Ministerpräsident, es gibt den Wunsch, Zwischenfragen zu stellen. Ich gehe davon aus, dass Sie das nicht machen.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Ich möchte die Anhebung des Anflugwinkels beim Instrumentenlandesystem von 3,0 auf 3,2 Grad erwähnen. Wir werden uns das anschauen. Der Probetrieb wird im Herbst beginnen. Das Umwelt- und Nachbarschaftshaus wird durch seine Messreihen sehr schnell feststellen können, wie das konkret wirkt. Wir haben uns darauf verständigt, sämtliche Messreihen zu veröffentlichen, damit von allen transparent nachvollzogen werden kann, wie sich die einzelnen Maßnahmen entwickeln.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr gut!)

Ich möchte den dritten Punkt nennen. Ich möchte die Maßnahmen der Lufthansa erwähnen. Die vorgezogene Ausflottung der lauterer Flugzeuge hat aus meiner Sicht eine überragende Bedeutung. Die Lufthansa wird noch in diesem Jahr allein die Hälfte ihrer lauten Boeing-737-Flotte ausmustern und neue Flugzeuge einsetzen, die bis zu 30 % leiser sind. Vor unserer Allianz hat sich die Lufthansa dazu nicht in der Lage gesehen. Heute macht sie es. Das zeigt: Die Arbeit hat sich gelohnt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Lufthansa wird noch etwas tun. Sie wird bei ihrer A-320-Flotte technische Veränderungen vornehmen, die pro Flugzeug den Lärm um etwa 2 dB(A) reduzieren werden. Das ist eine beachtliche Größenordnung.

Ich bin der Lufthansa sehr dankbar, dass sie sich mit den beschriebenen Maßnahmen in dieser Allianz engagiert. Das ist ein konkreter Beitrag zur Lärmentlastung um den Frankfurter Flughafen.

Der Frankfurter Flughafen ist der Heimatflughafen der Lufthansa. Die Lufthansa ist der größte Arbeitgeber unseres Landes. Beides ist richtig zu berücksichtigen. Auf der einen Seite sind besondere Anstrengungen einzufordern. Umgekehrt ist dieser Fluggesellschaft, die unser größter privater Arbeitgeber ist, aber auch eine Zukunft zu ermöglichen. Das verstehen wir unter zukunftsorientierter Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Erfolg dieser Maßnahmen wird ständig überprüft durch das Umwelt- und Nachbarschaftshaus. Die Transparenz der Flugbewegungen und der Fluglärnwerte ist die Voraussetzung für einen offenen und ehrlichen Dialog. An dieser Maxime werden wir festhalten. Wir wollen dort z. B. definierte Flugwege und Flughöhen, die sogenannte Noise Performance – wer macht wo wie viel Krach? –, detailliert nachvollziehen. Wir wollen ein Ranking für alle Gesellschaften erstellen, dieses Ranking auch veröffentlichen und auf diese Weise einen weiteren Anreiz für lärmärmeres Fliegen schaffen.

Die tragende Rolle des Forums Flughafen und Region, die ich bereits erwähnt habe, wird auch dort eine Fortsetzung finden. Es wird diese Prüfaufträge abarbeiten, es wird weitere Vorträge machen.

Wenn ich das zusammenfassend sagen darf: Prof. Wörner, der vormalige Vorsitzende des Regionalen Dialogforums und jetzt einer der Vorsitzenden des Forums Flughafen

und Region und Hüter der Mediation, hat am 29. Februar vor der Presse Folgendes ausgeführt – ich zitiere –:

Die jetzt geschlossene Allianz ist mediationskompatibel.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, klar!)

Ich bin dankbar, dass sie die Empfehlungen des FFR und seines Expertengremiums „Aktiver Schallschutz“ übernommen haben und zum Teil sogar noch darüber hinausgehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, eine solche Feststellung adelt die Arbeit.

Wichtig ist jetzt, dass der vereinbarte Fonds rasch eingerichtet wird und die Entschädigungsansprüche schnell erfüllt werden. Das Land wird alles dazu beitragen, damit es hier nicht zu Engpässen kommt, und, soweit es irgend geht, unbürokratische Hilfe ermöglichen. Das Gleiche hat die Fraport AG bei ihrem weiteren Casa-Programm zugesichert.

Ich habe die die Landesregierung tragenden Fraktionen des Hessischen Landtags gebeten, sehr rasch einen Fraktionsgesetzentwurf einzubringen, damit die gesetzliche Grundlage für das Handeln der Landesregierung beschlossen werden kann, damit wir nach meiner Vorstellung noch vor der Sommerpause eine gesetzliche Grundlage zur Umsetzung der dort erforderlichen finanziellen Leistungen haben.

Meine Damen, meine Herren, das ist in groben Zügen das, was ich Ihnen vorzutragen hatte. Ich will zwei abschließende Bemerkungen hinzufügen.

Zu diesem Vorgehen gibt es nach Überzeugung der Landesregierung keine realistische Alternative, wenn man den Standort nicht gefährden will. Die Forderungen der Bürgerinitiativen können keine Handlungsmaxime für uns sein. Bei allem Verständnis für die Betroffenen – die Landesregierung muss das Wohl des gesamten Landes im Blick haben. Es war immer unser Ziel, zu einem ausgewogenen Ergebnis zwischen den wirtschaftlichen Erfordernissen und den Lärmschutzbedürfnissen zu kommen. Diesem Anspruch sind wir mit dieser Allianz gerecht geworden.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen nehmen die Ausweitung des Casa-Programms und seine Finanzierung eine Dimension in den Blick, die man nur, wenn man böswillig ist, nicht als gewaltig bezeichnen kann.

(Wortmeldung der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch nicht zu fassen!)

Was wir brauchen, sind klare Entscheidungen und sachgerechte Lösungen für die Menschen. Dabei müssen wir die Lärmbelastungen seit Eröffnung der Nordwestlandebahn und das Anliegen des Nachtflugverbots auseinanderhalten; das sind zwei Sachverhalte. Die Landesregierung hat auch hier eine klare Position: Alles, was wir rechtlich in Sachen Nachtflugverbot durchsetzen können, werden wir durchsetzen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unglaublich! Deswegen klagt die Landesregierung!)

Ich bin nach wie vor überzeugt, dass wir nur durch die Revision endgültige Rechtsklarheit bekommen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Kollegen von der SPD-Fraktion, Sie haben heute wieder einen Antrag gestellt. Sie werden nicht ernsthaft erwarten, dass wir eine Woche vor der mündlichen Verhandlung vor dem höchsten deutschen Verwaltungsgericht Ihrem Begehren entsprechen. Wir haben uns so oft ausgetauscht, wir sind unterschiedlicher Meinung. Die Landesregierung verbleibt bei ihrer bisherigen Auffassung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ungeachtet dieses Punktes Flughafen Frankfurt ist die Diskussion, um die wir hier ringen, auch ein Testfeld für ganz Deutschland: Ist es eigentlich noch möglich, große Infrastrukturprojekte, die für die Zukunft und den Wohlstand der Menschen notwendig sind, umzusetzen? Ist es noch möglich, einen Ausgleich zu schaffen, damit wirtschaftlicher Wohlstand auf der einen Seite und Lebensqualität für die Menschen auf der anderen Seite gleichermaßen möglich sind? Wir als Landesregierung sagen dazu: Ja, wir halten dies für möglich. Wir wollen fairen Ausgleich zwischen dem wirtschaftlich Möglichen und dem, was für die Menschen erträglich ist. Das erfordert aber auch die Kraft und den Mut zu klaren Entscheidungen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, das stimmt!)

Diese Landesregierung steht zu ihrer Entscheidung – dem klaren Ja zum Ausbau des Flughafens. Ich wäre dankbar, wenn auch andere so klar zu dieser Entscheidung stünden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vielleicht darf ich es auch für die Zuhörer einmal in Erinnerung rufen: Es war der 30. August des Jahres 2000.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach nee, nicht schon wieder! – Gegenrufe von der CDU: Doch! – Minister Boris Rhein: Schwieriges Datum!)

– Sehen Sie, es gibt doch noch Anwesende, die sich daran erinnern. – Es war die Bundesregierung Schröder/Fischer mit Umweltminister Trittin.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben seinerzeit ein Flughafenkonzept beschlossen; das waren nicht wir. Es war trotzdem richtig.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Flughafenkonzept hat man ausdrücklich die Notwendigkeit des Ausbaus dieses Frankfurter Flughafens beschrieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie sollten sich nicht kleiner machen, als Sie sind. Es war einmal eine richtige Entscheidung. Es kann ja sein, dass Sie heute nicht mehr dazu stehen. Aber Sie sollten nicht versuchen, sich wegzuducken oder sogar die Vergangenheit umzuschreiben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das tun Sie doch gerade!)

Meine Damen und Herren, wo stehen denn heute Rot und Grün zu diesem Thema? Soll ich Ihnen jetzt einmal vorlesen, was da so alles in letzter Zeit gekommen ist? – Ich glaube nicht, dass das den Menschen hilft.

Diese Regierung übernimmt auch Verantwortung. Wir wollen diesen fairen Ausgleich. Aber es genügt nicht, den Protest aufzusammeln. Zukunft gestalten wir nicht, wenn wir nur den Status quo verteidigen. Zukunft braucht auch den Blick über den Tag hinaus, und das sind wir vor allem denen schuldig, die hier ihre Zukunft haben, den jungen Menschen. Wir wollen doch auch in Zukunft eine der führenden Regionen in Europa sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb reicht es nicht, nur Nein zu sagen. Wer hofft, über drei Tage zu kommen, und den einen erzählen lässt, er will die Bahn schließen, in einem Flugblatt verkündet, das Beste wäre gewesen, die Bahn wäre nie gebaut worden –

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wunderbar, Herr Wagner, das ist eine Antwort. Die GRÜNEN sind zukunftsgestaltungsunfähig; denn die Bahn ist da. Das ist doch das Entscheidende.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie wissen, dass Sie weder rechtlich noch faktisch die Chance haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halten Sie wieder eine Büttendrede?)

Sie hoffen, dass die Menschen es Ihnen durchgehen lassen. Sie haben keinerlei konkreten Punkt. Sie hoffen auf Protest und wünschen sich, dass die Menschen gnädig vergessen, was Sie einmal beschlossen haben, genauso, wie Sie es 2000 gemacht haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles falsch!)

Deshalb, meine Damen und Herren: Diese schwierige und für unser Land so grundlegende Herausforderung müssen wir so klug wie irgend möglich bewältigen. Unser Weg ist klar: Wir ducken uns nicht weg. Wir stehen zu dem Ausbau. Wir stehen aber auch zu fairem Interessenausgleich. Wir bieten den Dialog, und wir setzen auf konstruktives Miteinander und nicht auf fruchtloses Gegeneinander. Ich lade Sie alle ein, diesen Weg mitzugehen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kollege Schäfer-Gümbel.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, das, was hier eben stattgefunden hat, hat ein bisschen was von Mutklatschen gehabt;

(Beifall bei der SPD)

denn Sie haben in den letzten 30 Minuten im Kern konsequent am Problem vorbeigeredet.

(Lachen und Widerspruch bei der CDU)

Sie haben zum zentralen Vertrauensverlust der Landespolitik beigetragen. Das sage ich stellvertretend immer und immer wieder in diesem Landtag. Von den drei ausbaubefürwortenden Fraktionen von CDU, SPD und FDP, die die wesentlichen Entscheidungen zum Ausbau des Frankfurter Flughafens vorangebracht haben, waren Sie diejenigen, die die Grundlage dieses Ausbaus, nämlich das Mediationsergebnis, verlassen haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen will ich noch einmal sehr kurz, aber präzise unseren Standpunkt formulieren. Unser Standpunkt ist seit zwölf Jahren ungebrochen: Wir wollen den Ausbau des Frankfurter Flughafens wegen seiner überragenden wirtschaftlichen Bedeutung, wegen seiner überragenden Bedeutung für Arbeit und Einkommen für viele Menschen und auch für die Wertschöpfung in diesem Land. Da wir aber wissen, dass das etwas mit Belastungen der Menschen zu tun hat, haben wir immer gesagt – es gab einmal Regierungsmitglieder, die heute immer noch Regierungsmitglieder sind, die immer von zwei Seiten einer Medaille gesprochen haben –, dass den daraus entstehenden Belastungen Entlastungen gegenübergestellt werden müssen. Dies war unzweifelhaft das Nachtflugverbot, und zwar nicht nur für die Nordwestlandebahn, sondern ausdrücklich für den gesamten Frankfurter Flughafen, das war die Umsetzung des Antilärmpakts, und das war die Durchsetzung des Regionalen Dialogforums. Das ist der Standpunkt der Sozialdemokratie, wie er nach wie vor gilt.

(Beifall bei der SPD)

Daran kann kein Zweifel bestehen. Wir haben das erst wieder vor 14 Tagen einstimmig im Landesvorstand der hessischen SPD und in der Fraktion beschlossen, auch weil wir sagen – ich werde dazu später noch etwas formulieren –, dass es um die Zukunftsfähigkeit des Landes und vor allem darum geht, ob Landespolitik überhaupt noch einen ernst zu nehmenden Beitrag beim Infrastrukturausbau leisten kann. Ich sage deswegen: Sie haben nichts zum zentralen Thema gesagt, mit Ausnahme eines einzigen, kleinen Nebensatzes am Ende, nach dem Motto: „Wir ziehen unsere Rechtsposition nicht zurück.“ Der zentrale Vertrauensverlust ist in dieser Debatte durch den Wortbruch um den Planfeststellungsbeschluss vom Dezember 2007 und durch die Durchsetzung von 17 Nachtflügen entstanden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Judith Lanert (CDU))

Sie haben das zentrale Versprechen der Nachtruhe für den gesamten Flughafen an die Region im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses gebrochen. Deswegen fordern wir Sie hier heute erneut auf, die Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht zurückzunehmen. Warum? – Es ist doch grotesk, dass Sie jahrelang mit uns gemeinsam versprochen haben: „Es gibt Nachtruhe“, Sie dann Ihr Versprechen gebrochen haben, Sie in Kassel vom dem Verwaltungsgerichtshof die Rechtsprechung bekommen, dass Sie Ihr Versprechen einhalten dürfen und Sie dann mit aller Gewalt gegen das eigene Versprechen in Leipzig klagen. Deswegen bleibt es dabei: Ziehen Sie die Revision zurück, und geben Sie den Menschen in der Region ihre Nachtruhe.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Mit all den politischen Taten tun Sie das genaue Gegenteil von dem, was Sie hier wieder erklären.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Kein Zusammenhang!)

Kollege Lortz hat vor wenigen Tagen öffentlich in einer beeindruckenden Rede vor Ort erklärt, er sei jetzt auch wieder für die Nachtruhe.

(Günter Rudolph (SPD): Das habe ich auch gelesen, ja!)

Der Herr Rhein hat das formuliert. Zu dem werde ich später noch ein paar Bemerkungen machen. Herr Grüttner hatte es gefordert. Der Ministerpräsident hat es gesagt.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Ich sage Ihnen: Dann tun Sie es endlich. Ziehen Sie die Revision zurück, und setzen Sie die Nachtruhe durch.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Boddenberg, zu Ihrer Rolle.

(Peter Beuth (CDU): Reden Sie zum Thema!)

Zum Thema Nachtruhe haben wir hier mehrfach etwas gesagt.

(Zuruf des Ministers Michael Boddenberg)

– Sie müssen nicht wieder dazwischenrufen. Sie waren derjenige, der Ihren ehemaligen Wirtschaftsminister darauf hingewiesen hat, dass Sie Nachtruhe versprochen haben. Auch Sie waren anschließend im Chor derer, die das Versprechen gebrochen haben.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Insofern sollten Sie ein bisschen vorsichtiger mit Ihren Zwischenrufen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Ministers Michael Boddenberg)

Sie haben hier wieder einmal nichts zum zentralen Vertrauensbruch gesagt. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen bei all Ihren Maßnahmen machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Herr Bouffier, das, was Sie in der letzten Woche an Maßnahmen vorgestellt haben, ist doch im Kern nichts Neues.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Na! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt kommen Ihre Vorschläge! – Zurufe von der CDU: Ihre Vorschläge!)

– Zu den Vorschlägen komme ich gleich. – All die Maßnahmen, die jetzt vorgeschlagen wurden, sind im Mediationsergebnis angelegt worden. Die spannende Frage ist doch: Warum haben Sie dieses Paket zwölf Jahre lang nicht umgesetzt?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand von uns hat gesagt, Sie hätten gar nichts getan.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ui!)

Machen Sie keinen Popanz. Wir haben gesagt: Das ist unzureichend, weil es nicht das erfüllt, was wir der Region beim Ausbau an Entlastungen versprochen haben.

(Peter Seyffardt (CDU): Vorschläge! – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Wenn Sie der Auffassung wären, dass das gereicht hätte, was Sie hier gemacht haben, dann hätten Sie in der letzten Woche gar nichts tun müssen. Sie müssen sich schon einmal fragen, welche Argumentationslinie Sie einschlagen wollen.

(Zuruf von der CDU: Was haben Sie denn gemacht?)

Deswegen sage ich Ihnen: Das, was Sie vorgeschlagen haben, kommt Jahre zu spät. Es ist unzureichend.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wo waren Ihre Vorschläge?)

Natürlich hat Herr Wörner recht. Das bewegt sich auf dem Boden der Mediation. Natürlich, denn das stand alles darin. Insofern ist es keine neue Erfindung. Deswegen können wir Sie auch nicht dafür loben, dass Sie in Teilen endlich das umsetzen, was der Region jahrelang versprochen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Herr Bouffier, allerdings kann ich mir die Bemerkung nicht verkneifen – so viel zu der Frage: „Wo waren Ihre Vorschläge?“ –, dass wesentliche Teile dessen, was in der letzten Woche vorgeschlagen und vorgelegt wurde, diesem Landtag in seiner politischen Form im Oktober letzten Jahres vorgelegt wurde, und zwar auf der Grundlage eines Entwurfs des Vorsitzenden der Fluglärmkommission Thomas Jühe. Er hat einen in der Region abgestimmten Vorschlag dazu gemacht. Meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, ich will Sie daran erinnern: Ihre Fraktion, Sie, Herr Ministerpräsident, waren es, die noch im Oktober dieselben Vorschläge, für die Sie sich heute feiern lassen, mit der Begründung abgelehnt haben, das ginge alles nicht. – So viel zu der Frage, was hier passiert.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Damit komme ich zu Ihren Mogelpackungen. Da sind Sie ganz groß. Das ist die Methode Bouffier oder, um es präziser zu formulieren, dieser Regierung, die wir schon häufiger erlebt haben: dass Sachen schöner und größer gemacht werden, als sie real sind. – Ein schönes Beispiel hatten wir vor einigen Wochen, als es um den Energiegipfel ging. Die Ministerin hatte in der Regierungserklärung für 2012 80 Millionen € für die Energiewende angekündigt.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Wir mussten nur kurz nachrechnen, um festzustellen: Es waren keine 80 Millionen, sondern es waren nur 55 Millionen €.

Man kann so Politik machen. Ich halte das für unredlich.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Wir werden auch öffentlich darauf hinweisen, wo Sie so unredlich agieren, wie eben jetzt wieder bei diesem Paket.

(Peter Beuth (CDU): Nur Blabla!)

– Herr Beuth, das, was Sie vorgelegt haben, ist eine Mogelpackung. – Herr Bouffier, auch da gilt:

(Peter Beuth (CDU): Mein Gott, ist das schwach! In so einer Debatte so ein Blabla! Meine Güte!)

Sie müssen schon schauen, wie der Vorwurf lautet, den Sie formulieren. Wir haben nicht kritisiert, dass es Darlehen gibt. Wir haben kritisiert, dass Sie wieder einmal versucht haben, das Paket schöner und größer zu machen, als es ist.

Diese 150 Millionen €, die mehr als die Hälfte des Regionalfonds ausmachen, zahlen am Ende die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen selbst; denn es sind eben Darlehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU)

Es ist ein schönes Finanzierungsinstrument, keine Frage. Man kann das so machen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

– Das ist ein schöner Zwischenruf. Den möchte ich wiederholen, damit ihn alle hören: Wer soll es denn sonst bezahlen?

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Genau das ist der Punkt. Sie haben versucht, den Eindruck zu erwecken, als würde die Landespolitik, Ihre Landesregierung, besonders viel und engagiert agieren – aber das tun Sie nicht. Sie zahlen 100 Millionen € aus vorgezogenen Gewinnausschüttungen, das ist völlig richtig.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Es war nämlich vor vier Wochen unser Vorschlag, dass Sie genau dies tun, Herr Wagner.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommen 20 Millionen € von der Fraport. Auch das ist gut und richtig so.

(Zuruf von der CDU)

Aber dann kommen eben 150 Millionen € als Darlehen. Die Zinsvergünstigungen dieser 150 Millionen € zahlen Sie von den 100 Millionen € aus vorgezogenen Gewinnausschüttungen. Das kann man alles so machen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber es hilft den Menschen!)

Was aber nicht geht, ist, so zu tun, als würden Sie 335 Millionen € in die Maßnahmen pumpen, Herr Wagner. Das tun Sie nämlich nicht. Es bleiben am Ende 80 Millionen € vom Land übrig. Deswegen sage ich dazu „Mogelpackung“.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt übrigens auch für ein paar andere Maßnahmen. Natürlich sind einige der vorgeschlagenen Maßnahmen ausdrücklich richtig. Ich sage noch einmal: Wir haben sie im Oktober hier zur Abstimmung gestellt. Da haben Sie noch erklärt, das alles nicht zu wollen.

(Zurufe der Abg. Peter Beuth und Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Im Übrigen sind das alles Maßnahmen, die auf dem Mediationsergebnis aufbauen, Herr Beuth und Herr Wagner. Seit zwölf langen Jahren reden wir über die An- und Abflugverfahren. Wir reden über Flughöhen. Wir reden über die technischen Möglichkeiten im Rahmen von Turbinen und anderes mehr. Wir reden über die Modernisierung von Flotten. Wir reden über die Frage von lärmgestützten Gebührensystemen und vieles andere mehr. Deswegen sagen wir, dass das alles nicht neu ist. Wir sagen es seit

zwölf Jahren. Das Kernproblem ist doch, dass Sie nicht gehandelt, sondern sich zwölf Jahre im Nichtstun erstreckt haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE) – Zurufe von der CDU)

Natürlich hören sich 19 Maßnahmen gut an.

(Peter Beuth (CDU): Ihre Ausführungen sind alle so nichtssagend!)

Viele Maßnahmen davon sind auch völlig richtig. Aber zur Redlichkeit gehört es auch, festzuhalten, dass von den 19 Maßnahmen der Regionalfonds eine ist. Dazu habe ich schon eben eine Bemerkung gemacht. Zweitens formulieren Sie zwei Forschungsprojekte darin – auch das kann man so machen. Aber das wäre nichts, was jetzt unmittelbar hilft. Weiterhin führen Sie das Thema „Monitoring-system“ auf. Auch das ist nichts, was unmittelbar wirkt, auch wenn es wichtig für die Prüfung ist. Außerdem haben Sie noch sechs Prüfaufträge formuliert.

Deswegen sage ich Ihnen: All das ist richtig. Aber lassen Sie uns doch im Interesse des Ausbaus und der Zukunftsfähigkeit nicht so tun, als würde morgen alles besser; das ist unredlich.

Wir haben doch explizit an vielen Stellen gesagt: Ja, dieser Ausbau ist mit mehr Belastungen verbunden.

(Zuruf von der CDU: Das hat keiner gesagt! – Gegenruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD): Doch, der Ministerpräsident!)

Deswegen ist es so fatal, wenn sich jetzt einige auch in der Regierungskoalition in die Büsche schlagen und erklären, sie hätten alle nicht gewusst, wie schlimm es ist. – Ich sage Ihnen: Wer vor fünf Jahren in Flörsheim war, hat schon da die Lärmsimulationen erleben können. Alle, die es wissen wollten, haben auch wissen können, wie schwierig es ist. Deswegen haben wir auch gesagt: Eine Ausweitung von Casa ist zwingend notwendig, um den Menschen eine wirkliche Wahlmöglichkeit zu geben; denn für einen Teil der Menschen ist das Wegziehen die einzige Perspektive, die sie haben.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Arnold (CDU): Schlagen Sie doch etwas vor!)

Deswegen sage ich Ihnen: Machen Sie sich nicht breiter als das, was Sie formulieren und formulieren konnten, Herr Dr. Arnold.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was formulieren Sie denn, Herr Kollege?)

Am Ende bleiben Sie hinter den Erwartungen zurück, die Maßnahmen kommen viel zu spät, weil Sie versucht haben durchzumachen. Dazu komme ich gleich noch einmal.

Ich will zunächst auf den Punkt der Mediation zurückkommen. Die wiederholte Berufung des Ministerpräsidenten auf die Mediation ist eines der peinlichsten Schauspiele in dem gesamten Ablauf der letzten zwölf Jahre.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Herr Bouffier, ich habe am Anfang gesagt: Diejenigen, die die Grundlage der Mediation von Belastung und Entlastung verlassen haben, das war Schwarz-Gelb. Vor allem war es Schwarz, weil es unter den Bedingungen einer absoluten Mehrheit der CDU im Hessischen Landtag passiert ist. Ich sage Ihnen: Die Berufung auf die Mediation und ihre heilvolle Wirkung auch auf die Art und Weise, wie der Prozess in der Region stattgefunden hat, ist nicht

redlich. Sie treten mit Ihrem Verhalten die Mediation mit Füßen.

(Zuruf von der CDU)

Sie treten die Mediation mit Füßen, weil Sie das genaue Gegenteil getan haben. Sie umgehen in den letzten Jahren konsequent die Bedingungen der Mediation und versuchen jetzt, vor einem wichtigen Wahlakt, mit Ihrem Aktionismus zu erklären, dass Sie es eigentlich immer anders gemeint haben. Ich bleibe dabei: Wenn Sie es wirklich anders gemeint hätten, hätten Sie heute als Erstes in der Regierungserklärung ankündigen müssen, die Revision in Leipzig zurückzuziehen, um endlich Nachtruhe durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verspielen allerdings noch deutlich mehr. Das ist für mich am heutigen Tage der zweite wichtige Punkt. Ihre Art des Umgangs mit der Mediation gefährdet zukünftige Infrastrukturentscheidungen aller Art.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ein Unsinn!)

Warum? – Mit der Mediation wurde der Ausgleich zwischen Belastung und Entlastung geschaffen. Darauf haben die Menschen in der Region vertraut. Nicht alle, auch das muss man klar sehen. Es hat sowohl auf der Seite der Gegner des Flughafenausbaus wie auch bei Teilen der Akteure der Luftverkehrswirtschaft keine Zustimmung zur Mediation gegeben. Deswegen heißt es völlig richtig, dass Mediation nicht bedeutet, dass am Ende alle zu dem gleichen Ergebnis kommen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Nein. – Bei der Mediation geht es darum, am Ende auch die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Genau das – ich habe es eben noch einmal zum Ausdruck gebracht – haben Sie aber nicht getan.

Was aber heißt das für zukünftige Entscheidungen, angesichts der Herausforderungen, vor denen wir im Land stehen? Es ist richtig, an dieser Stelle über Zukunftsfähigkeit zu reden. Wie werden eigentlich Bürgerinnen und Bürger oder auch wirtschaftliche Akteure in Zukunft mit einem Angebot der Landespolitik umgehen, wenn wir beim Infrastrukturausbau für die zwingend notwendige Energiewende sagen, dass wir eine Mediation machen und einen Interessenausgleich schaffen wollen? – Die erste Reaktion wird sein: Was habt ihr denn beim Flughafen gemacht? Da habt ihr uns auch mit einer Mediation beschäftigt und am Ende etwas anderes gemacht. Warum sollen wir das mitmachen?

Was aber heißt das für die gesellschaftliche Akzeptanz beim notwendigen Infrastrukturausbau für die Energiewende? Was heißt das für die notwendige Akzeptanz beim Infrastrukturausbau des Verkehrssektors? Wir als Transitland, in dem wir auch den Verkehrssektor unter den Bedingungen der Energiewende weiterentwickeln müssen, wissen, dass wir auch neue Maßnahmen bei Schiene und Straße brauchen. Was heißt das für die Nutzungskonflikte vor Ort, wenn wir Bürgerinnen und Bür-

ger, Verbände und Organisationen einladen und sagen, wir wollen mit ihnen in die Mediation gehen, um einen Interessenausgleich zu schaffen? – Die Reaktion wird sein: Wie habt ihr es beim Frankfurter Flughafen gemacht? Ihr habt uns eine Mediation versprochen, dann ist sie gekommen, und ihr habt etwas anderes gemacht.

Was heißt das beim notwendigen Infrastrukturausbau z. B. beim industriellen Gewerbe, wenn wir über große industrielle Anlagen reden, um Arbeit und Wertschöpfung zu schaffen, und uns angesichts knapper Flächenressourcen fragen: Wie werden wir in bestimmten Regionen vorgehen? – Wenn wir dann zu einer Mediation einladen, um darüber zu reden, wie die Belastungen und Entlastungen ausgeglichen werden können, wird die Reaktion der Menschen sein: Ihr habt uns beim Frankfurter Flughafen auch gefragt, und am Ende habt ihr etwas anderes gemacht.

Herr Bouffier, Sie und Ihr Vorgänger Roland Koch – und damit konsequenterweise auch die Sie tragenden Fraktionen von Schwarz und Gelb – haben mit Ihrem Verhalten die notwendige Vertrauensbasis für zukünftige Mediationsprojekte für den zukünftigen Infrastrukturausbau zerstört.

(Beifall bei der SPD – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben die Argumentation dafür geliefert, dass sich Menschen zurückziehen, weil Sie nicht das gemacht haben, was den Menschen in der Region versprochen wurde. Deswegen geht es heute bei der Entscheidung zu dem, was Sie mit dem Frankfurter Flughafen machen, um deutlich mehr. Es geht um die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Es geht um den Ausgleich von unterschiedlichen Interessen, deren Vertrauensgrundlage Sie in den letzten Jahren nachhaltig zerstört haben. Unter dem Strich bleibt die Frage,

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

was wir eigentlich in Zukunft machen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Jetzt wird es sehr spannend!)

– Herr Arnold, es wird in der Tat sehr spannend. Ich glaube, es wird nur mit einem Politikwechsel auf der Landesebene gehen,

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

weil Sie jeden Kredit verspielt haben. Sie werden dann sicherlich nicht mehr in der Lage sein, die notwendigen Infrastrukturentscheidungen zu treffen, und es stehen noch einige an.

(Günter Rudolph (SPD): Das müssen wir übernehmen!)

Ich habe eben über einige gesprochen. Aber es stehen noch einige Infrastrukturentscheidungen am Frankfurter Flughafen wie Terminal 3 und die damit notwendigenverkehrlichen Anbindungen an.

(Judith Lannert (CDU): Sie können das?)

Das sind alles Themen, die noch kommen. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir uns in den letzten Wochen nicht in die Büsche gemacht.

(Lachen bei der CDU)

Wir haben nicht wie Herr Grüttner erklärt, dass er die Belastung nicht geahnt hat und wie schwierig das ist. Wir haben nicht wie der Herr Rhein erklärt, dass alles ganz

schlimm ist und man jetzt ordentlich nacharbeiten muss. Das ist besonders apart, weil der Herr Rhein gleichzeitig hier erklärt, warum er jetzt gegen das Nachtflugverbot klagen muss. Das alles passt nicht so richtig zusammen.

(Günter Rudolph (SPD): Das merkt auch der Wähler! – Dr. Walter Arnold (CDU): Das sind Vorschläge!)

– Herr Arnold, das ist natürlich der Punkt. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir Vorschläge gemacht

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

– ich sage dazu: im Oktober letzten Jahres. Wir haben zuletzt Vorschläge vor vier Wochen vorgestellt, wie man weitermachen kann. Die Grundlage all dessen, was zu tun ist, ist das Mediationsergebnis. Ich bin sehr gespannt, wie Sie mit der Entscheidung in Leipzig umgehen werden.

Warum hat das alles gerade jetzt stattgefunden? Warum haben Sie das eigentlich nicht vor der Eröffnung der Landebahn gemacht, Herr Bouffier?

(Petra Fuhrmann (SPD): Da wurde nicht in Frankfurt gewählt!)

Ich glaube, dass es mit einem Wahltermin in einer Woche zu tun hat, nämlich mit dem Frankfurter Wahltermin.

(Widerspruch bei der CDU)

Das ist doch offensichtlich.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Dr. Arnold, doch!)

Diese Landesregierung, der man bei der politischen Arbeit – um einmal ein Bild zu nehmen – die Schuhe im Gehen besohlen kann, wird immer nur dann aktiv, wenn sie massiv unter Druck steht und nicht weiterweiß. So ist das in diesen Tagen. Der Druck zu dem Thema Flughafen wird selbst in Ihren eigenen Reihen immer größer, weil Sie immer häufiger auch auf der Straße an dem gemessen werden, was Sie vor zwölf Jahren versprochen haben – Klammer auf, völlig zu Recht, Klammer zu.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben Sie vor der OB-Wahl versucht, mit aller Gewalt etwas auf den Weg zu bringen, was den Anschein hat, dass Sie aktiv sind.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Dass Sie in den letzten Jahren das genaue Gegenteil gemacht haben, das wissen Sie selbst. Das brauche ich Ihnen nicht mehr zu erklären. Besonders apart finde ich das Verhalten derer, die aus Frankfurt aufgeschlagen sind. Den peinlichsten Auftritt bei der Pressekonferenz hatte ein gewisser Uwe Becker. Uwe Becker, Kämmerer der Stadt Frankfurt, war bei dieser Pressekonferenz noch nicht einmal in der Lage, zu erklären,

(Judith Lannert (CDU): Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen! Nur heiße Luft!)

was denn mit der Gewinnausschüttung aus der Fraport für Frankfurt gemacht wird. Herr Becker konnte nicht einmal erklären,

(Judith Lannert (CDU): Aber Sie!)

dass das Geld aus der Gewinnausschüttung für den passiven Lärmschutz verwendet wird. Ich will es jetzt noch einmal sagen: Ich weiß, dass es schwer ist, manche Texte zu lesen, die man hier auf den Tisch bekommt. Aber nehmen Sie sich die Vorlage aus dem letzten Oktober noch einmal

vor, die Sie hier abgelehnt haben. Lesen Sie einmal nach, was darin steht. Vieles von dem, was Sie gerade versuchen zu feiern, stand darin.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ein Teil dessen, was Sie zum Thema Gewinnausschüttung sagen, haben wir vor vier Wochen vorgeschlagen. Dazu gab es Ihrerseits polemische Meldungen. Lesen Sie das Ganze noch einmal. Ich kann verstehen, dass Sie in aller Hektik versuchen, jetzt Ergebnisse zu liefern.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Seien Sie mir bitte nicht böse: Ich ertrage es wirklich nicht mehr – die Oberflächlichkeit aus Ihren Reihen bei diesem Thema.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Der peinlichste Auftritt war der des Kämmerers aus Frankfurt Uwe Becker.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Er konnte nicht erklären, dass man die Gewinnausschüttung von etwa 20 Millionen € für den passiven Schallschutz in Frankfurt verwendet – jenseits der Frage über Frankfurt hinaus, im Übrigen auch nicht zu den öffentlichen Liegenschaften; das gilt insbesondere für Sozial- und Bildungseinrichtungen. Das wundert aber nicht, weil – Kollege Rhein, Sie sind in der letzten Woche dazu heftig aktiv gewesen – eine wirkliche politische Linie in der Union in Frankfurt, was Sie eigentlich wollen, für mich nach wie vor nicht erkennbar ist.

(Minister Boris Rhein: Das sagt der Richtige! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Jetzt ist er aufgewacht!)

Was ist eigentlich Ihr Standpunkt? Nur den Wettbewerb der Sprücheklopfer zwischen Ihnen und Herrn Becker gewinnen zu wollen, ist dem Thema nicht angemessen. Glaubwürdigkeit sieht anders aus.

(Günter Rudolph (SPD): So ist das!)

Wenn man im Hessischen Landtag für Nachtflüge wirbt, in Frankfurt aber dagegen ist – den Widerspruch können Sie schon in Ihrer Person nicht auflösen.

(Günter Rudolph (SPD): Die Menschen in Frankfurt merken das!)

Das ist natürlich insbesondere im Umgang mit der gesamten Region nicht akzeptabel. Es bleibt dabei: Das Stillhalteabkommen in Frankfurt ist Teil des Problems und nicht die Lösung. Deswegen sind Sie weiterhin aufgefordert, sich endlich zur Nachtruhe zu bekennen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Ende will ich noch einmal unseren Standpunkt formulieren.

(Minister Boris Rhein: Das würden wir gerne wissen, jetzt wird es spannend!)

Die hessische Sozialdemokratie ist seit zwölf Jahren als einzige Fraktion im Hessischen Landtag uneingeschränkt die Vertreterin der Mediation. Dies heißt:

Erstens Ja zum Ausbau des Frankfurter Flughafens aus all den wirtschaftlichen Gründen, die ich genannt habe.

Zweitens Ja zur Nachtruhe, und zwar nicht nur auf der Nordwestlandebahn, sondern beim gesamten Flughafen.

Drittens ein klares Ja zum Antilärmpaket mit vielen Maßnahmen, die bereits vor zwölf Jahren angelegt wurden. Es ist nicht viel Neues dazugekommen, was Sie letzte Woche vorgestellt haben.

Viertens ein klares Ja auch zum Regionalen Dialogforum, weil wir diese Plattform brauchen. Diejenigen, die diese Grundlage des Ausbaus in den letzten Jahren verlassen haben, das sind insbesondere Schwarz und Gelb.

Sie haben mit dem Planfeststellungsbeschluss mit der Durchsetzung von Nachtflügen das zentrale Versprechen an die Region gebrochen. Sie haben heute abermals eine Chance verpasst, dieses Versprechen an die Region zu erneuern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihren Ankündigungen in den letzten Jahren können wir kein Vertrauen mehr schenken. Wir messen Sie nicht mehr an Ihren Ankündigungen. Wir messen Sie daran, was Sie machen – ob das ein Herr Rhein im Oberbürgermeisterwahlkampf, ob das ein Herr Grüttner auf irgendwelchen Neujahrsempfängen oder ob das der Ministerpräsident in Pressekonferenzen oder hier in einer Regierungserklärung ist –, und nicht an dem, was Sie ankündigen.

Wenn man einen Standpunkt hat, geht es am Ende darum, dass man die Sachen auch macht. Dazu haben Sie in den letzten Jahren nichts geliefert. Genau das ist Ihr Problem gewesen. Deswegen haben Sie jetzt Maßnahmen nachgesteuert, die im Kern alle nicht falsch sind. Aber Sie haben versucht, die noch ein bisschen schöner und größer zu machen. Am Ende bleibt Ihnen immer das Marketing. Darin sind Sie besonders groß. Sie erklären, warum Sie gerade die Schönsten, die Größten und Besten sind.

Der entscheidende Punkt ist nur – ich bin nicht dazu da, Politikberatung für diese Regierung zu machen –, das ist das zentrale Problem des Vertrauensverlustes, den Politik insgesamt erlitten hat,

(Minister Boris Rhein: Was sagt die SPD?)

dass man immer nur Ankündigungen hat – oder im Falle von Herrn Rhein nur Floskeln, die davon abhängen, in welchem Saal er sitzt. Ob das im Landtag oder ob das in Frankfurt ist, das sind völlige unterschiedliche Botschaften. Am Ende fehlt das, was gemacht wird.

Deswegen sage ich Ihnen noch einmal: Kehren Sie zurück zur Mediation. Kehren Sie zur Grundlage unserer gemeinsamen Entscheidungen zurück. Das bedeutet auch, verzichten Sie nächste Woche weiter auf die Durchsetzung von 17 Nachtflügen. Kehren Sie zurück auch zur Nachtruhe. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Als Nächster spricht der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Dr. Wagner.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, Herr Schäfer-Gümbel, hat in ermü-

denden 30 Minuten seinen Ruf als Dauerneinsager und Dauermäkler verteidigt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Herr Schäfer-Gümbel, es macht Sie auch in der Opposition nicht kleiner, wenn Sie erfolgreiche Maßnahmen der Landesregierung akzeptieren.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Wenn es mal welche gäbe!)

Sie können gerne aus Ihrer Sicht sagen, Sie hätten das anders gemacht und jenes besser. Aber respektieren und akzeptieren Sie doch, dass die Landesregierung unter Volker Bouffier in den letzten Monaten eine eindrucksvolle Allianz für mehr Lärmschutz im Interesse der Bevölkerung im Großraum Frankfurt geleistet hat. Daran können Sie doch nicht vorbeigehen, auch nicht mit einer, wie ich finde, sehr hohlen Polemik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zweitens. Meine Damen und Herren, Sie sagen immer wieder, Sie würden sich zum Flughafen bekennen. Herr Schäfer-Gümbel, ich frage Sie, wenn Sie sich zum Flughafen bekennen: Warum äußern Sie sich nicht deutlicher und klarer in der Öffentlichkeit, wenn ein Teil der SPD-Ortsvereine in Frankfurt dafür wirbt, dass die Landebahn wieder zurückgebaut wird? Das würde mich wirklich interessieren. Hier würden Sie Führungsstärke und auch Konsequenz zeigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Dr. Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schäfer-Gümbel?

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Nein, ich möchte das erst einmal insgesamt vortragen. Wir können gerne am Ende miteinander weiter streiten.

Ich will in dem Zusammenhang darauf hinweisen, dass Sie es waren, Herr Schäfer-Gümbel, der in dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag des Jahres 2008, der zum Glück nicht Wirklichkeit geworden ist, nichts, aber auch gar nichts für den Ausbau des Frankfurter Flughafens getan hat. Sie sind von den GRÜNEN ausgebremst worden und haben sich auch dort nicht durchgesetzt. Also: vollmundige Erklärungen abgegeben, und nichts ist dahinter. Ich finde, Sie sind als Parteichef der SPD in Hessen aufgefordert, klar und deutlich Einhalt zu gebieten, im Übrigen auch Ihrem OB-Kandidaten Feldmann, der sich inzwischen längst von dem Mediationsergebnis verabschiedet hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine dritte Vormerkung machen. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass Sie sich in weit über der Hälfte dieser halben Stunde mit dem Nachtflugverbot auseinandergesetzt haben. Wissen Sie, worum es im Augenblick geht? Es geht aktuell um die Belastung durch Tagesfluglärm. Seit sechs Monaten haben wir in Hessen keine Nachtflüge. Das haben Sie völlig aus Ihrer Wahrnehmung ausgeschaltet.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE), Tarek Al-

Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Dr. Thomas Spies (SPD))

Ich finde, das ist bezeichnend für Ihre Polemik. Sie lenken ab. Im Augenblick sind die Menschen im Großraum Frankfurt, jedenfalls in Teilen des Raumes, belastet und belästigt durch den Fluglärm. Darüber unterhalten wir uns heute, das ist das Thema.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Über Mogelpackungen!)

Aber Sie sprechen 15 Minuten über Nachtflug, den es im Augenblick seit sechs Monaten – ich wiederhole es – gar nicht gibt. Sie reden an der Wirklichkeit unserer Politik und an der Realität in unserem Lande vorbei.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Dr. Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Sorge, oder lehnen Sie Zwischenfragen im Moment grundsätzlich ab? – Erst einmal abgelehnt. Danke schön.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Meine Damen und Herren, die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Volker Bouffier hat eindrucksvoll deutlich gemacht: Die Koalition stellt sich ihrer Verantwortung. Sie stellt sich ihrer Verantwortung gegenüber den Zehntausenden von Menschen, die vom Flughafen Frankfurt leben, und sie stellt sich ihrer Verantwortung gegenüber den vielen Menschen, für die der Flugbetrieb erhebliche Belästigung bedeutet. Beides ist Thema unserer heutigen Debatte. Beides ist Thema des politischen Handelns unserer Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In gründlicher und solider Vorbereitung hat der Ministerpräsident die am Flugverkehr beteiligten Institutionen an einen Tisch zusammengerufen. Ich will das im Übrigen an dieser Stelle nochmals wiederholen: Das ist die Stärke dieses Ministerpräsidenten, in unserer Gesellschaft, in unserem Lande unterschiedliche Interessen zusammenzurufen, an einen Tisch zu holen. Dafür haben wir in den letzten eineinhalb Jahren großartige Beispiele gehabt, wenn ich an die Schuldenbremse denke, wenn ich an den Energiegipfel denke. Das ist seine Stärke,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

die Menschen zusammenzuführen und dann zu einem gemeinwohlverträglichen guten Ergebnis zu führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle dem Ministerpräsidenten danken. Ich danke aber auch sehr herzlich den beiden beteiligten Ressortministern Posch und Puttrich. Das ist ein hervorragendes Gemeinschaftswerk, das sie uns in der letzten Woche in der Öffentlichkeit vorgelegt haben.

Das wichtigste Signal für alle Betroffenen im Großraum Frankfurt heißt: Es wird leiser werden.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): So ein Quatsch!)

Dazu habe ich im Übrigen den Ausführungen von Herrn Schäfer-Gümbel nichts, aber auch gar nichts entnommen. Auch hier betreibt er Realitätsverweigerung.

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Sorgen und Nöte der Menschen in unserem Raume, insbesondere im Großraum Frankfurt, sehr ernst.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir alle wissen: Fluglärm kann eine extreme Belastung für die Anwohner sein. Gesundheitliche und finanzielle Folgen darf niemand wegreden. Darin sind wir uns in diesem Hause wahrscheinlich alle einig.

Aber lassen Sie mich über alle verständlichen Aufregungen und Aufgeregtheiten hinweg einige wenige grundsätzliche Erwägungen vortragen: Industriellen und wirtschaftlichen Fortschritt und damit Wohlstand wird es niemals ohne Belastungen und Nachteile geben.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

– Herr van Ooyen, in Ihrem Staat gab es keinen Wohlstand. Da gab es eine allgemeine, gleichgemachte Armut, nichts anderes. Rufen Sie hier nicht immer dazwischen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Hermann Schaus (DIE LINKE): Unser Staat ist Hessen! Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, es ist die Aufgabe des Politikers, von uns allen, abzuwägen, dass wir auf der einen Seite Belastungen, Nachteile zur Kenntnis nehmen und sie in die Waagschale gegenüber dem Fortschritt und Wohlstand in unserem Lande tun. Es ist im Übrigen eine Daueraufgabe von Politik, Vor- und Nachteile abzuwägen, nicht einem Extrem hinterherzulaufen wie die Linkspartei in diesem Hause, sondern zu fragen: Was ist zum Schluss für die Menschen in unserem Lande der vernünftige Kompromiss? Was hilft für eine gute Zukunft?

Wir müssen immer wieder abwägen. Wir müssen immer wieder die Vor- und Nachteile miteinander bedenken, um dann im Rahmen dieses Abwägungsprozesses zu einer guten Entscheidung zu kommen.

Meine Damen und Herren, wirtschaftlicher Fortschritt und Wohlstand sind ohne eine moderne Infrastruktur nicht denkbar. Öffentlicher Personennahverkehr, Autobahnen, Eisenbahnlinien, Bahnhöfe, Flughäfen lösen Lärm aus und sind doch unabdingbare Voraussetzungen für Arbeitsplätze und wirtschaftliche Prosperität.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir müssen deshalb auch ehrlich sagen: Ganz ohne Lärm wird es nicht gehen. Wer hier etwas anderes behauptet, ist unehrlich und macht den Menschen etwas vor. Aber das hilft zum Schluss den Bürgern in unserem Lande nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wachstum ohne Flughafen ist eine Illusion, genauso wie ein Flughafen ohne jeden Lärm eine Illusion ist. Wer anderes sagt, macht Politik mit Illusionen, und das ist verantwortungslos.

Alle, die Stille am Himmel fordern, werden zum Schluss Stillstand an den Werkbänken bekommen. Es wird niemals ein hoch industrialisiertes Land ohne Belastungen und Belästigungen geben.

Das gehört zur ganzen Wahrheit dazu, und das müssen wir in der Auseinandersetzung und der Diskussion mit den Menschen offen und ehrlich sagen und einräumen.

Meine Damen und Herren, diese Feststellungen schränken aber unsere Verantwortung nicht ein, die Belastung so weit wie möglich zu reduzieren. Verminderung des Lärms – völlig gleich von welcher Lärmquelle, nicht nur von Flugzeugen – ist eine Daueraufgabe. Sie wird es auch in Zukunft bleiben. Wir alle sind gefordert, Lärm so stark wie möglich immer weiter, im Rahmen des modernen Fortschritts, zu reduzieren. Darüber müssen wir uns völlig einig sein.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, damit keine Geschichtsklitterung stattfindet, will ich hier feststellen: Bereits lange vor der Inbetriebnahme der neuen Landebahn haben wir zahlreiche Aktivitäten zur Verminderung des Fluglärms auf den Weg gebracht. Ich nenne beispielhaft nur: Maßnahmenpaket zum Schallschutz, neue Lärmschutzverordnung für das Rhein-Main-Gebiet, Taskforce Flughöhen und -routen, Lärmwirkungsstudie NORAH, Casa-Programm und vieles andere mehr.

Meine Damen und Herren, wir haben uns schon in den letzten Jahren permanent den Herausforderungen gestellt und gehandelt. Bei diesem schwierigen Thema, dieser schwierigen Materie sind Verantwortung und Augenmaß gefordert, nicht Polemik und Geschrei.

Meine Damen und Herren, Verantwortung und Augenmaß – das vermisse ich bei der SPD.

Die hessische SPD sagt, dass sie sich zum Ausbau des Frankfurter Flughafens bekennt. In dem Zusammenhang habe ich festgestellt: Hier ist das Bekenntnis gespalten. Teile der Frankfurter SPD sehen das völlig anders als Herr Schäfer-Gümbel. Es bleibt – ich wiederhole es – die Aufforderung an Herrn Schäfer-Gümbel, entweder in seinem eigenen Laden hier für Klarheit zu sorgen

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

oder klar und deutlich zu sagen, dass er eben nur halbherzig für diesen Flughafen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, auch die GRÜNEN verhalten sich hier doppelzünftig.

(Wolfgang Greilich (FDP): Das ist doch normal!)

Herr Al-Wazir – wegen der Bedeutung dieser Debatte ist er im Augenblick nicht im Saal – behauptet, mit dem Ausbau des Flughafens sei eine „dramatische Fehlentscheidung“ getroffen worden.

(Zurufe der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Norbert Schmitt (SPD))

Die GRÜNEN sagen, der Flughafen sei eine „dramatische Fehlentscheidung“.

Der Herr Ministerpräsident hat es bereits zitiert: Das hat damals der Herr Fischer, mit seiner Bundesregierung und Herrn Schröder zusammen, völlig anders gesehen.

(Holger Bellino (CDU): Das ist ein Ding!)

Ich wiederhole das Zitat aus dem Flughafenkonzept der rot-grünen Bundesregierung. Es lautet wörtlich:

Besonders dringlich ist danach eine Beseitigung von Kapazitätsengpässen: Flughafen Frankfurt ...

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Al-Wazir, möglicherweise kann ich Sie über die Lautsprecher erreichen, wenn Sie in der Lobby Interviews geben. Ich frage Sie: Warum haben Sie einem Antrag zur Schließung der neuen Landebahn auf Ihrem letzten Landesparteitag nicht zugestimmt? Warum haben Sie ihn verhindert?

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt laufen Sie protestierend hinterher, weil Sie vordergründig Ihre OB-Kandidatin in Frankfurt nicht im Stich lassen wollen. Ihre OB-Kandidatin fordert eine Schließung der neuen Landebahn.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst denken, dann reden!)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Wenn die OB-Kandidatin der GRÜNEN in Frankfurt die Landebahn wieder in Grünland umwandeln will, dann hat sie entweder keine Ahnung von dem, was unsere Menschen brauchen, was unsere Wirtschaft und Arbeitsplätze zusammenhält,

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

oder sie will in ihrem Wahlkampf den Menschen bewusst Sand in die Augen streuen – obwohl sie weiß, dass sie die Landebahn nicht mehr beseitigen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In beiden Fällen ist sie jedenfalls für das Amt der Oberbürgermeisterin in Frankfurt nicht geeignet.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig! – Zurufe der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) und Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, ich will Folgendes hinzufügen: Bei den Beiträgen der SPD und auch der GRÜNEN wird mir immer wieder deutlich: Ihnen sind der Flughafen und seine Mitarbeiter ganz offenbar gleichgültig.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist denn der Innenminister?)

Der entscheidende Unterschied zwischen uns ist: Sie von SPD und GRÜNEN handeln zu diesem schwierigen und verantwortungsvollen Thema populistisch, nach Gesinnungen; wir handeln aus Verantwortung vor dem Ganzen.

(Lachen des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir stellen uns den Interessengegensätzen, wie ich sie beschrieben habe, und bemühen uns um einen ehrlichen und dem Gemeinwohl verpflichteten Ausgang.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die GRÜNEN waren von Anfang an gegen den Ausbau des Flughafens. Das ist nicht neu.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Helau!)

Überall, wo es um die Verhinderung von Infrastrukturprojekten geht, sind die GRÜNEN dagegen. Die GRÜNEN haben sich nie wirklich zu diesem Flughafen bekennt,

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wohl aber gerne zum Fliegen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Auch diese Widersprüchlichkeit Ihres eigenen Verhaltens muss öffentlich angesprochen werden. Oder sind Sie, Herr Al-Wazir, noch nie vom Frankfurter Flughafen geflogen? Sind Sie noch nie auf der neuen Landebahn gelandet?

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das würde ich von Ihnen gerne wissen: ob Sie den Flughafen nutzen oder ob Sie hier konsequent bleiben. Wenn Sie ihn jahrelang dauerhaft politisch ablehnen und dagegen polemisieren, gleichzeitig aber die Vorteile dieses Flughafens nutzen, dann ist das ein höchst widersprüchliches Verhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind überzeugt: Langfristig zahlt sich auch bei diesem schwierigen Thema – das natürlich populismusgefährdet ist –,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sieht man ja!)

Redlichkeit aus. Langfristig ist der abwägende Interessenausgleich zwischen Lärmbelastung auf der einen Seite und ökonomischer Entwicklung der verantwortungsvollere Weg.

Aus unserer Sicht hat der Flughafen eine enorme Bedeutung für die Region, für Hessen und für Deutschland.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Für die Menschen!)

Wir haben uns deshalb immer für den Flughafen als Herzstück der hessischen und deutschen Wirtschaft eingesetzt.

Wir nehmen den Protest derer, die sich gegen Lärm wehren, sehr ernst. Wir hören aber auch die 70.000 Beschäftigten, die jeden Tag einer Arbeit nachgehen können – weil es den Flughafen gibt, und nicht, weil der von den GRÜNEN bekämpft wird.

Meine Damen und Herren, die Erweiterung des Flughafens hat eine Investition von rund 4 Milliarden € ausgelöst. Das waren 4 Milliarden € für Aufträge an Mittelständler, 4 Milliarden € für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Zurufe der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) und Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, das wird dabei immer vergessen: Wenn wir Wirtschaft fördern, dann wollen wir Arbeitsplätze für die Menschen fördern. Das ist unser Grundanliegen. Danach handeln wir. Das ist unsere Politik.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Insgesamt werden durch den Ausbau des Flughafens weitere etwa 40.000 Arbeitsplätze geschaffen, ganz zu schweigen von den zahllosen Betrieben – das wird heute vergessen –,

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

die darauf angewiesen sind, ihre Produkte über den Frankfurter Flughafen weltweit zu exportieren.

Deshalb ist es ein unverantwortlicher Unsinn, zu fordern, dass die neue Landebahn zu Grünland zurückgebaut wird, wie es einige GRÜNE wollen.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Sätze zu dem Thema ausführen, das Herr Schäfer-Gümbel nicht müde wird immer in geschichtsklitternder Weise hier aufzutischen: das Nachtflugverbot.

Meine Damen und Herren, auch in Sachen Nachtflugverbot geht es darum, dass wir uns um eine ehrliche Darstellung des Sachverhalts kümmern, zur Kenntnis nehmen, was Fakten sind.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Man kann ja aus den Fakten dann unterschiedliche Schlussfolgerungen ziehen, unterschiedliche politische Ziele formulieren – aber wenigstens muss man die Fakten zunächst einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wie ist der Sachverhalt? – Als die rot-grüne Landesregierung seinerzeit mit der Notwendigkeit des Baus einer weiteren Landebahn konfrontiert wurde, gab es bei der Fraktion der GRÜNEN damals schon ein Nein zu einer Erweiterung des Flughafens. Da sind die seit 20 Jahren konsequent.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Vielen Dank für die Zustimmung. – Wenn es um eine Grundsatzentscheidung gegangen wäre, überhaupt einen Flughafen zu bauen, dann wären Sie auch dagegen gewesen. Wie der Ministerpräsident völlig zu Recht gesagt hat: Sie sind eben nicht bereit, die Zukunft unseres Landes zu gestalten.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, schon zu Zeiten der Startbahn West, also der vorherigen Erweiterung des Flughafens, waren die GRÜNEN bei sämtlichen Gegendemonstrationen dabei.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt!)

In der SPD gab es damals eine Mehrheit, die den Ausbau des Flughafens wollte. In dieser Lage hat der damalige Ministerpräsident Eichel – zur Überbrückung von Koalitionsgräben – ein Mediationsverfahren vorgeschlagen.

Jetzt hören Sie bitte genau zu und widerlegen Sie mich, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie der Überzeugung sind, dass ich Ihnen etwas Falsches sage.

(Zurufe von der SPD)

Es war der erklärte Wille der Regierung Koch, dieses Nachtflugverbot – das Gegenstand des Mediationsverfahrens war – umzusetzen.

Dann aber – das blenden Sie regelmäßig aus – entschied das Bundesverwaltungsgericht im Jahre 2006 über den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld. Es sagte in seinem Urteil, dass ein Nachtflugverbot für die gesamte Nacht bei einem Verkehrsflughafen nicht verhängt wer-

den dürfe, wenn ein entsprechender standortspezifischer Nachtflugbedarf vorliege und die Beschränkung der Nachtfluglerlaubnis die Funktionsfähigkeit des Flughafens gefährden würde. Meine Damen und Herren, Sie müssen diesen Spruch doch wenigstens zur Kenntnis nehmen. Sie können sich fragen, ob Sie aus diesem Spruch andere Schlüsse ziehen als wir; aber Sie können diesen Spruch des Bundesverwaltungsgerichts doch nicht von vorneherein ignorieren.

Mit dieser Entscheidung stand also fest, dass ein Nachtflugverbot ohne Ausnahmen rechtlich nicht haltbar wäre. Diese Rechtsprechung musste die Planfeststellungsbehörde berücksichtigen. Das war die neue Sachlage, die zu beachten war und die die Opposition bis zum heutigen Tage ignoriert.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Walter Arnold (CDU): Die stand auch nicht in der Verantwortung! Das war der Punkt!)

Eine Planfeststellung mit keinen Ausnahmen in der Nacht, wie Sie das immer propagieren, wäre rechtlich angreifbar gewesen und hätte zu einer erheblichen Verzögerung des Flughafenausbaus geführt. Daher hat sich die damalige Landesregierung – ich wiederhole es, ich habe es an dieser Stelle bestimmt schon drei- oder viermal gesagt – sechs Wochen vor der Landtagswahl am 27. Januar 2008 für Klarheit und Wahrheit statt für Populismus entschieden. Wir haben damals gesagt: Die Bürger sollen entscheiden, ob wir mit unserem Vorschlag im Hinblick auf das Planfeststellungsverfahren richtig oder falsch liegen. – Wir haben den Bürgern vor der Wahl gesagt, worum es geht. Seitdem ergehen sich die GRÜNEN und die SPD in unerhörten Beschimpfungen. Sie sprechen von Wortbruch. Meine Damen und Herren, ich kann es nicht ertragen, wenn Herr Schäfer-Gümbel, der im Jahre 2008 Mitthelfer bei dem größten Wortbruch in der Geschichte Hessens war, dieses Wort in den Mund nimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich frage zum wiederholten Mal an die Adresse der Opposition: Welche Motive vermuten Sie eigentlich bei unserer Koalitionsregierung, wenn wir in Ansehung der Rechtsprechung feststellen mussten, dass es einige Ausnahmen vom Nachtflugverbot geben muss? Welche Motive unterstellen Sie uns eigentlich? Das würde ich gerne wissen. War es aus Ihrer Sicht pure und dumme Willkür der Regierung, um der Opposition Futter für Kampagnen zu liefern? Ich sage hier klar und deutlich: Wir wollten und wollen eine Erweiterung des Frankfurter Flughafens auf gesicherter rechtlicher Basis. Das war und ist der einzige Beweggrund für unser Verhalten, für das wir von Ihnen seit Jahren beschimpft werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Die GRÜNEN wollten – genauso wie bei der Startbahn West; ich sagte bereits, das hat bei den GRÜNEN Tradition – die neue Landebahn mit allen Mitteln verhindern. Sie forderten ein Nachtflugverbot und hätten in Kauf genommen – das wird als Konsequenz des Handelns der GRÜNEN häufig vergessen –, dass wegen der Kapazitätsknappheit des Frankfurter Flughafens vor seiner jetzigen Erweiterung die alte Nachtflugregelung mit 60 bis 70 Flügen in Kraft geblieben wäre. Das wäre die Konsequenz des Verhaltens der GRÜNEN gewesen. Ich denke, auch das muss klar und deutlich öffentlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will jetzt aus Zeitgründen nicht noch einmal das aufzählen, was der Herr Ministerpräsident zu der „Allianz für Lärmschutz 2012“ eindrucksvoll vorgetragen hat. Ich will nur noch auf die Ausführungen von Herrn Schäfer-Gümbel zurückkommen. Herr Schäfer-Gümbel mäkelte an den 340 Millionen € herum. Er sagt: Das ist ja gar nicht alles Landesgeld; das waren doch gar nicht so große Anstrengungen, derer Sie sich jetzt rühmen. – Lieber Herr Schäfer-Gümbel, den Menschen ist es gleichgültig, ob ihnen mit öffentlichen Steuermitteln oder z. B. mit Mitteln aus der Schatulle der Fraport geholfen wird. Das Entscheidende ist doch, dass der Herr Ministerpräsident die Akteure zusammengeführt hat, dass er alle, die für den Betrieb des Flughafens Verantwortung tragen, die einen Beitrag zum Fluglärm leisten, zusammengeführt und mit ihnen gemeinsam ein Maßnahmenpaket geschaffen hat, das in seiner Größenordnung den Menschen im Großraum Frankfurt nachhaltig helfen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Den Menschen ist es doch wichtig, dass ihnen geholfen wird, und nicht, von wem das Geld kommt. Herr Schäfer-Gümbel, das ist doch nicht das Entscheidende.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mir aber vorstellen, dass Sie als Sozialdemokrat, der etwas etatistisch veranlagt ist, vielleicht nur darüber nachdenken, wie man den Menschen mit öffentlichen Mitteln helfen kann. Nein, wir treten dafür ein, dass man den Menschen auch mit privaten Mitteln helfen kann. Das ist der große Unterschied zwischen den Sozialdemokraten auf der einen Seite und der bürgerlichen Koalition auf der anderen Seite.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind doch alles öffentliche Mittel! Ahnungslos, der Mann!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Folgendes feststellen. Ich denke, dass wir mit dem, was in den letzten Monaten von der Landesregierung unter Volker Bouffier und Jörg-Uwe Hahn getan worden ist, wirklich einen nachdrücklichen Beitrag zur Verbesserung der Situation geleistet haben – eine Situation, ich sagte es bereits, die wir mit großer Ernsthaftigkeit und Sensibilität im Interesse der Menschen verbessern wollen. Das ist doch unser aller Auftrag als Politiker.

Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei: Die Verminderung von Lärm bleibt eine Daueraufgabe. Dazu bedarf es des Mutes, der Verantwortung, einer hohen Sensibilität gegenüber den Betroffenen auf der einen Seite und des Bekenntnisses zur Notwendigkeit des Flughafens auf der anderen Seite. Opportunismus, Geschrei und Polemik schaden dem Ganzen. Wer sich dem Populismus hingibt, verfehlt seine Aufgabe als Politiker. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Schäfer-Gümbel das Wort. Redezeit: zwei Minuten.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wagner, Sie haben mir eine Frage gestellt, die will ich gerne beantworten. Natürlich gibt es Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die andere Positionen vertreten – so, wie das auch in anderen Parteien der Fall ist. Ich will Sie daran erinnern, dass Anfang Dezember 2011 im Ortsbeirat 5, Sachsenhausen, ein Beschluss mit folgendem Text gefasst wurde: „Die weitere Nutzung der Landebahn Nordwest ist nicht zu verantworten. Die Landebahn Nordwest soll sofort und endgültig stillgelegt werden.“ Der Beschluss fand die Zustimmung der CDU, der GRÜNEN, der SPD und der FAG.

(Zurufe von der CDU)

Ich will Sie daran erinnern, dass vor wenigen Tagen eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Flörsheim am Frankfurter Flughafen stattgefunden hat, in der die Fraktionen der CDU, der SPD und der GRÜNEN die Schließung der Nordwestlandebahn gefordert haben. Ich möchte Sie außerdem daran erinnern, dass der jetzige Oberbürgermeisterkandidat der CDU in Flörsheim eine Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr fordert.

Lassen Sie diese Spiele doch einfach. Es gibt in allen Parteien unterschiedliche Positionen. Entscheidend ist, was wir auf dem Landesparteitag dazu entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Bemerkung. Zu der Frage, wie das mit dem Geld ist, will ich einen Satz sagen. Für die Bürger macht es am Ende doch einen Unterschied, ob sie das selber zahlen oder nicht. Das ist der Punkt, um den es dabei geht.

(Beifall bei der SPD)

Eine dritte Bemerkung, zum Thema Nachtflugverbot. Ich will nur daran erinnern, dass Sie im Moment in Leipzig klagen und in der Begründung Ihrer Klageschrift kein einziger Satz zur Durchsetzung der Nachtruhe steht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen hat das doch offensichtlich mit dem Thema zu tun. Über die Frage der Zukunftsfähigkeit habe ich schon einiges gesagt.

Bei dem letzten Punkt, den ich ansprechen will, werde ich ein bisschen emotionaler.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Darauf kommt es nicht an! – Zurufe von der CDU: Oh!)

Herr Dr. Wagner, ich akzeptiere Ihre Geschichtsklitterung beim Thema Mediation nicht mehr. Die Mediation ist damals wegen der nahezu bürgerkriegsähnlichen Zustände rund um die Startbahn 18 West und des Todes von zwei Polizisten an der Startbahn 18 West begründet worden.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schäfer-Gümbel, Sie müssen zum Schluss kommen.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Letzter Satz. – Um solche Zustände zu verhindern, ist damals die Mediation begründet worden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich damals davon distanziert und es am Ende doch umgesetzt. Das sollten Sie hier redlicherweise mit zum Gegenstand der Debatte machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

– Herr Dr. Wagner, eine Sekunde. Herr Kollege Rentsch hat sich ebenfalls zu einer Kurzintervention gemeldet. Sie warten die Kurzintervention von Herrn Rentsch ab und bekommen anschließend etwas mehr Redezeit für beide Antworten. – Herr Rentsch, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der SPD)

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wagner, Sie haben in der Debatte auf einen Beschluss der damals rot-grünen Bundesregierung – der Herr Ministerpräsident hat es auch getan – zum sogenannten Flughafenkonzept verwiesen. Ich will das aufnehmen und noch einmal die Frage an Sie stellen, ob Sie das genauso sehen wie wir.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben hier den Beschlussvorschlag zum Flughafenkonzept der Bundesregierung vom 22. August 2000 und den Beschluss dieses Flughafenkonzepts vom 30. August 2000 vorliegen. Damit hat die Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer ein sehr umfassendes Konzept beschlossen, wie die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland vorangetrieben werden soll, das auch verdeutlicht, wie wichtig die Flughäfen in Deutschland dafür sind. Ich zitiere:

Das Flughafenkonzept fasst die Zielvorstellungen für eine Erfolg versprechende und nachhaltige Entwicklung der deutschen Flughäfen zusammen ...

Es geht folgendermaßen weiter – ich muss sagen, es ist fast ein liberales Papier, das Joschka Fischer und Gerhard Schröder auf den Weg gebracht haben –:

Um seinen führenden Platz in der Weltwirtschaft und Europa zu halten, Wirtschaftswachstum zu fördern ..., muss weiterhin die Beteiligung Deutschlands an den Impulsen des steigenden Luftverkehrs sichergestellt werden.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Letzter Punkt – der ist mir wichtig –:

Es ist die Aufgabe der Länder, dafür zu sorgen, dass eine weitere Wohnbebauung in Flughafennähe nur begrenzt erfolgt.

Dann erwarte ich auch von der Opposition in diesem Haus – darin wird mir Kollege Wagner recht geben –, dass sie nicht von „Vertreibung“ redet, sondern dass sie dazu steht, dass dieser Flughafen für unser Bundesland eine unglaublich wichtige Funktion hat.

Wir haben diese Funktion gemeinsam anerkannt, und Rot-Grün hat das in diesem Papier festgestellt. Wenn es so

ist, dass wir diese Funktion gemeinsam anerkennen, erwarte ich, dass Sie sich jetzt, zwölf Jahre später, auch an einen solchen Beschluss erinnern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Herr Dr. Wagner, Sie haben die Gelegenheit zur Antwort.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schäfer-Gümbel hat mit seinem Auftritt vor fünf Minuten eine zweite Chance verpasst, aus der Sicht der SPD konkrete und konstruktive Vorschläge dafür zu machen, wie wir den Fluglärm mindern können. Ich bedauere das.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schäfer-Gümbel, ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass es bereits unter Eichel bei Rot-Grün koalitionsintern einen riesengroßen Krach wegen der Erweiterung des Flughafens gab.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt!)

In der Not hat Ministerpräsident Eichel dieses Mediationsverfahren vorgeschlagen und auf diese Art und Weise wenigstens eine vorübergehende Befriedung seiner Koalition zustande gebracht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das war ein rein taktisches Vorgehen, das im Endeffekt, wie ich finde, durchaus sehr gute Ergebnisse zeitigte. Überhöhen Sie die damalige Entscheidung von Ministerpräsident Eichel bitte nicht moralisch.

(Zurufe von der SPD)

Letzter Punkt. Herr Schäfer-Gümbel, darin unterscheiden wir uns tatsächlich, und das wird auch so bleiben: Es kommt nicht darauf an, ob der Staat selbst Geld in die Hand nimmt, sondern darauf, ob er Hilfe für die Menschen organisiert. Deshalb ist es auch unwichtig, ob die 335 Millionen € alle aus der Landeskasse bezahlt werden oder ob auch weitere Akteure vom Flughafen ihren Beitrag dazu leisten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist unglaublich!)

Diese Akteure hat der Herr Ministerpräsident zusammengeführt; das ist sein großes Verdienst. Ich würde mich freuen, wenn Sie das endlich zur Kenntnis nehmen und auch anerkennen würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Wagner hat die Frage von Herrn Rentsch nicht beantwortet!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Dr. Wagner. – Als Nächster spricht Herr Al-Wazir, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Erstens. Es ist 16:44 Uhr. Ich möchte Ihnen einmal die Kurzintervention des Kollegen Rentsch erklären, die Herr Wagner nicht beantwortet hat. Um 16:45 Uhr beendet der hr die Übertragung. Herr Rentsch hat offensichtlich Angst, dass ein GRÜNER noch drei Minuten lang etwas im Fernsehen sagen darf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Zweitens. Herr Kollege Rentsch, die übliche Reihenfolge bei Regierungserklärungen ist: Wenn der Ministerpräsident oder ein CDU-Minister redet, kommen anschließend erst die SPD und danach die FDP an die Reihe. Sie mussten dem Kollegen Wagner den Vortritt lassen. Das ist wahrscheinlich die Strafe für die Froschvergleiche Ihres Bundesvorsitzenden.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Aber wenn Sie Angst haben, dass Sie nicht mehr ins Fernsehen kommen, sollten Sie sich nicht mit Kurzinterventionen behelfen. Jeder macht sich halt so klein, wie er ist, Herr Kollege Rentsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zur Sache. Herr Ministerpräsident, Sie haben heute hier ein Maßnahmenpaket gegen den Fluglärm vorgestellt, das die meisten der vom Fluglärm Betroffenen nicht wesentlich entlastet: Es enthält keine Ausweisungen von Betriebsbeschränkungen, keine Ausweisung eines Nachtflugverbots und noch nicht einmal ein Zurückziehen der Klage der Landesregierung gegen das Nachtflugverbot in der zu kurzen Mediationsnacht.

Faktisch bedeutet der Kern Ihrer Maßnahmen keine Reduzierung des Lärms, sondern eine Ausweitung von Entschädigungsprogrammen für die Schwerstbetroffenen. Umzugsbeihilfen und – auf dem letzten Teil der Endanflugroute – die Vertreibung der Menschen gegen Entschädigung sind allerdings das Gegenteil des Schutzes der Menschen vor Lärm. Es ist vielmehr der Schutz des Lärms vor den Menschen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Lärm soll weitergehen; aber die Menschen sollen weg oder ihre gedämmten Häuser nicht mehr verlassen und auch keine Fenster und Türen mehr öffnen. Sagen Sie das doch bitte ehrlich, wenn das das Ziel Ihrer Politik ist.

Der Sinn des Ausbaus war die Kapazitätserweiterung, und das bedeutet mehr Lärm. Deshalb ist Ihre Aussage, dass es leiser werden wird, schlicht die Unwahrheit. Es wird lauter werden. Das ist der Sinn des Ausbaus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, der Sinn des Baus der Nordwestlandebahn war nicht die Verteilung des Lärms, nicht die Entlastung von Mühlheim, des Offenbacher Südens, von Neu-Isenburg oder von Raunheim. Die Entlastung, die momentan in diesem Raum eingetreten ist, soll spätestens im Jahr 2020 durch mehr als 200.000 zusätzliche Flugbewegungen – zusätzlich zu den jetzt schon knapp 500.000 – aufgefressen werden. Sagen Sie bitte niemandem, dass es

leiser werden wird. Es soll lauter werden; das ist das Ziel Ihrer Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Solange die Regierung und Sie, Herr Ministerpräsident, nicht bereit sind, über eine Ausweitung des Nachtflugverbots, über zusätzliche Betriebsbeschränkungen und über eine absolute Obergrenze beim Lärm und eine absolute Obergrenze bei den Flugbewegungen zu reden, so lange bleiben alle Fluglärmgipfel von Schwarz-Gelb letztlich der Versuch, irgendwie über den Termin für die Frankfurter Oberbürgermeisterwahl zu kommen, ohne an der Substanz etwas Entscheidendes zu verändern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben die All-inclusive-Demonstration von Fraport und Lufthansa erwähnt. Dazu muss ich als demonstrationserprobter GRÜNER sagen: So eine Demo hätte ich auch gern einmal gehabt: Fahrkarte, Shuttlebus, ganzseitige Anzeigen, Radiospots, vom Arbeitgeber ausgegebene Winkelemente – das war wirklich eine All-inclusive-Demonstration. Aber nicht erwähnt haben Sie, dass Ende Oktober in Mainz und auch am 4. Februar am Flughafen mehr als 8.000 – so viele waren es auf dem Römerberg – demonstriert haben. Die haben Sie einfach unter den Tisch fallen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, deswegen haben Sie, wahrscheinlich ungewollt, wieder einmal gezeigt, dass Sie nicht der Ministerpräsident aller Hessinnen und Hessen, sondern der Ministerpräsident der Luftverkehrswirtschaft sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Dr. Walter Arnold (CDU): Ach du lieber Gott!)

Herr Ministerpräsident, insofern sind Ihre hektisch einberufenen Fluglärmgipfel, Ihre erneuten Versprechungen und die von Ihnen vorgesehene Ausweitung der Entschädigungsprogramme das Eingeständnis, dass es eine riesige Fehlentscheidung gegeben hat. Der Bau der Nordwestbahn war schlichtweg falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Roland Koch und der Landesvorstand der CDU haben im Sommer 2000 die falsche Entscheidung getroffen. Die Landtagsabgeordneten der CDU, der FDP und der SPD – bei der SPD-Fraktion gab es leider nur vier Ausnahmen – haben einen Fehler gemacht, als sie dieser falschen Entscheidung folgten.

Wenn die Kosten der Verlagerung der Ticona, des ersten Immobilienankaufprogramms, der Ausweitung der Aufkaufprogramme, für die Sie sich jetzt feiern lassen, und der Ausweitung der Programme für passiven Schallschutz zusammengerechnet werden, kommen wir auf mehr als 1 Milliarde €. Das wird nur für Entschädigungsprogramme oder passiven Schallschutz aufgewendet.

Die Nordwestbahn ist nicht raumverträglich, und jetzt wird nachträglich versucht, sie raumverträglich zu machen. Ich bin gespannt, wie das Bundesverwaltungsgericht Ihnen jetzt plötzlich an den Tag gelegten Aktionismus bewerten wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Schauen wir einmal!)

Niemand, noch nicht einmal Willi van Ooyen, will den Frankfurter Flughafen schließen.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das ist richtig! – Dr. Walter Arnold (CDU): Aber die Landebahn!)

Wir wissen um die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens. Wir haben aber schon jetzt einen Anteil von über 50 % Umsteigern, also von Menschen, die den Flughafen nicht verlassen, sondern nur das Flugzeug wechseln. Man kann mitten in einer der am dichtesten besiedelten Regionen Europas nicht den größten Flughafen Europas betreiben. Das geht jedenfalls nicht ohne dramatische Folgen. Sie wollen mit dem Flughafen in Dubai konkurrieren. Sie haben aber dabei übersehen, dass das Rhein-Main-Gebiet keine Wüste ist. Wir wollen auch nicht, dass es eine Wüste wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Herr Al-Wazir, die Region um den Flughafen Charles de Gaulle ist auch keine Wüste!)

– Wissen Sie, das sagt der Richtige. Der Flughafen London Heathrow ist bisher der größte Europas. Es ist das erklärte Ziel der Fraport, den Flughafen London Heathrow zu überholen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ich habe Flughafen Charles de Gaulle gesagt!)

Herr Arnold, beim Flughafen London Heathrow gab es auch eine Debatte über den Bau einer dritten Bahn. Da hat die konservative Regierung gesagt: Nein, das tun wir nicht, er ist zu innenstadtnah, wegen des Standorts können wir ihn nicht ausbauen. – Genau darin liegt der Unterschied.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Ich habe Flughafen Charles de Gaulle gesagt!)

Ich möchte angesichts der Äußerungen des Ministerpräsidenten etwas klarstellen. Sie sprechen immer von dem Flughafenkonzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2000. Herr Ministerpräsident, ich war am 21. Oktober letzten Jahres zu Hause und habe mir im Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks die Liveübertragung der ersten Landung auf der Nordwestbahn, die Landung der Bundeskanzlerin, angeschaut. Da waren Volker Bouffier und auch Herr Hahn dabei. Volker Bouffier hat dort mit stolzeschwellter Brust erklärt, das sei die beste, tollste und schönste Landebahn der Welt. Mit ihr würden Hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen. Sie sei nur der Standhaftigkeit der schwarzen Landesregierung und der schwarz-gelben Landesregierungen seit 1999 zu verdanken.

Jetzt stellen Sie sich hin und sagen: Wir waren es gar nicht, der Joschka war es.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So etwas Bescheuertes habe ich nicht mehr gehört, seitdem Roland Koch erklärt hat, dass mit der Buchhaltung bei der CDU alles in Ordnung sei. So ein Unsinn.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Florian Rentsch hat die Kopie auch. Ich zitiere das einmal:

Anlage 2 zur Kabinettsache des BMVBW

Das war damals die Abkürzung für das Bundesministerium für Verkehr. An dessen Spitze wechselten sich viele Sozialdemokraten ab. Das waren Müntefering, Bodewig, Tiefensee, Klimmt und noch ein paar mehr. Ich weiß gar nicht mehr, wer damals im Amt war. Aber in der Anlage zur Kabinettsache vom 22. August 2000 steht, dass es um den Entwurf eines Flughafenkonzeptes der Bundesregierung geht. Dazu wurde beschlossen:

Das Flughafenkonzept wird den Ländern zur Erörterung in der Verkehrsministerkonferenz zugeleitet. Das Flughafenkonzept der Bundesregierung wird den betroffenen Wirtschafts- und Umweltverbänden zur Anhörung zugeleitet. Das Ergebnis der Anhörungen und der Erörterungen wird in das Flughafenkonzept einbezogen.

Herr Bouffier, Sie sind jetzt zwölf Jahre im Kabinett. Sie waren auch in den Achtzigerjahren schon einmal vier Jahre im Kabinett. Das nennt man eine erste Lesung.

Die zweite Lesung hat nicht stattgefunden. Ich weiß auch, warum. Sie können sich nicht hinstellen und sagen, dass Rot-Grün ein Flughafenkonzept beschlossen habe. Das stimmt nämlich einfach nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte jetzt auf Ihre einzelnen Maßnahmen zu sprechen kommen. Herr Ministerpräsident, die Maßnahmen zum aktiven Schallschutz sind nichts Neues, sondern eine Mischung aus bereits mehrfach versprochenen Maßnahmen. Ich stelle fest: Die meisten dieser Maßnahmen wurden bereits im Jahr 2000 im Rahmen des Mediationsverfahrens und im Jahr 2007 vor dem Planfeststellungsbeschluss versprochen. Der Schönheitsfehler der heute erneut gegebenen Versprechen liegt darin, dass weder im Jahr 2000 noch im Jahr 2007 irgendetwas Relevantes erfolgt ist.

(Der Redner hält ein Papier hoch.)

Das ist das, wofür Sie sich im Jahr 2012 feiern lassen.

(Der Redner hält ein weiteres Papier hoch.)

Das ist das, was im Jahr 2007, also eine Woche vor dem Planfeststellungsbeschluss, von exakt den gleichen Beteiligten versprochen wurde. Das Einzige, worin sich das unterscheidet, ist, dass hier die Logos untereinander angeordnet sind und dass das Forum Flughafen und Region damals Regionales Dialogforum hieß.

Das ist der Punkt, weshalb Sie sich einmal überlegen müssten, warum Ihnen eigentlich niemand mehr glaubt. Denn seit dem Jahr 2000 und auch im Jahr 2007 wurde exakt immer dasselbe versprochen. Jetzt, im Jahr 2012, wird es wiederholt. Das ist nicht unser Problem. Herr Ministerpräsident, das ist Ihr Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen jetzt die Finanzprogramme für den passiven Schallschutz aufstocken. Das hilft den Menschen allerdings nur, wenn sie die Gebäude niemals verlassen. Sie kündigen weitere Maßnahmen zur Lärmverlagerung an. Das ist aber keine Lärmreduzierung.

Der Kern der Maßnahmen besteht vor allem aus Finanzhilfen, die in letzter Konsequenz die Vertreibung der Schwerstbetroffenen beschleunigen sollen. Den anderen Schwerbetroffenen bieten Sie Schallschutz innerhalb der Gebäude bei geschlossenen Türen und Fenstern an. Den meisten anderen – das ist die überwiegende Mehrheit – bieten Sie nichts an.

Ihre Pakete werden in Frankfurt-Sachsenhausen, in Frankfurt-Oberrad und in der Stadt Offenbach kaum etwas bis nichts bewirken. Wer außerhalb der sogenannten Schutzzonen wohnt, der hat bisher keinen Anspruch. Er wird auch in Zukunft keinen Anspruch auf Lärmschutz haben, auch wenn es trotzdem unerträglich laut ist.

Ganz offensichtlich ist die Triebfeder der Landesregierung nicht die Sorge um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Gebiet, sondern die Panik vor dem Ausgang der Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt. Diese Panik führt zu immer hektischerem Aktionismus. Das führt sogar zur Ankündigung sich teilweise widersprechender Maßnahmen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich wieder einmal nur mit der Luftverkehrswirtschaft abgesprochen. Sie haben weder den Sachverstand bemüht, den es in den betroffenen Kommunen gibt, noch haben Sie die Mitglieder der Fluglärmkommission und erst recht nicht die betroffenen Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Während Sie davon reden, die Bürgerinnen und Bürger entlasten zu wollen, klagt Ihre Regierung vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen das Nachtflugverbot. Da brauchen Sie sich wirklich nicht zu wundern, dass der Schuss wieder einmal nach hinten losgeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

„Die Fluglärmkommission war beteiligt“, wird hier dazwischengerufen. Vergleichen Sie doch einmal den Beschluss der Fluglärmkommission mit dem, was der Ministerpräsident vorgestellt hat. Herr Kollege, da werden Sie relevante Unterschiede feststellen.

(Zuruf von der CDU: Minimale!)

Ich sage das ausdrücklich, obwohl ich der Auffassung bin, dass die Fluglärmkommission da nicht weit genug gegangen ist. Man hätte deutlich sagen müssen, dass man ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Nacht braucht – Punkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Herr Kollege, das haben sie gerade nicht gemacht!)

– Herr Arnold, in der gesetzlichen Nacht. – Die angekündigten Ausweitung des Casa-Programms ist kein Beitrag zur Reduzierung des Fluglärms, sondern eine Vertreibung der betroffenen Menschen.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich verstehe den Wunsch der am schwersten Betroffenen, ihre Häuser an die Fraport verkaufen zu können. Aber faktisch ist das kein Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem Fluglärm, sondern ein Schutz des Lärms vor den Bürgerinnen und Bürgern, indem man diese zum Wegzug bewegt. Es ist auch das Eingeständnis der Regierung, dass diese Bahn nicht raumverträglich ist.

In der Finanzierung der Maßnahmen des passiven Schallschutzes ist außerdem ein deutliches Ungleichgewicht bei der Verteilung der Lasten zu sehen. Herr Wagner, da habe ich mich gefragt, was Sie eigentlich mit den öffentlichen Mitteln gemeint haben. Wenn ich einmal alles zusammenzähle: Das Land Hessen stellt 100 Millionen € zur Verfügung, die landeseigene Förderbank Kredite von 150 Millionen €, die allerdings von den Betroffenen zurückgezahlt werden müssen; die Fraport, also der Verursacher des Lärms, beteiligt sich mit weniger als 100 Millionen €, wenn man die Ausweitung der Casa-Programme und die

Beteiligung des Regionalfonds selbst im bestmöglichen Fall zusammenrechnet.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das sind aber keine öffentlichen Mittel!)

Herr Dr. Arnold, wir als GRÜNE sind schon immer Anhänger des Verursacherprinzips gewesen. Wenn die Fraport den Krach macht, dann soll sie auch für die Folgekosten einstehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das kann auch bedeuten – damit das klar ist –, dass alle Anteilseigner jahrelang eine geringere oder im Zweifel gar keine Dividende bekommen. Wenn aber nur die öffentlichen Anteilseigner für den Lärmschutz bezahlen, während die privaten Anteilseigner munter weiter die Gewinne einstreichen, dann ist dies ein weiteres Beispiel für die Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Sie lassen sich hier feiern für immer größere Programme zum Lärmschutz, faktisch zum Aufkaufen von Immobilien. Aber unter dem Strich ist das doch eine so dramatische Subventionierung des Flugverkehrs, wie es kaum eine weitere Subvention gibt. Zur Steuerfreiheit des Kerosins kommt jetzt auch noch der Steuerzahler, der dafür sorgen muss, dass die Gebäude aufgekauft werden, weil man da nicht mehr leben kann. Herr Ministerpräsident, das ist keine ordentliche Politik, sondern faktisch eine grandiose Subventionierung des Flughafens Frankfurt Main.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die angekündigte Gebührenstaffelung für lautere Flugzeuge ist richtig, uns aber deutlich zu vage formuliert. Herr Ministerpräsident, Sie waren in den letzten Jahren willfähriger Helfershelfer der Interessen der Luftverkehrswirtschaft. Wir trauen Ihnen schlicht nicht zu, den Lobbyisten auch nur ein einziges Mal deutlich zu widersprechen und den Interessen der Bevölkerung eindeutig den Vorrang zu geben. Solche Maßnahmen wirken nur, wenn sie so deutliche Verteuerungen beinhalten, dass es einen zusätzlichen ökonomischen Druck zur schnelleren Modernisierung der Flugzeugflotten gibt. Hier brauchen wir klare Vorgaben und keine Ankündigungen gemeinsam mit der Luftverkehrswirtschaft, die genau daran verständlicherweise kein Interesse hat.

Es wäre übrigens auch interessant, zu erfahren, ob die angekündigte Modernisierung der Flugzeugflotte der Lufthansa im Kern nicht schon längst geplant war und jetzt als zusätzlicher Beitrag zum Lärmschutz verkauft wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Herr Ministerpräsident, ich als aufmerksamer Leser des „Politikbriefs“ der Lufthansa habe schon in der Dezember-Ausgabe eine Ankündigung gelesen, dass die Flugzeugflotte jetzt ganz schnell modernisiert werden soll. Vielleicht hat auch die Verdreifachung des Kerosinpreises dazu beigetragen, dass es vorgezogen wird; und Sie sind der Einzige, der glaubt, dass es an Ihnen liegt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

– Herr Ministerpräsident, ich beschäftige mich schon etwas länger mit dem Fluglärm und dem Frankfurter Flughafen als Sie.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Als Demonstrant!)

Ich weiß, dass man, wenn man denen die Hand reicht, nachher die Finger nachzählen muss. Das unterscheidet uns halt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, gleichzeitig widersprechen Ihre Ankündigungen Ihren realen Taten. Wenn Sie ankündigen, die Bahnen zwischen 5 und 6 Uhr abwechselnd zu nutzen – das sind die berühmten „DROps early morning“ in Ihrem Maßnahmenpaket –, dann hört sich das nach Lärmpausen und Einschränkungen an. Allerdings: Die gleiche Regierung, die in Leipzig gegen das Nachtflugverbot klagt, spricht sich jetzt für zusätzliche Lärmpausen in der Zeit danach aus. Da ist die spannende Frage: Wer soll das glauben?

Ich gebe Ihnen ehrlich zu, als ich das letzten Mittwoch gehört habe – „DROps early morning“ –, habe ich gedacht: Mensch, da haben sie wirklich etwas erreicht. – Dann habe ich mir einmal angeschaut, was da verteilt wurde. Da ist mir aufgefallen, dass bei den Dedicated Runway Operations, also den sogenannten DROps, sowohl in der Westrichtung wie auch in der Ostbetriebsrichtung immer nur die Starts aufgezeichnet sind. Als ich ein bisschen nachgefragt habe, wurde mir gesagt, Herr Riedle von der DFS habe immer nur von Starts geredet.

Wer sich am Frankfurter Flughafen ein bisschen auskennt,

(Florian Rentsch (FDP): Sie z. B.!)

der weiß, dass zwischen 5 und 6 Uhr fast keine Starts stattfinden. Um das einmal konkret zu machen: Letzten Sonntag, also vor zwei Tagen, gab es in der Zeit zwischen 5 und 6 Uhr sechs Starts, aber 34 Landungen. Heute hat es in der Zeit zwischen 5 und 6 Uhr zwei Starts und 35 Landungen gegeben. Sie wollen sich dafür feiern lassen, dass Sie diese zwei Starts jetzt auf eine Bahn konzentrieren. Großartig, Herr Ministerpräsident, eine großartige Geschichte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie versuchen schon wieder, die Leute für dumm zu verkaufen. Sie tricksen schon wieder. Man könnte fast meinen, Dirk Metz ist zurück.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ist er ja auch: bei Fraport!)

Und siehe da, er ist wieder da.

Es bleibt dabei: Eine verbindliche Ausweitung des Nachtflugverbots auf die gesetzliche Nacht von 22 bis 6 Uhr gehört auf die Tagesordnung. Es gibt ein Ruhebedürfnis, das länger ist als im besten Fall sechs Stunden.

Die Erhöhung der Gegenanflugstrecken und andere entlastende Maßnahmen der DFS sind nichts Großartiges, sondern längst überfällige Maßnahmen, die ausdrücklich zu begrüßen sind, die aber schon im Jahr 2000 oder im Jahr 2007 auf der Tagesordnung hätten stehen können – übrigens damals auch schon einmal versprochen wurden.

Herr Ministerpräsident, offensichtlich haben Sie auch weiterhin keine Vorstellung davon, dass das, was Luft-hansa, Fraport und DFS Ihnen da einflüstern, nicht immer ein guter Vorschlag ist.

Der Ahnungsloseste von allen ist übrigens Boris Rhein. Boris Rhein rannte die letzten Wochen durch Frankfurt und erklärte, er werde dafür sorgen, dass eine Abflugroute verändert wird. Ergebnis ist die Ankündigung in Ihrem Maßnahmenpaket, die Flugroute N 07 (kurz) weniger und dafür die Flugroute N 07 (lang) öfter zu benutzen. Das ist übrigens ein erneutes Beispiel nur mit dem Frankfurter OB-Wahlkampf zu erklärender Panik.

(Minister Michael Boddenberg: Das müssen gerade Sie sagen, Herr Al-Wazir!)

Von keinerlei Sachkenntnis getrübt, versucht die Landesregierung, die Menschen für dumm zu verkaufen. Wenn die gleiche Zahl der Flugbewegungen von einer Route auf die andere verlagert wird, dann ist dies keine Lärmreduzierung, sondern einfach nur eine Umverteilung des Lärms.

(Minister Michael Boddenberg: Quatsch!)

– Sagen Sie einmal, Herr Boddenberg, Sie wohnen doch in Sachsenhausen. Wissen Sie, wo die N 07 (lang) eigentlich langeht? Die geht über Sachsenhausen, die geht über Oberrad, die geht über Offenbach und über Bergen-Enkheim. Dass noch nicht einmal Sie in der Lage waren, dem Kollegen Boris Rhein zu erklären, dass eine zusätzliche Belastung von Sachsenhausen, Oberrad und Bergen-Enkheim ihm in seinem OB-Wahlkampf sicherlich nichts nützen wird, das ist Ihr Problem. Dass Boris Rhein keine Ahnung hat, dafür kann ich nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es ist ein weiteres Beispiel dafür, dass offensichtlich Panik herrscht und Sie sich jetzt in irgendeiner Form glauben, davon verabschieden zu müssen, wofür Sie immer stehen. Ich sage noch einmal: Das Ziel dieses Ausbaus war nicht die Verteilung des Lärms. Das Ziel dieses Ausbaus sind mehr Flugbewegungen und damit mehr Lärm. Darum kommen Sie nicht herum, wenn Sie nicht irgendwann zu dem Punkt kommen, dass Sie sagen: Es gibt eine Obergrenze von Flugbewegungen, eine Obergrenze von Lärm. – Genau das ist der Punkt, vor dem Sie sich herumdrücken. Da hilft auch kein Aufkaufprogramm.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Al-Wazir, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Boddenberg?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte sehr, Herr Boddenberg!)

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Al-Wazir, Sie haben die N 07 (lang) und (kurz) angesprochen. Haben Sie sich in dem Zusammenhang auch einmal die Überflughöhen angeschaut, wenn es um mögliche Verlagerungen auf die lange Version geht? Ich habe eben von der anderen Seite zwischengerufen, was ich nicht darf: Ich kenne jeden Meter dort. – Dann schauen Sie bitte einmal in das Papier. Dort gibt es keine Festlegung, sondern eine Prüfungszusage, die ich nicht nur sehr ernst nehme, sondern von der ich auch erwarte, dass es am Ende weniger Betroffenen in Summe gibt.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich kenne die N 07 (kurz). Die N 07 (kurz) biegt bei Ostwind – nur bei Ostwind, er ist in ungefähr einem Drittel der Fälle –

(Michael Boddenberg (CDU): Über den reden wir ja!)

sehr steil nach links ab. In Niederrad sind die Überflughöhen verdammt niedrig.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie denn? Sie wissen doch alles!)

– Ich glaube, sie sind bei ungefähr 300 m. – Sie geht dann weiter über die Frankfurter Kernstadt und wird am Ende wahrscheinlich über Bad Homburg auf die alte Route führen. Die N 07 (lang) geht über Teile von Sachsenhausen, über Oberrad, über Offenbach, am Ende über Fechenheim und Bergen-Enkheim und macht dann die Kurve.

Herr Boddenberg, die N 07 (ultralang), die dort genannt wurde, gibt es eben bisher nicht. Ich finde, die Tatsache, dass wir beide das wissen, der Ministerpräsident und Boris Rhein es aber nicht wissen, ist ein echtes Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Michael Boddenberg (CDU): Nicht wir beide, ich weiß das!)

Herr Boddenberg, ich finde es aber spannend, dass die Regierung, der Sie angehören, eine Woche vor der mündlichen Verhandlung des Bundesverwaltungsgerichts Karten veröffentlicht, aus denen klar wird, dass weitere Veränderungen und damit auch andere Betroffenheiten geplant sind. Ich bin sehr gespannt darauf, wie das Bundesverwaltungsgericht bewertet, dass die Landesregierung schon jetzt weitere Veränderungen vorhat, die offensichtlich nicht Gegenstand des Planfeststellungsbeschlusses gewesen sind

(Michael Boddenberg (CDU): Nur geringere Betroffenheit!)

und die ein weiteres Indiz dafür sind, dass im Planfeststellungsverfahren offensichtlich keine ordentliche Abwägung stattgefunden hat. Ich bin immer gespannter auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Das hat der VGH aber anders gesehen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen Antrag, über den Sie gleich abstimmen werden. Das ist der Antrag meiner Fraktion. Der sagt erstens: Wir sehen uns nach den jüngsten Äußerungen von Regierungsmitgliedern – zuletzt der Ministerpräsident, gerade eben – deutlich darin bestätigt, dass die bestehenden Fluglärmbelastungen verringert werden müssen. Der allererste Schritt dafür ist – das können Sie meinetwegen noch zu Beginn der mündlichen Verhandlung machen –, dass Sie endlich Ihre Klage gegen das Nachtflugverbot zurückziehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD) – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Das ist der erste Punkt. Wenn Sie das nicht tun, können Sie sich alles andere sparen.

Zweiter Punkt. Wir glauben, dass Sie auf lange Sicht die Menschen nur dann nicht immer weiter zusätzlich belas-

ten, wenn wir die Zahl der Flugbewegungen und damit die Höhe der Lärmbelastungen deckeln. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen eine absolute Obergrenze und nicht immer weiteres, grenzenloses Wachstum.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir glauben im Übrigen, dass Sie sich einmal zu Gemüte führen sollen, was Herr Bundesverkehrsminister Ramsauer in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 29. Januar gesagt hat. Das ist ein schöner Satz:

Ebenso wahr ist aber, dass die betroffene Bevölkerung in Süddeutschland mit über 100.000 Flugbewegungen eine schwere und nicht hinnehmbare Belastung zu erdulden hat. Ich muss diese Belastung reduzieren.

Er redet über Zürich-Kloten. Da kann man über einen Staatsvertrag eingreifen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Die spannende Frage ist, was der Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet zusätzlich zugemutet werden soll, was der Bevölkerung in Süddeutschland angeblich nicht zuzumuten ist. Genau an diesem Punkt werden wir die spannende Debatte führen, ob wir einen Flughafen haben, der an der völlig falschen Stelle liegt.

Der Kollege Wagner, der vorhin gesagt hat, ich solle nicht hinausgehen, wenn er redet, und der jetzt draußen ist, hat die Startbahn West angesprochen, und dass wir immer dagegen gewesen seien. Ich sage Ihnen sehr deutlich: In München hat es in den Sechzigerjahren eine Entscheidung gegeben, von Riem nach Erding zu gehen. Wir haben in Berlin jetzt die Situation, dass zwei Innenstadtflughäfen geschlossen werden und dafür ein anderer Flughafen ausgebaut wird, mit zusätzlichen Betroffenen – das ist wahr –, aber unter dem Strich werden sehr viele Menschen keinen Fluglärm mehr haben.

In Frankfurt wurde in den Sechzigerjahren entschieden, das Terminal 1 nach Abriss des alten Gebäudes an genau der Stelle zu bauen, wo es jetzt steht. Dann hat man gesagt: Jetzt bauen wir eine Startbahn West. – Das ist die einzige Bahn eines Interkontinentalflughafens, die nur in eine Richtung genutzt wird. Normalerweise nutzt man Bahnen in vier Richtungen, nämlich zum Landen und zum Starten und je nach Windrichtung in unterschiedlichen Richtungen. Nur die Startbahn West nutzt man nur in eine Richtung. – Jetzt hat man die nächste Bahn gebaut, die nur in zwei Richtungen genutzt werden kann, nämlich nur zum Landen, weil dieser Flughafen an der falschen Stelle liegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Wo soll er denn hin?)

– Herr Boddenberg, ich kann ihn nach diesen ganzen Fehlentscheidungen nicht mehr verlegen.

(Wortmeldung des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Aber wer diesen Flughafen an dieser falschen Stelle immer weiter ausgebaut hat, der muss damit leben, dass er Betriebsbeschränkungen hat, weil er da liegt, wo er liegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Solange Sie dazu nicht bereit sind, können Sie sich jede Ankündigung von angeblichen Entlastungen sparen. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt ihre Vorsitzende, Frau Wissler.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, eines vorneweg. Dass Sie sich überhaupt gezwungen sehen, heute eine Regierungserklärung zum Thema Fluglärm abzugeben, ist einzig und allein den massenhaften Protesten zu verdanken, den vielen Tausend Menschen, die Montag für Montag ins Terminal des Frankfurter Flughafens gehen und dort demonstrieren. Meine Damen und Herren, Ihnen geht die Düse, weil Sie merken, wie breit der Protest ist und wie groß der Druck wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen, die Belastungen der Menschen ließen Sie nicht kalt. Aber ich sage Ihnen: Ohne die Proteste würde von Ihrer Seite überhaupt nichts kommen. Aber statt endlich einzuräumen, dass der Bau der neuen Landebahn ein riesiger Fehler war, und statt endlich Konsequenzen zu ziehen, wollen Sie weiter Beruhigungspillen verteilen.

Sie wollen sich hier allen Ernstes dafür loben, dass Sie Teile des Mediationsergebnisses umsetzen. Denn was Sie auf dem Lärmgipfel verabredet haben, sind in weiten Teilen längst versprochene Maßnahmen, die bisher nicht umgesetzt wurden.

Herr Ministerpräsident, darüber hinaus ist Ihr Paket ziemlich nutzlos. Denn wer Fluglärm bekämpfen will, muss an der Lärmquelle ansetzen. Sie aber wollen den Lärm verlagern und die einzelnen Gemeinden so gegeneinander ausspielen. Herr Ministerpräsident, das ist keine Lösung.

Ich frage Sie: Was ist mit den Gebieten im Endanflug? Fraport will das sogenannte Casa-Programm um 70 Millionen € ausweiten. Die betroffenen Anwohner in den besonders belasteten Gebieten sollen Geld erhalten, damit sie ihre Häuser und Wohnungen aufgeben. Sie rühmen sich damit, dass Fraport die Umzugskostenbeihilfe von 500 auf 1.000 Wohneigentümer aufstockt. Meine Damen und Herren, ich nenne das Vertreibungsprämie. Nichts anderes ist das. Herr Ministerpräsident, dann tun Sie auch noch so, als sei das ein faires Angebot, dass die Menschen wählen können, ob sie ihr Haus dämmen oder ob sie ihr Haus verlassen wollen. Ich frage Sie: Was ist das für eine Wahl? – Das ist die Wahl, das Zuhause zu verlassen oder darin eingepfercht zu sein, weil es draußen zu laut ist. – Wir sagen: Der Lärm muss weichen und nicht die Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Passiver Schallschutz wird das Problem nicht lösen. Wer will schon leben wie im Käfig, dass man kein Fenster mehr öffnen kann, dass man seine Terrasse nicht mehr nutzen kann, dass man sich nicht im Freien aufhalten kann? Noch haben wir Winter. Aber es wird warm, es wird Frühling, es

wird Sommer. Was ist, wenn die Menschen dann ihre Balkone, ihre Terrassen und ihre Gärten nutzen wollen?

Herr Ministerpräsident, Sie nannten gefühlte 58-mal die 335 €, die Sie angeblich für Schallschutz zusätzlich bereitstellen wollen.

(Florian Rentsch (FDP): Millionen! – Dr. Walter Arnold (CDU): Millionen! – Ministerpräsident Volker Bouffier: Dass Sie mitgezählt haben, finde ich sehr gut!)

– Ich sage: „gefühlte“ 58-mal. Auf jeden Fall haben Sie die Zahl sehr häufig genannt. Das ändert aber nichts daran, dass die Zahl eine reine Mogelpackung ist.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Aber es ist bei Ihnen angekommen! Das ist doch sehr schön!)

– Ich kann zuhören und dem folgen. Ich höre, was Sie sagen. Aber ich glaube Ihnen kein Wort.

(Beifall bei der LINKEN – Ministerpräsident Volker Bouffier: Das kann ich nicht ändern!)

Denn diese Zahl ist eine reine Mogelpackung. Herr Ministerpräsident, das wissen doch auch Sie.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Aber Sie glauben grundsätzlich nichts!)

– Ich glaube Ihnen grundsätzlich nichts. Herr Ministerpräsident, Ihr Problem ist, dass es immer mehr Menschen in diesem Land gibt, die Ihnen grundsätzlich nichts glauben. Das ist Ihr Problem. Das liegt auch an Ihrer Politik.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Ministerpräsident Volker Bouffier: Ausgerechnet von Ihnen!)

Sie wissen, dass von den 335 Millionen € 150 Millionen € lediglich zinsgünstige Darlehen der landeseigenen Wl-Bank sind, die von den Betroffenen natürlich zurückgezahlt werden müssen. „Wie großzügig“, kann man da nur sagen. 100.000 € kommen vom Land. Dann sollen auch noch die Umlandkommunen an der Finanzierung beteiligt werden. Fraport aber, diejenigen, die den Lärm verursachen, sollen gerade einmal 15 bis 20 Millionen € zum Lärmschutz beisteuern. Fraport streicht also die Gewinne ein, und die öffentliche Hand springt für die Schäden ein. Dann loben Sie Lufthansa und Fraport auch noch dafür, dass sie sich, obwohl es keine Rechtsverpflichtung gab, an den Gesprächen beteiligt haben.

Herr Ministerpräsident – – Jetzt ist er auf dem Absprung.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Nein, ich habe nur schnell das Telefon abgegeben!)

– Sehr gut. – Sie haben wörtlich gesagt, dass Sie der Lufthansa dankbar dafür seien, dass sie eine solche Heimatverbundenheit zeige. Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen: Die haben sich beteiligt, weil es für sie eine sehr billige und angenehme Lösung war, weil den Großteil ohnehin die öffentliche Hand zahlt.

Wenn Sie jetzt sagen, den Austausch der Flotte hätten Sie erreicht, und er sei Ihr Verdienst, will ich dazu sagen, dass ich einmal auf der Homepage der Lufthansa nachgeschaut habe. Dort ist angekündigt, dass die Lufthansa ihre Flotte umzurüsten gedenkt, damit sie leiser wird. Das wurde bereits am 13. Januar 2011 auf der Homepage eingestellt – so alt ist die Ankündigung, und Sie stellen sich hierhin und tun so, als sei das Ihr Verdienst.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Auch Fraport ist ein profitables Unternehmen. Im aktuellen Geschäftsbericht ist nachzulesen, dass das Konzernergebnis 2010 sämtliche zuvor erzielten Werte überstiegen habe. Trotzdem soll Fraport nur lächerliche 15 bis 20 Millionen € – es ist ja noch nicht einmal eine konkrete Zahl genannt – zum Lärmschutz beisteuern; und das bei einem Jahresgewinn von 270 Millionen €, meine Damen und Herren.

Das Land Hessen und die Stadt Frankfurt verfügen gemeinsam über mehr als 50 % der Aktien. Das müsste doch auch einmal im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner des Rhein-Main-Gebietes genutzt werden, und nicht ausschließlich zu dem Zweck, rücksichtslos die Interessen eines Einzelunternehmens durchzusetzen und die Schäden auch noch aus Steuermitteln zu beheben.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Arbeitsplätze, Frau Kollegin, Arbeitsplätze!)

Entweder wird die Fraport wie ein profitorientiertes Privatunternehmen behandelt – dann muss sie nach dem Verursacherprinzip auch für die von ihr angerichteten Schäden aufkommen. Oder aber sie wird wie ein öffentliches Unternehmen behandelt – dann muss in die Geschäftspolitik aber auch endlich einmal so etwas wie Gemeinwohlorientierung einfließen, und es muss Schluss sein mit der Strategie der maximalen Rendite und des unbegrenzten Wachstums.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie betreiben eine Politik, die Gewinne privatisiert und die Kosten für die Schäden einmal mehr auf den Steuerzahler umlegt.

Ihre Regierungserklärung ist überschrieben mit den Worten „Gemeinsam für die Region – Allianz für Lärmschutz“. Genau das Gegenteil aber ist der Fall, Herr Ministerpräsident: In Ihrer Allianz haben sich die größten Krachmacher zusammengefunden; „Gemeinsam gegen die Region“ wäre hier wirklich das passendere Motto für Sie. Es ist bezeichnend, dass die betroffenen Kommunen und die Bürgerinitiativen einmal mehr überhaupt nicht in das einbezogen wurden, was Sie hier vorgestellt haben.

Wenn Sie dann behaupten, die Landesregierung kümmere sich seit Jahren mit größtem Einsatz um den Lärmschutz, hat das geradezu Büttredencharakter; denn Sie sind es doch, die verantwortlich für die Verlärmung ganzer Landstriche sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie reden davon, Bürgerinnen und Bürger entlasten zu wollen, aber Ihre Landesregierung klagt vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen das Nachtflugverbot. Herr Ministerpräsident, wenn Sie überhaupt noch ernst genommen werden wollen, dann ziehen Sie die Revision endlich zurück und klagen nicht gegen Ihr eigenes Versprechen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie bezeichnen den Tag der Eröffnung der neuen Landebahn als „guten Tag“ für Hessen – auch das zeigt Ihre Ignoranz gegenüber den Sorgen der Betroffenen. Die Lärmbelastung ist an vielen Orten mittlerweile so enorm, dass in den Schulen viele Schülerinnen und Schüler nur noch mit schallisolierten Kopfhörern unterrichtet werden.

(Minister Michael Boddenberg: Ach du liebe Zeit, jetzt hört es aber auf! Lesen Sie mal nicht nur „Neues Deutschland“!)

– In Flörsheim ist es so, Herr Boddenberg. – Die Menschen haben Angst um ihre Gesundheit: Lärm macht krank. Untersuchungen belegen – das können selbst Sie nicht wegre-den –, dass eine solche Lärmbelastung gerade im frühkindlichen Bereich ganz enorme Schäden anrichten kann. Dazu gehören vermindertes Wachstum, Herz-Kreislauf-Beschwerden und letztlich eine verkürzte Lebenszeit, Herr Boddenberg.

(Zuruf des Ministers Michael Boddenberg)

Dabei ist das Ende der Kapazitätsausweitung noch lange nicht erreicht, wenn Herr Wagner erzählt, es werde in Zukunft leiser werden – das Gegenteil ist der Fall.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Ich darf auf der Regierungsbank um Ruhe bitten. Die Rednerin wird gestört.

(Beifall bei der LINKEN)

Janine Wissler (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielleicht sollten wir bei der Bekämpfung von Lärm erst beim Ministerpräsidenten selbst anfangen.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Anders als Sie bin ich bereit, Ihnen zuzuhören und Ihnen auch zu glauben; Sie glauben ja überhaupt nichts! – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das haben wir ja gerade gesehen!)

– Ich habe Sie ein wenig beobachtet. Zwischenzeitlich haben Sie Todesanzeigen und andere Zeitungartikel gelesen. Jetzt haben Sie sich mit Ihrer Ministerin unterhalten. Nehmen Sie es doch bitte ernst, was hier vorgetragen wird. Wenn Sie schon eine Regierungserklärung abgeben, die derart dünn ist, sollten Sie sich wenigstens anhören, was andere dazu zu sagen haben; es könnte ein Erkenntnisgewinn für Sie sein.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Das Problem ist, dass es nicht leiser werden wird. Wir reden darüber, dass die Kapazitätsausweitung noch bei Weitem nicht am Ende ist. Die Kapazitätsausweitung soll von unter 500.000 auf weit über 700.000 erhöht werden. Das heißt, wir reden von viel, viel mehr Lärm in Zukunft. Es wird noch lauter und nicht leiser. Wer etwas anderes erzählt, streut den Menschen wirklich Sand in die Augen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Trotzdem reden Sie von einem „guten Tag“ für Hessen, und das ist einfach nur zynisch. Ihr „beispielloses Lärmschutzpaket“ ist eine Mogelpackung; es ist viel Lärm um fast nichts. Sie nennen dieses Lärmschutzpaket „einmalig“, das mag sein. In jedem Fall ist es ein einmaliger Unfug, einen derartigen Riesenflughafen immer weiter in Wohngebiete wachsen zu lassen. Das ist Unfug, den es wirklich nur hier gibt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ziele des Flughafenausbaus waren die Kapazitätserweiterung, mehr Flugbewegungen und daher auch mehr Lärm. Solange die Regierung nicht bereit ist, über eine Ausweitung des Nachtflugverbots und über eine Reduzierung der Flugbewegungen zu reden, so lange bleiben alle Ihre Gipfeltreffen Schall und Rauch. Sie betätigen sich als Lobbyisten für die Luftverkehrswirtschaft und eben nicht für die Menschen in der Region, die sich Sorgen um ihre Gesundheit und ihre Lebensqualität machen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU)

DIE LINKE hat den Ausbau des Flughafens immer abgelehnt – sowohl im Landtag als auch in Frankfurt.

(Minister Boris Rhein: Immer gegen Arbeitsplätze!)

– Ach, Herr Rhein, dass Sie sich jetzt zu Wort melden – ich habe gelesen, dass Sie im Frankfurter Süden mittlerweile schon auf Ihren eigenen Wahlkampfveranstaltungen ausgebuht werden, weil die Menschen wegen Ihrer Politik so stinkig sind. Daher wissen Sie wohl sehr genau, wovon ich rede.

Die Geschichte des Flughafenausbaus ist eine Geschichte von Lügen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach der Startbahn West hieß es, kein Baum werde mehr fallen. Versprochen – gebrochen. Dann hieß es, es gebe keinen Ausbau ohne Nachtflugverbot. Roland Koch sprach von einem „nicht verhandelbaren Nachtflugverbot ohne Interpretationsspielräume“, und heraus kamen 17 Nachtflüge. Jetzt geht die Landesregierung in Revision gegen ihr eigenes Versprechen und klagt gegen das Nachtflugverbot. Das war ein klares Versprechen an die Menschen in der Region, und Sie haben es gebrochen.

Wenn Sie dann sagen, Sie hätten die Mediation zur Grundlage Ihres Handelns gemacht, dann ist das einfach nicht aufrichtig. Die Mediation war für Sie Chloroform, um die Menschen zu betäuben und ruhig zu stellen. Man stellt aber keine Akzeptanz her, wenn man die Menschen an der Nase herumführt.

(Beifall bei der LINKEN)

An die Adresse der SPD will ich sagen: Sie haben den Ausbau immer mitgetragen, deshalb sind Ihre Krokodilstränen jetzt natürlich wenig glaubwürdig. Wer einen Flughafen ausbaut, tut das, um mehr Flugbewegungen zu ermöglichen. Mehr Flugbewegungen machen mehr Lärm, so einfach ist das.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Da kann man sich nicht hinterher hinstellen und wundern, dass es so laut ist, Herr Arnold.

Da Herr Schäfer-Gümbel den OB-Wahlkampf in Frankfurt angesprochen hat, will ich noch eines sagen: Herr Feldmann erzählt in Frankfurt, er sei für ein Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr. Dem haben Sie dann offen widersprochen und gönnen den Menschen gerade einmal sechs Stunden Schlaf. Sie sind sich in der Frage des Nachtflugverbots nicht einig. Deshalb reicht die Glaubwürdigkeit der SPD in dieser Frage nicht einmal von Wiesbaden bis nach Frankfurt.

(Minister Michael Boddenberg: Ein toller Koalitionspartner!)

Sie versprechen in Frankfurt etwas, was Sie nicht einmal auf Landesebene zu halten bereit sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN – Minister Boris Rhein: Haben Sie schon die GRÜNEN erwähnt?)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Ich bitte noch einmal darum, diese Zwischenrufe von der Regierungsbank zu unterlassen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Vermutlich würde der Herr Innenminister heute auch gern reden. Melden Sie sich doch, Herr Rhein.

(Minister Boris Rhein: Ich versuche es!)

Die Parteien, die den Flughafenausbau befürwortet haben, haben dies mit falschen Versprechungen getan. Deshalb fühlen sich die Menschen auch verarscht.

(Zuruf: Na, na, na!)

Sie fühlen sich verraten und verkauft. Im Fall von Roland Koch fühlen sie sich sogar im wahrsten Sinne des Wortes verkauft; denn er hat gegen alle Widerstände den Bau der neuen Landebahn durchgesetzt und verdient sein Geld jetzt bei Bilfinger Berger, die 80 Millionen € für den Bau der neuen Landebahn bekommen haben. Ein solches Vorgehen ist auch ein Grund, warum Menschen immer mehr das Vertrauen in Politik verlieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Wissler, Sie stimmen mir sicherlich zu, dass eine von Ihnen gewählte Formulierung nicht hierher gehört. Sie wissen, welche ich meine.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. Dann sage ich: Die Menschen fühlen sich vergackeiert – wenn ich das sagen darf.

Der ehemalige Regierungssprecher von Herrn Koch arbeitet übrigens mittlerweile bei Fraport. Er macht dort Öffentlichkeitsarbeit. Dazu kann man nur sagen: Das passt wie die Faust aufs Auge, weil er sich mit Tricks und Täuschen auskennt. Ich halte das für einen Skandal, dass Koch und Co. jetzt kassieren – die Menschen haben den Lärm, und die Menschen müssen jetzt mit den Einbußen der Lebensqualität leben.

Herr Ministerpräsident, dass Sie die inszenierte Kundgebung auf dem Römerberg noch eine „beeindruckende Demonstration“ nennen, das schlägt dem Fass den Boden aus.

(Zurufe von der CDU)

Eine aufwendige PR-Kampagne wird von einer höchst fragwürdigen PR-Agentur gestartet. Mitarbeiter werden kostenlos und während der Arbeitszeit teilweise mit Bussen auf den Römerberg gekarrt und mit vorgefertigten Schildchen ausgestattet.

(Zurufe von der CDU)

Es werden teure Anzeigen geschaltet. Es gibt Freibier. Und das alles nur, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Putin lässt grüßen, kann man dazu nur sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und das bei einem Unternehmen, das mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand ist. Man sollte meinen, dass Fraport mit den Millionen Besseres hätte anfangen können, als sie in eine derartige PR-Kampagne zu stecken.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, schon das Motto ist völliger Unsinn. „Ja zu FRA“ ist völliger Unsinn. Kein Mensch sagt Nein zu FRA. Es geht überhaupt nicht darum, diesen Flughafen infrage zu stellen. Es geht um die neue Landebahn. Und deswegen stellt Fraport das Ganze bewusst falsch dar. Sie schürt Ängste, und sie spannt ihre Mitarbeiter vor ihren Karren.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, ja, der Römer war voll. Aber er war einen Tag später auch voll, und zwar voll mit Demonstranten, die während ihrer Freizeit demonstrierten und auch keine Bahntickets für die Demonstration bezahlt bekamen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Ministerpräsident, ich habe das Gefühl, Sie machen heute eine Bürgersprechstunde oder so.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, eines hätte mich wirklich interessiert, und zwar die Frage: Wo haben Sie eigentlich die 100.000 Arbeitsplätze versteckt, die durch den Ausbau des Flughafens entstehen sollten?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das stand auf dem Plakat!)

Die haben wir vergeblich gesucht. Dazu haben Sie leider nichts gesagt. Das Hauptargument für den Flughafenausbau war immer die Frage der angeblich zu erwartenden Arbeitsplätze. Laut Fraport sollten 100.000 Arbeitsplätze entstehen, nämlich 50.000 direkt am Flughafen, weitere 50.000 im Umfeld. Auf diese Prognose hat sich die Landesregierung gestützt. Leider verpflichten diese Prognosen aber zu nichts.

Wenn man sich die Zahlen genauer anschaut, dann sieht man, dass das nur Fantasiezahlen sind. Die Gutachter der Fraport haben die Arbeitsplatzprognosen auf der Grundlage der Passagierzahlen berechnet. Sie haben unterstellt, wenn die Passagierzahlen wachsen, dann müssen gleichzeitig auch die Beschäftigtenzahlen wachsen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das ist eben nicht so. Das ist genau das Problem. Es wurde unterstellt, dass pro 1 Million mehr Fluggäste 1.450 mehr Mitarbeiter am Flughafen beschäftigt seien. Aber diese Berechnungsmethode ist durch die Wirklichkeit völlig widerlegt worden.

(Clemens Reif (CDU): Das ist doch gar nicht wahr!)

Wenn ich Ihnen nur einmal sagen darf, was im Geschäftsbericht der Fraport 2010 steht: Dort kann man nachlesen, dass von 2009 auf 2010 die Passagierzahlen um über 2 Millionen gestiegen sind. Im Übrigen ist auch der Gewinn um ein Drittel gestiegen.

Herr Milde, jetzt sagen Sie doch einmal, wie hoch der Beschäftigtenanwachs bei Fraport war. Ich kann es Ihnen sagen: nicht einmal 40 Beschäftigte. Und an anderer Stelle sind auch keine Arbeitsplätze in einem solchen Ausmaß entstanden, wie es prognostiziert wurde – ganz im Gegenteil. Statt massenhafter Neueinstellungen sucht man bei Fraport die ganze Zeit nach Möglichkeiten, um Personalkosten einzusparen.

(Zurufe von der CDU)

Die Mehrzahl der sogenannten neuen Arbeitsplätze sind Minijobs, sind Jobs in Teilzeit, sind teilweise Arbeitsplätze mit so geringen Löhnen, dass man davon kaum leben kann. Einstellungen erfolgen immer öfter bei Billiglohntöchtern, die bis zu 30 % weniger Lohn zahlen.

(Clemens Reif (CDU): Keine Ahnung!)

Dann frage ich Sie einmal: Hilft der Region diese Art von Arbeitsplätzen wirklich? Hilft das der Region oder den hier lebenden Menschen?

(Beifall bei der LINKEN)

Bei den sogenannten indirekten Beschäftigungseffekten wird es noch abenteuerlicher. Es sollten angeblich 50.000 Arbeitsplätze entstehen, weil sich Unternehmen wegen des Ausbaus des Flughafens ansiedeln sollen. Das Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung aus der Mediation kommt zu dem Urteil – ich darf zitieren –:

Eine Hypothese, dass der Arbeitsmarkt in Relation zur Größe eines Flughafens positiv beeinflusst wird, lässt sich nicht bestätigen. Ein Einfluss einer Flughafeninfrastruktur auf den Arbeitsmarkt ist statistisch nicht nachweisbar.

Wir wissen seit der Recherche von „Report Mainz“, die den Mythos Jobmotor empirisch entzaubert hat, dass von den 17 Firmen, die Fraport selbst als Beleg angegeben hat, dass neue Arbeitsplätze entstünden, weil sie sich neu angesiedelt hätten, keine einzige bestätigen konnte, dass neue Arbeitsplätze entstanden sind. Es sind keine neuen Arbeitsplätze entstanden, sondern einfach Arbeitsplätze an den Flughafen verlagert worden, weil Unternehmen, die früher woanders tätig waren, jetzt umgezogen sind.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das heißt, man kann sagen: Der Flughafen wirkt wie ein Staubsauger, der Arbeitsplätze aus der Region anzieht.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was ist mit KPMG?)

Die angekündigten Arbeitsplätze waren leere Versprechen, mit denen der Widerstand gegen den Ausbau gekauft werden sollte. Das Arbeitsplatzversprechen diente ausschließlich der Rechtfertigung des Ausbaus. Die ganze, von Fraport propagierte Jobmaschine entpuppt sich bei näherer Betrachtung als nicht haltbar. Herr Arnold, das wissen Sie selbst auch, sonst müssten Sie uns vorrechnen, wo die 100.000 neuen Arbeitsplätze bitte sind. Das können Sie nicht, weil es diese 100.000 nicht gibt. Es war von Anfang an klar, dass die 100.000 Arbeitsplätze eine riesige Illusion sind, die Sie nur schüren, um die Bevölkerung einzukaufen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Fraport hat behauptet, der Ausbau sei notwendig. Von Not kann hier keine Rede sein. Deutschland hat die größte Flughafendichte Europas. Wir haben 18 internationale Flughäfen. Wir haben reichlich Kapazitätsreserven.

An der Stelle will ich noch einmal sagen: Wegen der Menschen im Rhein-Main-Gebiet muss dieser Flughafen nicht ausgebaut werden. Ein Großteil der Flüge am Frankfurter Flughafen sind Umsteigeflüge. Das ist ein gutes Geschäft für Fraport, aber es ist ein Geschäft auf Kosten der Menschen in der Region.

Wenn man Flüge von bis zu 500 km auf die Schiene verlegen würde, was keine Zumutung wäre, dann könnte jeder zehnte Flug gestrichen werden. Dann würden viel mehr Arbeitsplätze entstehen, weil die Arbeitsplätze auf der Schiene bei der Bahn in einem viel arbeitsplatzintensiveren Bereich als in der Automobilindustrie oder in der Luftfahrtbranche sind.

Statt Beruhigungspillen zu verteilen, wären echte Schritte zur Lärmreduzierung nötig. Deshalb muss an der Lärmquelle angesetzt werden. Die Zahl der Flugbewegungen muss auf 380.000 im Jahr reduziert werden.

Lärm ist nämlich nicht das einzige Problem, über das wir reden. Es geht auch um Schadstoffe. Dazu haben Sie nichts gesagt. In den Verbrennungsrückständen der Triebwerke wurden bereits mehr als 200 Schadstoffe identifiziert, darunter einige klar krebserregend.

Und es geht auch um die Frage des Klimaschutzes. Angesichts des drohenden Klimawandels ist der immer weitere Anstieg des Flugverkehrs einfach nicht zu verantworten. Fliegen ist die umweltschädlichste Art der Fortbewegung. Das zeigen alle Statistiken. Deshalb ist es höchste Zeit, den Luftverkehr endlich mit den tatsächlichen Umweltlasten zu belasten und ihn zu reduzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt keine wirksame Klimaschutzpolitik, die nicht auch bei der Verkehrspolitik ansetzt. Deswegen muss eine ernst gemeinte Energiewende an der Verkehrspolitik ansetzen.

Meine Damen und Herren, wir LINKE fordern seit Jahren, dass wir eine Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet brauchen. Wir brauchen eine Studie darüber, wie das Zusammenspiel und die gegenseitige Verstärkung von Belastungsfaktoren aussehen. Das Rhein-Main-Gebiet ist eine wirtschaftlich starke Region. Aber was nützt das, wenn dafür die Masse der Bevölkerung mit Gesundheitsschäden, hoher Schadstoffbelastung und niedriger Lebensqualität bezahlt?

Deswegen will ich an dieser Stelle klar sagen: Wir brauchen ein Nachtflugverbot, das den Namen verdient. Weltweit gilt die Zeit zwischen 22 und 6 Uhr als Nacht. In Rhein-Main ist die Nachtruhe auf Drängen der Fraport um zwei Stunden verkürzt worden. Acht Stunden Schlaf braucht der Mensch. Das ist das Mindeste. Deswegen treten wir dafür ein, dass es ein absolutes Nachtflugverbot in der Zeit von 22 bis 6 Uhr gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Lebensqualität und die Gesundheit sind wichtiger als die Profite von Lufthansa und Fraport. Deshalb will ich an der Stelle klar sagen: Die neue Landebahn muss stillgelegt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU:
Das sehen Sie unrealistisch!)

– Sie sagen, es sei unrealistisch. Ich sage Ihnen einmal, was unrealistisch ist. Unrealistisch ist die Alternative. Unrealistisch ist es, Zehntausende von Menschen umzusiedeln, samt Kindergärten, samt Schulen, samt Krankenhäusern, weil das konsequenterweise passieren müsste. Es kann doch nicht sein, dass Leute, die es sich leisten können, aus den stark betroffenen Gebieten wegziehen und der Rest dort bleibt und einer derartigen Gesundheitsgefährdung ausgesetzt wird.

Politische Fehlentscheidungen müssen rückgängig gemacht werden. Es ist feige, wenn sich Politiker, die diesen Ausbau durchgesetzt haben, jetzt hinter Gerichten verstecken.

Natürlich ist es juristisch möglich, die Landebahn zu schließen. Es gibt einen entsprechenden Passus im Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetz, wonach Verwaltungsakte widerrufen werden können, wenn „das öffentliche Interesse gefährdet würde“, und „um schwere Nachteile für das Gemeinwohl zu verhüten oder zu beseitigen“. Beides ist hier ganz offensichtlich der Fall.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn selbst der Wirtschaftsminister als Chef der Planfeststellungsbehörde mittlerweile sagt, er ist überrascht über das Ausmaß des Lärms, dann kann man natürlich sagen, das ist reichlich naiv. Aber das drückt auch aus, dass hier eine absolute Fehlentscheidung getroffen wurde. Deshalb muss das ganze Planfeststellungsverfahren auf den Prüfstand.

Die Zunahme der Flugbewegungszahlen bedeutet ein zunehmendes Risiko von Flugzeugabstürzen. Über das Vogelschlagrisiko ist in den letzten Tagen hinreichend berichtet worden. Und wenn es stimmt, dass das toxikologische Gutachten Rechenfehler und Fantasiezahlen enthält, dann ist auch hier ein Ansatzpunkt. Wenn es zutrifft, dass mit falschen Daten hantiert wurde, dann brauchen wir überhaupt nicht mehr die Frage von Entschädigungsansprüchen und Ähnlichem immer wie ein Damoklesschwert über uns schweben zu lassen.

Aber ich sage auch: Letztlich ist es keine juristische Frage, es ist eine politische Frage, es ist eine Frage, wie stark der gesellschaftliche Druck ist. Andere Beispiele aus der Geschichte zeigen, dass es möglich ist, falsche Entscheidungen rückgängig zu machen. Bei der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wurden fast 10 Milliarden DM verbuddelt. Trotzdem ist sie nie in Betrieb gegangen, weil die Widerstände zu stark waren.

Deshalb sage ich ganz klar: Wir müssen diese Landebahn stilllegen. Ich bedauere, dass keine andere Fraktion in diesem Haus unserem Antrag zugestimmt hat.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Walter Arnold
(CDU): Die sind halt vernünftig!)

Meine Damen und Herren, der Widerstand gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens geht seit vielen Jahren quer durch alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen. Er wird getragen von einer wachsenden Zahl örtlicher Bürgerinitiativen. Ich will für DIE LINKE sagen, dass wir solidarisch an der Seite der Bewegungen stehen und die Proteste unterstützen. Wir fühlen uns den Menschen verbunden, die sich seit Jahren und Jahrzehnten zur Wehr setzen gegen den Flughafenausbau, für eine lebenswerte Umwelt und den Erhalt der Lebensqualität.

Wir waren vor Ort bei den BIs, und wir waren auch im Widerstandscamp im Kelsterbacher Wald, weil Menschen eben wichtiger sind als Profite. Die Region gehört den Menschen und nicht Lufthansa und Fraport.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb begrüßen wir es, dass morgen um 17 Uhr eine Demonstration vor dem Hessischen Landtag stattfindet, zu der die Stadt Flörsheim aufruft.

Herr Ministerpräsident, vielleicht sollten Sie dort Ihr Lärmschutzpaket vorstellen. Dann würden Sie sehen, was die Betroffenen von Ihren Vorschlägen halten. Ich prophezeie Ihnen, dass die Betroffenen diese Beruhigungspille nicht schlucken werden; denn die Menschen wollen keine Wegzugprämien, sondern die Menschen wollen ihre Lebensqualität zurück. Deshalb ist es richtig, dass die Region keine Ruhe gibt, bis endlich wieder Ruhe ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Frau Wissler. – Für die FDP spricht jetzt ihr Vorsitzender, Herr Kollege Rentsch.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte gar nicht bemerkt, dass Frau Wissler fertig ist mit dieser begeisternden Rede. Aber jetzt geht es weiter.

Meine Damen und Herren, der 29. Februar ist nicht nur ein seltenes Datum, sondern er ist vor allem auch für die Rhein-Main-Region aus meiner Sicht ein wichtiger Tag gewesen. Ich glaube, dass alle Menschen, mit denen wir in den letzten Wochen Kontakt hatten, auch sehr kritische Menschen, die das Flughafenkonzept, die Entwicklung des Ausbaus kritisch beleuchten, gesehen haben, dass da etwas passiert ist, was nicht normal ist. Der Ministerpräsident, der Wirtschaftsminister und viele wichtige Akteure am Flughafen haben sich zusammengesetzt und versucht, in einer sehr schwierigen Situation eine gute Lösung herbeizuführen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich kann für die FDP sagen, die diesen Ausbau des Flughafens begrüßt – dazu stehen wir immer noch –, dass wir trotzdem froh sind, dass mit diesem Schritt für viele Menschen im Rhein-Main-Gebiet die Belastung weniger wird, dass wir einen Weg gefunden haben, in den nächsten Jahren ein Modell zu finden, wie die Belastung immer weniger werden kann. Ich glaube, es war ein sehr ordentlicher Tag.

Wenn man über Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet hinausschaut, stellt man fest, dass außerhalb Hessens viele Menschen das Thema anders sehen und dass viele Menschen mit sehr positiven Augen auf uns schauen. Ich will Ihnen ein Zitat aus der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ nicht vorenthalten, das ziemlich klar zeigt, wie Menschen außerhalb von Hessen das sehen:

Anwohner des neuen Flughafens Berlin-Brandenburg in Schönefeld, die in Zukunft den Lärm der startenden und landenden Flugzeuge ertragen müssen, können derzeit nur neidisch nach Frankfurt am Main blicken. Dort ist es durch die neue Landebahn für viele Anwohner zwar auch sehr laut geworden,

doch das Land Hessen, die Flughafengesellschaft, die Flugsicherung und Fluggesellschaften haben jetzt ein „Lärmschutzpaket“ beschlossen. In der „Allianz für Lärmschutz 2012“ sollen weitere 335 Millionen € in passive Schallschutzmaßnahmen fließen.

So weit ist man in Schönefeld ... nicht. ... Ob Berlin und Brandenburg nach dem Vorbild Hessens zusätzliche Millionenbeträge aufwenden, um die krachgeplagten Anwohner besser zu schützen als bisher vorgesehen, ist zweifelhaft. Der Sprecher der Brandenburger Landesregierung, Thomas Braune, verwies lediglich auf die Ankündigung von Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), dass Menschen „in besonderen Problemlagen“ auch besonders geholfen werden solle – über das bisher vorgesehene Maß hinaus [aber nicht]. Der dafür erforderliche finanzielle Rahmen stehe noch nicht fest. Keine Angaben machte Braune, wer die Zusatzsumme aufbringen soll.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der Unterschied, über den wir reden. Während sozialdemokratisch geführte Bundesländer wie Brandenburg, das Land Berlin oder auch Nordrhein-Westfalen an den beiden Standorten Köln-Bonn und Düsseldorf nichts, aber auch gar nichts für den Lärmschutz machen, haben wir eine Aktion für 335 Millionen € gestartet, um Belastungen zurückzuführen. Erzählen Sie uns nicht, dass wir in dieser Frage nichts machten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir tun hier etwas.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ja, es war ein Erfolg. Aber ich sage es ganz klar auch für uns, die in diesem Land dafür gewählt worden sind, dass wir diesen Flughafen ausbauen – CDU und FDP sind dafür gewählt worden, dass wir diesen Flughafen ausbauen; wir haben in dieser Frage immer mit offenen Karten gespielt –: Wir haben auf der anderen Seite aber auch die Pflicht, alles dafür zu tun, dass wir die Belastung der Menschen auf das absolute Minimum dessen senken, was notwendig ist. Dass da viel geht, das ist in dieser Debatte heute klar geworden: Sperrung der Landebahn, Ausschluss sehr lauter Flugzeuge, erhebliche Einschränkungen für laute Flugzeuge, Übernahmeanspruch für Wohngrundstücke mit einem Dauerschallpegel von über 70 dB(A), Erstattung von Schallschutzmaßnahmen, lärmabhängige Flugentgelte. – Allein in dieser Frage sind wir weltweit führend,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

ein Modell einzuführen, das dafür sorgt, dass diejenigen, die mehr Lärm produzieren, stärker zahlen müssen.

Ich will den Kollegen der Opposition sagen: Wenden Sie sich doch einmal an Ihre Landesregierungen, die Sie in anderen Bundesländern verantworten. Wenn mehr Bundesländer mitmachen würden, z. B. die Kollegin Kraft in Nordrhein-Westfalen, z. B. der sagenhafte Herr Platzeck oder der sagenhafte Herr Wowereit, dann würden wir es auch schneller schaffen, dass es insgesamt leisere Flugzeuge gibt. Sie können also auch etwas tun, nicht nur zuschauen und nicht nur kritisieren, sondern einfach einmal mitmachen. Das würde uns helfen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Veränderung des Anfluggleitwinkels von 3 auf 3,2 Grad war ein Thema, das wir lange diskutiert haben, und zusammen mit dem Thema Point Merge – für die Menschen, die uns zuschauen: eine Veränderung des Anflugverfahrens – haben wir einen wichtigen Schritt geschafft.

Ich sage es auch mit etwas Stirnrunzeln darüber, was wir in Gesprächen mit der Deutschen Flugsicherung sehr lange erleben mussten: Wir haben sehr lange erleben müssen, dass uns die Deutsche Flugsicherung gesagt hat, dass eigentlich gar nichts möglich ist. Wir in der Fraktion haben es noch im letzten Oktober in einem sehr intensiven Gespräch erlebt.

Ich glaube, dass wir es durch den Druck von Volker Bouffier und Dieter Posch geschafft haben, dass nachgedacht wird, dass Zeitpläne überarbeitet werden und dass man von der Aussage, es gehe gar nichts, über zehn Jahre, über sieben Jahre jetzt auf drei Jahre gekommen ist, dass wir es mit einem anderen Anflugverfahren an den Frankfurter Flughafen schaffen, dass Menschen im Rhein-Main-Gebiet nicht über Gebühr belastet werden, weil die Flugzeuge einfach viel höher über sie hinwegfliegen. Dass das ein Erfolg ist, ist, glaube ich, unbestritten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb: Ja, es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, die mit Sicherheit dafür Sorge tragen werden, dass dieser Flughafen die Menschen weniger belastet und dass vor allem seine wirtschaftlichen Potenziale trotzdem genutzt werden können.

Christean Wagner hat es vorhin gesagt. Wir reden hier über diesen Flughafen – Teile des Landtags aus der Opposition –, als ob dieser Flughafen ein statisches Gebilde sei, das man an- und abschalten kann, wie man will. Wir als Liberale, genauso wie die Kollegen der CDU, aber auch – Kollege Schäfer-Gümbel – die Sozialdemokraten, haben dafür gekämpft, dass Frankfurt ausgebaut wird – nicht nur, weil es im rot-grünen Flughafenkonzept steht, das beschlossen worden ist. Meine Damen und Herren, bestreiten Sie das noch 20-mal: Wir haben den Beschluss dort vorne liegen. Es ist beschlossen worden, weil Rot-Grün erkannt hat, dass für den Wirtschaftsstandort Deutschland Infrastruktur, die uns in die ganze Welt verbindet – vor allen Dingen für Passage und Cargo –, besonders wichtig ist und dass dieser Flughafen Frankfurt eben das Juwel der Flughäfen in Deutschland ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ein Juwel wie den Flughafen Frankfurt zu beschneiden – da müsste man wirklich schlecht beraten sein.

Das haben, wie gesagt, nicht nur CDU und FDP so gesehen, das haben auch Sozialdemokraten und GRÜNE so gesehen. Deshalb kommen wir immer zum Punkt zurück: Wir wollen diesen Flughafen. Wir wollen seine positiven Auswirkungen. Aber genauso wollen wir dafür Sorge tragen, dass Belastungen so gering wie möglich gehalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Ja, es gibt einen Unterschied. Gestern war ich in der Grundschule in Hochheim. In meinen Gesprächen mit Menschen in Flörsheim und Hochheim gibt es immer wieder – das muss ich schon sagen – Situationen, in denen Leute sagen: Wir wollen hier gar nicht weg. – Aber, Kollegen von den GRÜNEN, auch der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende, ob das Wort „Vertreibung“ mit seinem historischen Kontext in einer solchen Debatte angemessen ist,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

daran habe ich wirklich meine Zweifel. Ich kann eigentlich nur den Kopf darüber schütteln, dass in einer Debatte mit solchen Begriffen gearbeitet wird, in der wir E-Mails und Briefe von Betroffenen bekommen, die uns bitten, dafür Sorge zu tragen, dass es ein ordentliches Ausgleichsprogramm für die Menschen gibt, damit sie keine wirtschaftlichen Nachteile durch den Flughafen bekommen. Es ist unsere Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass sie keine Nachteile haben.

Meine Damen und Herren, auch das ist letzte Woche beschlossen worden. Ich bin stolz darauf, dass wir das schaffen können: dass wir wenigstens ein ordentliches Angebot machen. Ob es die Menschen annehmen, ist eine andere Sache. Da aber von „Vertreibung“ zu sprechen, dazu muss ich sagen,

(Holger Bellino (CDU): Das ist unerhört!)

darüber kann ich nur den Kopf schütteln.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Nicht nur das Land Hessen profitiert von diesem Flughafen – natürlich auch das gesamte Umland, aber auch die Stadt Frankfurt. Kollege Rhein, der sich für die Union als Oberbürgermeister dieser Stadt zur Verfügung stellen will und kandidiert, weiß doch, dass viele dieser Leistungen, die in der Stadt Frankfurt erbracht werden – ich will nur das hervorragende Kulturangebot nennen –, doch nicht möglich wären, wenn nicht die Gewerbesteuererinnahmen und die hohe Dividende durch den Flughafen kommen würden.

Natürlich wird auch in Frankfurt darüber diskutiert, was man noch mehr tun kann, um Menschen zu helfen. Da ist er ja dabei. Jeder, der ihn im Wahlkampf erlebt, kann nur sagen: Er nimmt das Thema sehr ernst. Ich glaube, er nimmt es teilweise ernster als Frau Heilig – die zu der Frage, ob man Dividendenzahlungen für die Geschädigten einsetzen kann, im Hintergrund anscheinend alles verhindert, was den Betroffenen hilft. Da würde ich mir manchmal bei den GRÜNEN wünschen, dass nicht nur immer viel nach vorne erzählt wird, sondern dass dort, wo sie handeln können, auch gehandelt wird, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein Gott!)

Das Gleiche trifft auf das Land Rheinland-Pfalz zu. Ich sage das noch einmal, ich habe das an dieser Stelle bereits gesagt: Es gibt eine gemeinsame Bundesratsinitiative – oder den Versuch einer gemeinsamen Initiative – mit dem rheinland-pfälzischen Infrastrukturminister der SPD. Er ist sich mit Dieter Posch als Wirtschafts- und Verkehrsminister einig, dass eine Änderung beim Fluglärmsgesetz herbeigeführt werden muss. Ein wichtiges Thema – da könnten Rheinland-Pfalz und Hessen richtig etwas gemeinsam auf die Beine stellen. Man könnte einen Streit zur Seite legen – den Länderfinanzausgleich – und könnte trotz unterschiedlicher Couleur richtig etwas machen.

Aus allen Kreisen in Rheinland-Pfalz hört man, dass einzig die rheinland-pfälzischen GRÜNEN, solange nicht die OB-Wahlkämpfe in Mainz und Frankfurt vorbei sind,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

die Bremse bei diesem Thema nicht lösen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer so das Leid von Menschen für politische Zwecke instrumentalisiert,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

der sollte nicht hier im Landtag große Töne spucken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich komme noch zu einem weiteren Punkt, der mich wirklich geärgert hat. Das ist eine harte Debatte. Wir haben dort unterschiedliche Ansichten. Das weiß ich. Wir kämpfen da um den richtigen Weg. Aber aus meiner Sicht sollten wir einen bestimmten Grat nicht verlassen.

Es gab einen Artikel im „Spiegel“: „Risiko aus der Luft“. Da ging es um ein Gutachten eines Kieler Professors zur Luftschadstoffbelastung. Dort gab es die Formulierung, das sei, weil das so kritisch sei, in der Schublade des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung verschwunden. Das war die Überschrift.

Dann gab es eine Meldung der GRÜNEN vom 27. Februar 2012, die das als Skandal gesehen haben.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Darin haben sie geschrieben, ein solches Geheimgutachten sei vorzulegen. Ich kann das gerne noch einmal im Ganzen zitieren.

Meine Damen und Herren, ich will nur darauf hinweisen: Dieses Gutachten ist Teil des Forums Flughafen und des Mediationsverfahrens gewesen. Es kann nicht nur beim Wirtschaftsministerium eingesehen werden, sondern sogar im Internet, unter www.forum-flughafen.de. Ich kann gerne die genaue Adresse nennen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Das war immer öffentlich. Darüber wurde immer diskutiert. Diese Ergebnisse sind eingeflossen. So etwas immer gleich – nur, weil es im „Spiegel“ steht – als Skandal nach vorne zu tragen, das verunsichert die Menschen in Hessen. Es hilft uns aber keinen Schritt weiter. Das ist eine Art der Politik, die ich auf jeden Fall ablehne.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ja, es ist eine harte Auseinandersetzung. Ich gebe zu, ich bin auch den Sozialdemokraten an einer Stelle dankbar. Jedenfalls bei drei Fraktionen in diesem Haus besteht in der Grundsatzfrage hoffentlich kein Zweifel. Wir können über die Art und Weise des Weges streiten. Das haben wir getan. Da gibt es unterschiedliche Ansichten – auch zum Thema Rechtssicherheit durch diese Revision. Aus unserer Sicht ist die notwendig.

Aber ich glaube, die Sozialdemokraten erkennen auch – Kollege Rudolph ist jemand, der sich in Nordhessen für wirtschaftliches Wachstum und Prosperität einsetzt –, dass wir es gemeinsam nicht zulassen dürfen, dass in diesem Land politische Kräfte dafür Sorge tragen, dass es einen Zweifel daran gibt, dass dieser Flughafen Akzeptanz in der Gesellschaft braucht, wenn wir über seine Entwicklung reden.

Als Demokraten in diesem Land müssen wir ihm auch seine Akzeptanz geben, indem wir sagen: Wir wollen diesen Flughafen, wir brauchen ihn und wollen ihn auch nicht in seinen Möglichkeiten behindern, wenn es darum geht, dass er für uns Steuermittel zur Verfügung stellt, Arbeits-

plätze schafft und wirtschaftliches Wachstum sicherstellt. Meine Damen und Herren, das ist ein wichtiger Schritt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Abschließend kann ich deshalb nur noch einmal sagen: Wir haben hier einen äußerst wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Dieser Schritt, diese Allianz, trägt letztendlich dazu bei, dass es im Rhein-Main-Gebiet ruhiger wird.

Es wird nicht an jeder Stelle so ruhig sein, dass die Menschen sagen, es ist prima. Aber aus meiner Sicht wird es so sein, dass die Menschen sagen, sie sehen, dass etwas passiert, dass wir ihre Sorgen dort ernst nehmen, wo die Menschen betroffen sind; dass aber auch die Unternehmen sehen, wir wollen mit diesem Flughafen ein weiteres wirtschaftliches Wachstum erreichen und nicht wieder zurück in alte Zeiten, als Flughafenentwicklung eine Frage der politischen Couleur war.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen einen Rechtsstaat, der rechtsstaatlich über solche Fragen entscheidet, und nicht politische Hinterzimmer, die so etwas letztlich festlegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Abschließend kann ich sagen: Ja, das war der Einstieg in einen sicherlich nicht abbrechenden Dialog, den wir getan haben. Der Ministerpräsident und der Verkehrsminister haben klar festgestellt, dass dieser Dialog weitergehen muss. Wir können dort noch eine ganze Menge erreichen. Technische Entwicklung kann wunderbar dazu beitragen, dass die Maschinen leiser werden. Das muss unser Ziel sein. Es muss weniger Lärm produziert werden.

Wenn wir das erreichen, kann auch dieser Flughafen wachsen. Aber es geht nur in diese Richtung. Wir brauchen leisere Maschinen. Das, was wir jetzt entschieden haben, wird vielen Stellen im Rhein-Main-Gebiet helfen, auch Stellen in Frankfurt, in Wiesbaden. Im gesamten Rhein-Main-Gebiet werden die Menschen merken, dass wir es mit unseren Initiativen sehr ernst meinen.

Deshalb wird dieser 29. Februar mit Sicherheit in die Geschichtsbücher unseres Landes eingehen. Denn er hat dazu beigetragen, eine Grundlage dafür zu schaffen, dass es in Hessen leiser wird, wir aber trotzdem einen Flughafen haben, der uns von vielen anderen Bundesländern unterscheidet – und dass wir als Liberale, genauso wie die Christdemokraten in diesem Haus, alles daransetzen werden, dass dieser Wirtschaftsmotor weiter Wirtschaftsmotor bleibt und wir ihn nicht durch politische Manöver abwürgen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Vizepräsidentin Sarah Sorge übernimmt den Vorsitz.)

Ich wünsche mir, dass, wenn wir in zehn Jahren über diesen Flughafen diskutieren, seine Vorteile vielleicht auch von manchen aus anderen Fraktionen etwas mehr in den Vordergrund gestellt werden. Frau Kollegin Wissler, auch der Partei DIE LINKE würde es gelegentlich nicht schlecht anstehen, darüber zu reden, ob Menschen von diesem Flughafen profitieren, weil sie dort ihre Arbeitsplätze haben.

Abschließend: Ich freue mich, wenn Menschen für diesen Flughafen demonstrieren. Ich will noch eines in Richtung

der Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN sagen. Das Demonstrationsrecht gilt nicht nur für Linke.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Demonstrationsrecht gilt auch für Menschen, die für ihren Arbeitsplatz und für die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Existenz ihrer Familie kämpfen. Deshalb kann man nur den Kopf schütteln, dass Herr Kaufmann in der „Hessenschau“ gesagt hat, es wäre nicht nötig gewesen, dass die Fraport einen kostenlosen Shopping-Trip für die Mitarbeiter nach Frankfurt bezahlt. Ganz ehrlich, wer die Sorgen dieser Menschen so kleinredet und nicht einmal akzeptiert, dass sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben, der zeigt, dass er in dieser Debatte sehr einseitig aufgestellt ist.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Herr Kollege Kaufmann hat sich zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Rentsch, es gäbe so viele Anmerkungen zu machen, dass die Zeit nicht reicht. Deshalb in aller Kürze Folgendes.

Erstens. Machen Sie sich doch einmal klar, dass die Akzeptanz, die der Flughafen Frankfurt in weiten Teilen der Bevölkerung des Rhein-Main-Gebiets genossen hat, nicht zuletzt massiv angegriffen und in großen Teilen zerstört worden ist durch das, was wir hier erleben, nämlich den Wortbruch der Landesregierung in Sachen Nachtflugverbot und die Ignoranz gegenüber den Problemen der Menschen, die seit dem 21. Oktober herrscht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wer zu verantworten hat, dass Teile von Städten, die eine jahrhundertealte Tradition haben, plötzlich unbewohnbar werden, der sollte sich hier nicht piensig hinstellen und sagen, man dürfe nicht von „Vertreibung“ reden. Genau das ist es aber. Sie geben Geld dafür aus, dass die Leute gehen. Auch Sie wissen – es gibt reichlich Zitate in den Zeitungen –, dass man vor Ort gesagt hat: Es ist hier wie im Krieg, nur ohne Bomben.

(Holger Bellino (CDU): Was Sie sagen, ist ungeheuerlich! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn eine Bevölkerung durch Fehlentscheidungen auf der Landesebene so behandelt wird, dann hat sie das Recht, sich zu wehren. Die, die dafür verantwortlich sind, sollten Sie hier nicht so kleinlich darstellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Drittens. Herr Kollege Rentsch, Sie hatten es diesmal wieder besonders mit den GRÜNEN in Rheinland-Pfalz. Ich kann nur sagen, die GRÜNEN in Rheinland-Pfalz vertreten genau die Auffassung, die der Kollege Christean Wagner vorhin in die Debatte eingebracht hat, nämlich dass wir ein Minimierungsgebot für Fluglärm brauchen. Es geht genau darum, dass das in der Vereinbarung zwischen Rheinland-Pfalz und Herrn Posch bislang fehlt. Deswegen nennen wir das weiße Salbe.

Jetzt habe ich noch zehn Sekunden Redezeit. In denen kann ich Ihnen nicht mehr erklären, zum 17. Mal, dass es ein Flughafenkonzept als Entwurf gegeben hat – das haben wir nie bestritten –, aber dass der Mensch, den Sie ständig als Kronzeugen nennen, noch ein Jahr, nachdem er die Kronzeugenschaft angeblich übernommen hat, Folgendes veröffentlicht hat.

Trotz eines enormen Wachstums im Luftverkehr lässt ein Flughafenkonzept der rot-grünen Bundesregierung auf sich warten. Was vorliegt, ist ein luftverkehrsfeindlicher, einseitig umweltpolitisch geprägter Entwurf.

Das sagte Ihr Kronzeuge, Herr Fischer – ein Jahr, nachdem Sie mit Ihrem Konzept auftraten. Hören Sie endlich auf, immer wieder die Unwahrheit zu verbreiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kaufmann. – Herr Rentsch hat Gelegenheit, zu antworten.

Florian Rentsch (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kaufmann, ich kann nichts dafür, dass Sie heute nicht reden durften. Kollege Al-Wazir wollte reden. Das ist sein gutes Recht. Daher brauchen Sie sich nicht so aufzuregen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Es steht mir als Liberalem völlig fern, Ihnen vorzuschreiben, welche Begrifflichkeiten Sie verwenden. Ich kann nur sagen: Ich würde das Wort „Vertreibung“ mit seiner Genese in einem solchen Zusammenhang nicht verwenden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Drittens. Man merkt heute – was ich gar nicht verstehe, weil Sie sonst eigentlich eine ganz extrem gelassene Fraktion sind – gewisse Ungelassenheiten. Herr Kollege Al-Wazir war vorhin sauer, dass die Debatte weiterging. Das kann ich nicht ändern. Sie, Herr Kaufmann, sind unglaublich emotional bei der Frage, ob Sie ein Flughafenkonzept beschlossen haben. Zum einen wissen jetzt alle Menschen, dass es ein solches Konzept gibt und dass das damalige Kabinett es beschlossen hat.

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Doch, das Kabinett hat es beschlossen und hat es dann weitergereicht. Diesen Beschluss gibt es. Es ist doch klar: Wenn eine Hessische Landesregierung eine Verordnung, einen Entwurf beschließt, dann hat sie zu einem bestimmten Thema eine abgestimmte Meinung und schließt diese. Man kann sich zwölf Jahre danach nicht einfach aus der Verantwortung stehlen, wenn man so etwas beschlossen hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch auch in Ordnung. Ich gestehe Ihnen zu – das war bestimmt so –: Als Sie richtig wahrgenommen haben, dass Sie das beschlossen haben, war Ihnen nicht besonders wohl. Sie können ja sagen: „Wir haben da einen

Fehler gemacht, wir wollten das gar nicht beschließen, und haben es rückgängig gemacht.“ – Damals war das aber Ihre Meinung.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben damals ein extrem wirtschaftsliberales Papier beschlossen. Ich habe mich gewundert, dass Sie es beschlossen haben; denn so viel Bemühen um Wirtschaftswachstum hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut. Das ist doch in Ordnung. Das passiert. Aber dann braucht man nicht jedes Mal einen solchen Popanz aufzuführen, wenn man ein solches Konzept zu verantworten hat, Herr Kollege Kaufmann.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle zunächst fest, dass wir die Regierungserklärung entgegengenommen haben.

Ich erteile Herrn Kollegen Rudolph das Wort zur Geschäftsordnung.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, wir bitten, über unseren Dringlichen Entschließungsantrag, Tagesordnungspunkt 63, nach § 86 der Geschäftsordnung namentlich abzustimmen.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Rudolph. Wir verfahren so.

Ich lasse zuerst über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/5333, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die SPD. Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 18/5363.

(Namensaufruf – Abstimmungsliste siehe Anlage)

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Dem Antrag haben 47 Kolleginnen und Kollegen zugestimmt, 65 haben mit Nein gestimmt, und sechs waren entschuldigt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Dringliche Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/5369, soll an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden. Ist das richtig? – Es gibt keinen Widerspruch. Dann machen wir das so.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 49:**

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 18/5252 –

Hier stimmen wir zunächst über die Petition Nr. 2882/18 ab. Das ist die Flughafen-Petition, über die wir gerade mit

diskutiert haben. Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD und FDP. Gegenstimmen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Dann kommen wir zu den Petitionen, die getrennt, aber gemeinsam abgestimmt werden sollen. Das sind die Petitionen Nr. 479/17, 1953/18, 2304/18, 3279/18 und 3188/18. Wer diesen Beschlussempfehlungen die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP und GRÜNE. Gegenstimmen? – Fraktion DIE LINKE. Auch diese Beschlussempfehlungen sind damit angenommen.

Jetzt kommen wir zu dem Gesamtpaket. Wer den restlichen Beschlussempfehlungen zu den Petitionen die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit sind auch diese Beschlussempfehlungen angenommen.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Selbstverantwortung stärken – Mangelverwaltung beenden, Drucks. 18/5371. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 70 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit dem Tagesordnungspunkt 32 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Da ich keinen Widerspruch höre, verfahren wir so.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 3:**

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes (HLöG) – Drucks. 18/5250 –

Hier wurden 7,5 Minuten Redezeit vereinbart. Zur Einbringung erhält Herr Kollege Dr. Spies für die SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Das Leben ist viel zu kurz, um schlechten Wein zu trinken“, soll Goethe gesagt haben.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Lassen Sie mich dieses Zitat gleich um ein zweites ergänzen: Dante Alighieri stellte fest: „Der Wein ist eine Medizin, aber wenn er ohne Manier getrunken wird, ist er ein Gift.“

Damit sind wir mitten in der Materie. Der maßvolle Konsum geringer Mengen Alkohols – Franzosen behaupten, das gelte nur für Rotwein; ich darf Ihnen versichern, das gilt auch für Wein vom Rhein – bedeutet für Männer jenseits der 50 eine signifikante Reduzierung des Herzinfarkttrisikos, und es kann deshalb nicht ohne Weiteres vollständig davon abgeraten werden.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig ist festzustellen, dass in Deutschland etwa 1,3 Millionen Menschen einen nicht verantwortbaren Alkoholkonsum praktizieren und dass der Alkoholismus seit jeher eines der großen Risiken und eine der großen Beeinträchtigungen war und es auch heute noch ist.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Meine Damen und Herren, ich werde zu Recht darauf hingewiesen, dass es arg unruhig im Saal ist. Ich darf Sie bitten, die Gespräche einzustellen. Herr Dr. Wagner, das betrifft auch die Gespräche mit Mitgliedern der Landesregierung. Wenn Gespräche geführt werden, ist es in diesem Saal einfach zu laut. – Herr Dr. Spies hat das Wort.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Es wird die Weinbauern nicht erfreuen, zu hören, dass man sich an der Stelle so wenig dafür interessiert. – Das Komasaufen bei Jugendlichen allerdings hat eine dramatische Zunahme erfahren. Während im Jahr 2000 in Hessen nur knapp über 1.000 Jugendliche mit Alkoholvergiftungen stationär aufgenommen werden mussten, waren es 2011 1.761 junge Menschen unter 18 Jahren, die sich bis zum Umfallen die Kanne gegeben haben.

Auch für die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen stellt man fest: 13 % – jeder Siebte also – haben mindestens viermal im Monat einen Rausch, der zu vollständigem Kontrollverlust führt. 42 % haben mindestens einmal im Monat einen Rausch. Über die Hälfte aller jungen Menschen betrinkt sich wenigsten einmal im Monat so stark, dass sie die Kontrolle über das, was sie tun, verlieren. Das gilt für die 18- bis 25-Jährigen genauso; das ist keine Frage des Jugendschutzes.

Dass Restriktionen wirken, kann man anhand des Rauchens sehen. Denn zumindest der Nikotinkonsum der Jugendlichen befindet sich in einem dramatischen Rückgang.

Alkoholabhängigkeit stellt in Deutschland ein nicht unerhebliches Problem dar. Mehr als ein Drittel aller schweren Gewalttaten findet unter Alkoholeinfluss statt. Das Gleiche gilt für andere Formen destruktiver Kriminalität wie Raub und Brandstiftung. Sexualdelikte finden ebenfalls zu rund einem Drittel nach erheblichem Alkoholkonsum statt.

Die Folgekosten des Alkoholismus sind erheblich. Wenn man berücksichtigt, dass außer den Alkoholkranken selbst auch die Angehörigen mit darunter leiden, liegt die Zahl der in Deutschland Betroffenen bei einer Größenordnung von 8 Millionen Menschen. Die Kostenschätzungen für die volkswirtschaftlichen Lasten des Alkoholismus rangieren, je nachdem, welche Methode angewendet wird, zwischen 25 und 120 Milliarden € pro Jahr. Da geht es um Behandlungskosten, Arbeitsausfälle, Rentenleistungen und, und, und. Der volkswirtschaftliche Schaden durch übermäßigen Alkoholkonsum ist höher als der Umsatz der Alkoholindustrie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man geht davon aus, dass in Europa der vermeidbare Verlust an Lebensjahren, also die Zahl Lebensjahre, die aufgrund des Alkoholkonsums durch schwere körperliche Beeinträchtigungen, Krankheit oder vorzeitigen Tod gekennzeichnet sind, in der Größenordnung um 10 Millionen ist. Diese Zahlen sind beachtlich. Sie können nicht ignoriert werden.

So sehr man einsehen und nachvollziehen kann, dass Alkoholkonsum ein beliebter Vorgang ist, so gilt doch auch, dass übermäßiger Alkoholkonsum insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterbunden werden muss. Ganz nebenbei stellen wir fest, dass sich gerade im Umfeld der Stellen, an denen nachts Alkohol verkauft

wird, zunehmend Randalen, Unruhe, Ruhestörungen und Schlägereien breit machen. Es gibt zwei Stellschrauben, mit denen man den Alkoholkonsum reduzieren kann. Die eine ist die Verfügbarkeit, und die andere ist der Preis.

Baden-Württemberg ist uns da vorangegangen. Ich habe mit Interesse gelesen, dass vor einem Jahr auch diese Landesregierung offensiv darüber nachgedacht hat, den Alkoholverkauf von 22 bis 5 Uhr zu unterbinden, um die Exzesse, also das Nachtrinken der Angetrunkenen und die Unruhe an den Verkaufsstellen, einzudämmen. Es ist schon schade, dass sich der eine Teil dieser Landesregierung offensichtlich gegen den Koalitionspartner nicht durchsetzen konnte, um zu einer maßvollen und ausgewogenen Beschränkung der Verfügbarkeit des Alkohols zu kommen. Denn genau darauf kommt es an.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, Prohibitionen nützen nichts. Sie fördern nur das Entstehen der Dunkelfelder und der Illegalität. Maßvolle Begrenzung ist das erfolgreichste Mittel.

Wir können feststellen, dass der erschwerte Zugang den übermäßigen Alkoholkonsum der Jugendlichen beeinträchtigt. Wir können sogar feststellen, dass, wenn am Samstag kein Alkohol mehr verkauft werden kann, die Zahl der Schlägereien und die Zahl der Verkehrsunfälle unter Alkohol zurückgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist in anderen Ländern ausprobiert worden. Es ist also eine sinnvolle Maßnahme, den Alkoholkonsum konsequent einzuschränken. Dazu legen wir heute einen Gesetzentwurf vor, der genau diesen Ausgleich versucht, nämlich eine maßvolle Beschränkung des Alkoholverkaufs nicht nur an Jugendliche, sondern an alle, weil eben nicht nur die Jugendlichen das Problem sind.

Wer geplant, bewusst und kontrolliert konsumieren will, der ist in der Lage, vor 22 Uhr einkaufen zu gehen. Ich kann mich an Zeiten erinnern, da gab es gar keine andere Möglichkeit. Ich darf Ihnen versichern, auch zu meiner Studienzeit gab es kein Problem mit der Verfügbarkeit der Alkoholika.

(Beifall des Abg. Timon Gremmels (SPD) – Zurufe: Aha!)

Das Problem ergibt sich doch nicht bei maßvollem und kontrolliertem Konsum, sondern es ergibt sich dann, wenn Exzesse auftreten und wenn an bestimmten Orten angetrunkene Jugendliche vermehrt zusammentreffen und Unruhe machen. Genau deshalb fordert der Stadteigentag, wie die Suchthilfe und wie die Polizei – –

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Dr. Spies, ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Ich komme zum Schluss meiner Rede. – Der Marburger Oberbürgermeister musste das durch ein zeitweise verhängtes Alkoholverbot erzwingen. Er hat damit die nächtliche Ansammlung Jugendlicher an Verkaufsstellen von Alkohol begrenzt.

Ich glaube, das ist ein guter Ansatz. Ich sehe mit großer Freude und mit Interesse der Anhörung zu unserem Gesetzentwurf entgegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Dr. Spies, vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung stammt von Frau Kollegin Schulz-Asche. Sie spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Hessen hat sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Krankenhauseinweisungen der Personen unter 20 Jahren von 800 auf 1.800 mehr als verdoppelt. Der riskante Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen in Hessen ist wie in anderen Bundesländern ein ernst zu nehmendes Problem. Wir haben in Hessen bei Jugendlichen mit Alkoholvergiftung einen Anstieg zwischen 2005 und 2009 um 40 %. Wir haben es hier tatsächlich mit einer Sachlage zu tun, an der sowohl der Staat, d. h. das Land und die Kommunen, als auch die Gesellschaft gemeinsam arbeiten müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Übrigens liegt Deutschland beim Alkoholkonsum pro Kopf weltweit auf dem fünften Platz. Auch das sollte uns vielleicht zu denken geben. Das heißt, das hat sicherlich nicht nur mit Jugendlichen zu tun, sondern das Konsumverhalten ist insgesamt zu hoch und zu risikoreich. Das ist vor allem auch bei Erwachsenen der Fall.

Es sind Erwachsene, die schlechte Vorbilder abgeben. Es sind Erwachsene, die für rund 1 Milliarde € jährlich Werbung für Alkohol machen. Es sind Erwachsene, die mit dem Verkauf von Alkohol ihr Geld verdienen und dabei das Jugendschutzgesetz missachten. Das macht der Drogenbericht aus dem Jahr 2011 noch einmal ganz deutlich.

Es gibt aber auch sehr viele Erfolge bei der Suchthilfe, gerade auch im Bereich des Alkoholkonsums. Der Drogenbericht zeigt, dass der Alkoholkonsum der Kinder und Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren in den letzten zehn Jahren zurückgegangen ist. Ich halte das für ein Zeichen dafür, dass die vielen in diesem Bereich gestarteten Präventionsansätze durchaus Wirkung haben. Prävention und Einhaltung des Jugendschutzes sind hier die wesentlichen Maßnahmen, die eingesetzt wurden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen allerdings auch, dass bei der Gruppe der jungen Erwachsenen, also bei denjenigen, die schon Zugang zum freien Kauf von Alkohol haben, keine Verbesserung zu beobachten ist. Von daher ist tatsächlich zu fragen, wie wir speziell diese Gruppe mit Präventionsmaßnahmen besser erreichen können.

Es ist allerdings sehr fraglich, ob man diese Gruppe mit Verboten vom Alkoholaufehen abhalten kann. Alle Erfahrungen der erfolgreichen Suchthilfe zeigen, dass für eine gezielte Reduzierung des Alkoholkonsums eine Mischung aus Kontrolle und Einhaltung des Jugendschutzgesetzes, gezielten Präventionsstrategien und, wenn nötig, auch rechtlichen Änderungen Erfolg versprechend ist. Grundsätzlich gilt in der Prävention, dass Einzelmaßnahmen keine nachhaltige Wirkung entfalten. Aus suchthilfepreventiver Sicht sind Einschränkungen bei der Verfügbarkeit von Alkohol nur ein Mittel. Dazu gehören Alkoholverkaufsregelungen für Jugendliche unter 16/18 Jahren, also vom Jugendschutz her, kein Verkauf an Betrunkene

und unter Umständen auch nächtliche Verkaufsverbote, die wir in Hessen schon erlebt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Gerade bei der Verfügbarkeit von Alkohol ist immer die Frage: Was passiert, wenn man an einem Punkt verbietet? Verlagern sich die Verkäufe dann in andere Bereiche?

Herr Kollege Spies und liebe SPD, mich hat etwas gewundert, dass in der gesamten Gesetzesbegründung der Bereich der Prävention und vor allem das Projekt HaLT in Hessen überhaupt nicht aufgeführt sind. Es gibt bereits eine ganze Reihe von positiven Erfahrungen mit diesem Projekt. Das steht allen 26 hessischen Kommunen zur Verfügung.

(Minister Stefan Grüttner: So ist es! Harte Verhandlungen!)

Es gibt eine Anschubfinanzierung, und aktuell beteiligen sich bereits 19 Kommunen an diesem Projekt. Interessant finde ich an diesem Projekt, dass es aus zwei Bausteinen besteht. Es gibt den reaktiven Baustein, der sich mit Jugendlichen befasst, die bereits saufen, und versucht, diesen zu helfen. Es ist sicher auch ein Erfolg, dass in Hessen erreicht wurde, dass sich die privaten und gesetzlichen Krankenkassen an der Arbeit mit diesen Jugendlichen finanziell beteiligen. Ich halte das für einen ganz besonderen Erfolg der Präventionsarbeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der zweite, langfristig noch interessantere Baustein ist der proaktive Baustein, der gezielt versucht, kommunal verankerte Präventionsnetzwerke aufzubauen, um mit den Jugendlichen zu arbeiten und das Phänomen des komatösen Rauschtrinkens tatsächlich in den Griff zu bekommen.

Der SPD-Geszentwurf, der uns jetzt vorliegt, entspricht im Prinzip der Regelung, die in Baden-Württemberg seit dem 1. März 2010 gilt. Es war uns bisher nicht möglich, eine öffentlich zugängliche Auswertung der dortigen Erfahrungen zu bekommen. Ich halte das für sehr wesentlich. Man kann im Prinzip nur beurteilen, ob dieser Ansatz sinnvoll ist oder nicht, indem man nachfragt, wie es dort funktioniert, wo diese gesetzlichen Regelungen bereits bestehen.

Deswegen sind für mich ganz zentrale Fragen, die in der Anhörung geklärt werden müssen:

Erstens. Ist mit einem nächtlichen Verkaufsverbot der Alkoholkonsum, insbesondere das Komasaufen, von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu reduzieren?

Zweitens. Reichen die derzeitigen rechtlichen Grundlagen für die Kommunen aus, um an bestimmten Plätzen den Verkauf oder Konsum von Alkohol zu unterbinden oder zu reduzieren? Da ist die Frage: Braucht man dazu eine flächendeckende Verbotslösung, wie sie die SPD vorschlägt, oder kann man das über Regelungen im HSOG machen, oder indem man die Sperrstunde ausweitet, wie es in Fulda gerade diskutiert wird? Ich glaube, dass die Kommunen tatsächlich ein Problem mit nächtlicher Ruhestörung haben. Die Frage ist nur: Geht es um nächtliche Ruhestörung oder um Komasaufen? Wir müssen immer das Problem und die passende Lösung im Auge haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Geht es um das Komasaufen von Jugendlichen, ist die Frage: Reicht es aus, oder brauchen die Kommunen weitere Steuerungsmöglichkeiten? Geht es um ruhestörenden Lärm, dann brauchen die Kommunen auf jeden Fall Steuerungsmöglichkeiten, und dann müssen wir darüber diskutieren, was der bessere Weg ist: Brauchen wir dazu gesetzliche Regelungen?

Wie gesagt, wir müssen entscheiden, welches Problem wir mit einem Gesetz lösen wollen. Dann können wir entscheiden, welches Gesetz am besten geändert werden muss und mit welchen Maßnahmen.

Ich schlage vor, dass wir jetzt erst einmal abwarten, was die Anhörung ergibt. Ich werde darauf bestehen, dass jemand aus Baden-Württemberg kommt. Die Kriminalstatistik dort lässt noch keine Rückschlüsse auf die Wirkung des Gesetzes zu, das von CDU und FDP verabschiedet wurde. Von daher schauen wir mit großem Interesse der Anhörung entgegen und werden uns dann eine Meinung bilden. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schulz-Asche. – Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Klaff-Isselmann.

Irmgard Klaff-Isselmann (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Richtig ist, dass der Alkoholkonsum Jugendlicher im Alter von 13 bis 20 Jahren insgesamt zurückgegangen ist – so listet es die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung auf. Richtig ist, dass Gewaltkriminalität unter Alkoholeinfluss unverändert hoch ist. Richtig ist auch, dass sich die Zahl der jugendlichen Rauschtrinker in den letzten sechs Jahren um fast ein Drittel erhöht hat.

Es wird Sie also nicht verwundern, wenn ich sage: Wir sind uns einig, dass solche Art von Alkoholmissbrauch durch Jugendliche umfänglich bekämpft werden muss. Jeder jugendliche Rauschtrinker ist einer zu viel.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Damit endet allerdings auch unsere Gemeinsamkeit. Unsere Einschätzung zur Herangehensweise an diesen Missstand divergiert deutlich von der Ihren. Das Verbot von Alkoholverkauf in der Nacht wird der Komplexität der Problematik nicht gerecht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Ich halte Ihren Vorschlag für einen Schnellschuss aus der Hüfte –

(Unruhe – Holger Bellino (CDU): Ein bisschen Ruhe hier! – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir streiten uns gerade!)

– Das können Sie später gerne fortführen. – Wir halten Ihren Vorschlag für einen Schnellschuss aus der Hüfte und würden ihn sogar als Aktionismus bezeichnen, den Sie möglicherweise aufgrund plötzlicher Erkenntnisse gegenüber einem leider allerdings überhaupt nicht neuen Phänomen entwickeln. Warum schwiegen Sie zu dieser Problematik, als im vergangenen Herbst das Hessische Ladenöffnungsgesetz geändert wurde? Ihr eilig nachgeschos-

bener Regulierungsversuch heute dient nicht der nachhaltigen Problemlösung.

Ich möchte Sie bitten, mit mir gemeinsam drei Feststellungen nachzuvollziehen, deren Umsetzung schon heute dazu beiträgt, Missbrauch von Alkohol einzudämmen, ohne dass es eines weiteren Verbots bedürfte.

Feststellung eins. Der Regierungskoalition ist es zu verdanken, dass Ladenöffnungszeiten weitere Einschränkungen erfahren haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Als christlicher Partei ist der CDU der Sonn- und Feiertagsschutz von zentraler Bedeutung.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Eine stadtteilbezogene Öffnung am Sonntag ist nicht mehr beliebig möglich. Insgesamt ist eine Ladenöffnung nur noch an vier Sonntagen möglich, und hier auch erst nach dem Gottesdienst.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die vier Adventsontage sind hiervon gänzlich ausgenommen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Dem unhaltbaren Zustand z. B., dass der Gründonnerstagsabend zum besonderen Einkaufsabend mit Eventcharakter wurde, haben wir entgegengewirkt. Wir sind stolz, dass wir einen weitgehenden Feiertagsschutz installieren konnten.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sie mussten überzeugt werden!)

Das wäre der Zeitpunkt gewesen, zu dem Sie die Ernsthaftigkeit Ihrer Forderung nach Einschränkung von Alkoholverkauf bereits hätten unter Beweis stellen können.

Feststellung zwei. Das Jugendschutzgesetz regelt den Verkauf alkoholischer Getränke an Minderjährige.

Warum werden diese Bestimmungen so oft verletzt? Was macht es so schwierig, die Einhaltung dieser Bestimmungen zu kontrollieren? Kürzlich in Darmstadt durchgeführte Testkäufe haben gezeigt, dass es für Minderjährige ein Leichtes ist, hochprozentige Getränke käuflich zu erwerben. Hier sind die Ordnungsbehörden in besonderer Weise gefordert.

Feststellung drei. Das Zusammenspiel von Jugendlichen und Eltern spielt eine große Rolle.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Eltern müssen sich ihrer Erziehungsverantwortung bewusst sein und diese Verantwortung auch übernehmen. Sie sollten Interesse für die Pläne und Probleme ihrer Kinder zeigen, ihre Aufsichtspflicht ernst nehmen, angemessene Ausgehzeiten mit ihren Kindern vereinbaren und deren Freunde kennen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Kommen wir zurück zu Ihrer Forderung nach dem Aussprechen eines neuen Verbots. Aus meiner Sicht sollte man mit Verboten sehr vorsichtig sein. Vorsicht ist vor allem auch geboten bei Verboten in Bezug auf uns selbst; denn sie bewirken teilweise genau das Gegenteil. Sie ken-

nen die paradoxe Wirkung von Verboten, wenn wir versuchen, an etwas gerade nicht zu denken, es dann aber umso stärker tun. Das Verbotene reizt immer, oder: Druck erzeugt Gegendruck. Das sind uns sehr wohl bekannte Phänomene. In der Tat, je strenger ein Verbot, desto mehr reizt das Austesten der Grenzen.

(Gerhard Merz (SPD): Das ganze Strafgesetzbuch ist voller Verbote!)

Alein das Verbot von Alkoholverkäufen in der Nacht verhindert keine Alkoholexzesse bei jungen Menschen. Bevormundung ist nicht zielführend. Mündigkeit ist das Ziel,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

die Stärkung von Selbstverantwortung und Selbstwert junger Menschen. Starke Jugendliche können die Herausforderungen des Alltags besser bestehen.

Damit sind wir bei der Prävention und deren Grundsätzen angekommen. Herr Dr. Spies, ich denke eben nicht, dass es nur Verfügbarkeit und Preis sind, die zu einer Reduktion des Alkoholkonsums führen.

(Gerhard Merz (SPD): Aber es sind zwei Stellschrauben!)

Aus meiner Sicht ist es sehr wohl auch die Prävention. Moderne Suchtprävention ist eine Kombination von verhaltensbezogenen, individuellen und verhältnisbezogenen, strukturellen Maßnahmen. Junge Menschen, die besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt sind, die z. B. eine hohe Risikobereitschaft aufweisen, die zu Depressionen neigen oder ein geringes Gesundheitsbewusstsein haben, erfahren die Förderung von sozialen Kompetenzen, erlernen Regeln der Kommunikation und erarbeiten Techniken zur Krisenbewältigung. Gleichzeitig wird Einfluss genommen auf die Umgebung der jungen Menschen, wie die Familie, Schule und Arbeitswelt. Das hessische Projekt HaLT – Frau Schulz-Asche, Sie erwähnten es schon – für „Hart am Limit“ verfolgt dieses Konzept moderner Suchtprävention und hat sich in der Praxis sehr bewährt.

Hessen finanziert gemeinsam mit den Krankenkassen, den Landkreisen und den kreisfreien Städten dieses Projekt zur Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen und ist damit das erste Bundesland mit einem einheitlichen Rahmenvertrag. HaLT ist ein Netzwerkansatz, eine Kooperation über Suchthilfe und Pädagogik hinaus. HaLT verfolgt keinen Abstinenzansatz, sondern tritt für eine gute, angemessene Festkultur ein. Prävention in diesem Sinne ist es, mit persönlichkeitsorientiertem Ansatz Lebenskompetenz zu vermitteln, womit wir Menschen wegführen von dem Glauben an die Zwangsläufigkeit und Notwendigkeit von Alkoholexzessen. Ein junger Mensch, der in dieser Weise gestärkt seinem Umfeld entgegentreten kann, hat die Chance, sich gegenüber seinem Freundeskreis und auch gegen sich selbst zu behaupten und die Sinnlosigkeit und Gesundheitsgefährdung durch Alkoholmissbrauch zu erkennen.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Frau Klaff-Isselmann, ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

Irmgard Klaff-Isselmann (CDU):

Das tue ich gerade. – Anscheinend haben Sie das Gesetzgebungsverfahren zum Hessischen Ladenöffnungsgesetz im letzten Jahr verschlafen. Das Phänomen des Rauschtrinkens ist nicht neu. Wieso haben Sie es nicht bereits im Rahmen der Evaluierung vorgetragen? Jetzt versuchen Sie, eine übereilte Regelung zu schaffen. Das wird dem Problem – ich habe es geschildert – allerdings nicht gerecht. Einen Schnellschuss in Gesetzesform, wie Sie ihn hier vorhaben, lehnen wir daher ab. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Klaff-Isselmann. Frau Klaff-Isselmann, es war Ihre erste Rede im Haus, und das unter erschwerten Bedingungen, weil der Tagesordnungspunkt erst nach 18 Uhr aufgerufen wurde. Daher einen ganz besonders herzlichen Glückwunsch des gesamten Hauses.

(Beifall)

Sie können auch gleich richtig einsteigen, weil Sie schon eine Kurzintervention provoziert haben. Herr Kollege Dr. Spies hat sich zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet.

(Leif Blum (FDP): Sehr vielversprechend! – Janine Wissler (DIE LINKE): Nicht bei der ersten Rede!)

Dr. Thomas Spies (SPD):

Verehrte Frau Kollegin, herzlichen Dank für Ihren klugen und in fast allen Punkten zustimmungsfähigen Beitrag, was die Frage angeht, dass die Prävention von Alkoholumismus eine umfassende Aufgabe ist, die an ganz vielen Stellschrauben ansetzen muss. Eine davon – da sind wir allerdings dissent – ist die Verfügbarkeit. Insofern ist das ein Baustein. Allerdings wage ich zu bezweifeln, dass man das Verhalten mitfühlender Eltern, die sich angemessen um ihre Kinder kümmern, in ein Gesetz packen kann. Aber das ist ein anderes Thema.

Auf einen Punkt möchte ich allerdings ausdrücklich hinweisen, weil er mehrfach erwähnt wurde und falsch ist. In der Debatte um das Ladenschlussgesetz hat die SPD-Fraktion seinerzeit sehr ausdrücklich erstens die Suchthilfeinrichtungen als Anzuhörende vorgeschlagen, um diesem Aspekt eine Rolle zu geben.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie hat zweitens mehrfach und nachdrücklich schon damals die Forderung erhoben, dass man aus Gründen der Suchtprävention die längere Verfügbarkeit von Alkoholeinkäufen im Ladenöffnungsgesetz als Ausnahme gestalten muss.

Drittens. Der Herr Staatsminister hat vor ziemlich genau einem Jahr vor der Einbringung unseres Gesetzentwurfs erklärt, er wolle genau diese Frage prüfen. Nach nun einem Jahr – ich wollte gar nicht weiter darauf herumreiten – ist immer noch nichts passiert. Wir haben die Initiative und die Überlegungen von Herrn Staatsminister Grüttner aufgenommen

(Minister Stefan Grüttner: Ich habe nichts gesagt!)

– zumindest wird er in der „HNA“ vom 3. Januar 2011 so zitiert –, ein Verkaufsverbot von 22 bis 5 Uhr nach baden-württembergischem Vorbild prüfen zu wollen.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

(Minister Stefan Grüttner: Ich bin auch zu einem Ergebnis gekommen!)

Dr. Thomas Spies (SPD):

Mein letzter Satz. – Mir erscheint die Frage, warum wir das nicht im Ladenschlussgesetz eingebracht haben, hinreichend beantwortet. Ansonsten noch einmal vielen Dank. Der Beitrag war umfassend und brachte das ganze Spektrum heraus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Spies. – Die nächste Wortmeldung ist vom Kollegen Lenders für die FDP-Fraktion.

Jürgen Lenders (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich darf mich dem Lob anschließen. Das war eine sehr fundierte und von Kompetenz geprägte Rede, die die Problematik hervorragend beschrieben hat. Deswegen werde ich darauf auch nicht mehr groß eingehen.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion macht einen Fehler. Sie geht systematisch falsch an dieses Problem heran. Wir haben nun einmal das Gaststättenrecht. In Gaststätten wird Alkohol im Prinzip vor Ort konsumiert. Wir haben Stadtfeste oder Kirmesveranstaltungen. Das sind meistens die Orte, auf denen Menschen dazu geführt werden, Alkohol zu missbrauchen und übers Ziel hinauszuschießen. Hier will die SPD jetzt den Einzelhandel als Problem erkannt haben.

Der Einzelhandel – Herr Dr. Spies, Tankstellen verkaufen übrigens seit Jahrzehnten Alkohol –, der gesamte Lebensmittelhandel, wäre betroffen. Wenn man sich eine Umsetzung dieses SPD-Gesetzentwurfs vorstellt, heißt das, dass ich, wenn ich nach 22 Uhr einkaufen gehe, nicht einmal mehr eine Flasche Wein zum Abendessen kaufen kann. Das ist absolut übers Ziel hinausgeschossen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Was Sie meinen, ist der Straßenverkauf, den der Einzelhandel auch betreiben kann. Das heißt, er verkauft eine Flasche Bier oder meinetwegen auch eine Flasche Wodka an den Jugendlichen oder an jemand anderen, der dem Missbrauch anheimfällt. Dieser Straßenverkauf im Einzelhandel spielt aber eine untergeordnete Rolle; er findet fast nicht statt. Damit ist die Verhältnismäßigkeit, die Sie mit diesem Gesetzentwurf infrage stellen, nicht mehr gewahrt. Ich weiß nicht, ob das nicht sogar verfassungsrechtlich bedenklich ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wirtschaftlich gesehen, ist das Problem bei den Gaststätten angesiedelt. Wir werden auch dies mit dem neuen Gaststättenrecht durchaus zum Thema machen. Das Flatratesaufen will niemand schönreden, das Problem ist da. Aber wir werden das Problem da angehen, wo es systematisch auch richtig verortet ist, und zwar im Gaststättenrecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

In diesem Sinne – die Kollegin hat es schon ausgeführt – führt Ihr Gesetzentwurf eher dazu, dass es zu einer Verschärfung des Problems statt zu einer Entlastung kommt. Sie wollen, dass diese Regelung gleich für alle Bürger gilt. Das schießt übers Ziel hinaus. Sie beschreiben zwar in Ihrer Begründung, dass es um Jugendliche gehe. Aber Sie wollen dieses Gesetz gerade für alle Bürger in Hessen zur Anwendung bringen. Damit zeigt sich sehr deutlich, wohin unsere Gesellschaft käme, wenn die SPD dieses Land führen würde. Daher: Freiheit zur Verantwortung. Keine Bevormundung der Bürger, keine Entmündigung der Bürger, wie es die SPD vorhat – das ist die Direktive der FDP.

(Beifall bei der FDP)

Prävention statt Verbot – keine nutzlose Prohibition, wie Sie sie hier gerade andenken. Nein, meine Damen und Herren, wir müssen vor allem unsere Angebote im Bereich der Prävention auch auf Jugendliche und junge Erwachsene ausrichten. Wie soll ein junger Mensch den vernünftigen Umgang mit Alkohol praktizieren, wenn er nicht seine eigenen Erfahrungen machen darf? – Solche Gesetzentwürfe führen nur dazu, dass Sie mit Verboten das genaue Gegenteil erreichen. Das wird eine Gegenbewegung gerade bei Jugendlichen auslösen.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir glauben, dass jeder seine eigenen Erfahrungen machen muss. Jeder junge Mensch muss sich seiner Verantwortung stellen. Daher gilt die Devise: Wir glauben, dass Jugendliche auch mit Alkohol verantwortungsbewusst umgehen können. Ich glaube, dass unsere Jugendlichen in Hessen viel besser sind, als Sie sie hier darstellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Nun hat Herr Kollege Dr. Wilken für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Lenders, ich glaube nicht, dass ich in meinem Leben zunächst sturzbetrunken gewesen sein muss, um verantwortungsvoll mit Alkohol umgehen zu können.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU: Das hat er auch nicht gesagt!)

Ich glaube auch nicht, dass ich mit der Verfassungswidrigkeitskeule kommen muss, um mich kritisch mit diesem Gesetzentwurf der Sozialdemokraten auseinanderzusetzen.

Ich hatte von einigen Pressemitteilungen aus Ihrer Fraktion erwartet, dass Sie sich unserer Einschätzung annähern würden, bin aber gerade eines Besseren belehrt worden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig in diesem Haus, dass Drogenmissbrauch durch Alkohol das schwerwiegendste Problem und das Problem Nummer eins bei Drogenmissbrauch insgesamt ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind uns wohl auch einig darüber – und da schließe ich mich ganz besonders der Rednerin der CDU an –, dass es dabei sowohl um Prävention als auch um Kurmaßnahmen gehen muss. Herr Dr. Spies, da geht mir Ihr Gesetzentwurf doch zu sehr in Richtung der Symptomabschwächung und nicht auf Verhaltens- und oder Verhältnisprävention ein.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie bleiben uns eine Antwort schuldig, warum die bestehenden Regelungen des Jugendschutzes, die offensichtlich unterlaufen werden, bei einer Umsetzung Ihres Gesetzes nicht genauso gut unterlaufen würden. Dazu bleiben Sie jedes Wort schuldig. Sie bleiben auch – Frau Kollegin Schulz-Asche hat bereits darauf hingewiesen – jedes Wort zu einer ersten Auswertung der Regelungen in Baden-Württemberg schuldig. Vielleicht werden wir in der Anhörung gemeinsam schlauer. Vor allen Dingen aber bleiben Sie die Antwort auf die Frage schuldig, was eigentlich neu in diesem Land ist: die Verfügbarkeit von Alkohol auch nach 22 Uhr oder die Tatsache, dass immer mehr vor allem jugendliche Menschen so viele Probleme haben, dass sie meinen, sie ertränken zu müssen? – Die Antwort darauf bleiben Sie schuldig. Und da sind wir bei der Verhältnisprävention.

Die Ursachen des über- und unmäßigen Alkoholkonsums wie Leistungsdruck und Perspektivlosigkeit nehmen Sie überhaupt nicht in den Blick – kein Wunder, Sie haben bundespolitisch mit dazu beigetragen, dass es diesen Leistungsdruck und diese Perspektivlosigkeit gibt.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass wir uns in der Anhörung nicht nur fragen, ob dieses Gesetz nicht vollkommen an einer wünschenswerten Wirkung vorbeigeht, sondern dass wir uns auch Gedanken darüber machen, wie wir Lebenswirklichkeit und Lebensperspektiven von Jugendlichen gestalten können, sodass sie nicht den Druck verspüren, sich ins Koma saufen zu müssen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wilken. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Sozialminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe selten einen so schlechten Gesetzentwurf gesehen wie den heute behandelten der SPD, der nicht nur zu spät kommt, sondern auch vollkommen an den Realitäten vorbeigeht.

(Günter Rudolph (SPD): Arrogant!)

Dann hat er auch noch eine Aussage von mir zum Gegenstand, die ich vor einem Jahr in der „HNA“ gemacht habe – das ist richtig –: dass durchaus zu prüfen sei, ob auch ein Verkaufsverbot von Alkoholika einen Beitrag dazu leisten könnte, gegen Alkoholmissbrauch vorzugehen bzw. das, was unter dem Namen „Flatratepartys“ oder „Komasaufen“ bekannt ist, tatsächlich zu verhindern.

Das Problem ist, dass Sie daraus einen Koalitionszwist zu erkennen glauben, ich es aber, wie angekündigt, geprüft habe. Ich habe intensiv in Baden-Württemberg nachgeschaut, was dort los ist, und gefragt, ob es schon reale Ergebnisse gibt, die möglicherweise umgesetzt werden können. Im Übrigen war ich das nicht allein, sondern es haben noch 14 weitere Länder danach gefragt; denn dieses Phänomen gibt es bundesweit. Es ist erstaunlich, dass mit Ausnahme von Baden-Württemberg bisher kein einziges Land gesagt hat, dass dies der Weisheit letzter Schluss ist und gemacht werden muss.

Es hat mich überrascht, als ich bei den Ergebnissen der Gespräche aus Baden-Württemberg mitbekommen habe, dass die Anzahl der Überfälle auf Tankstellen nach der Kriminalstatistik und nach Aussage der Polizei zurückgeht.

Deswegen ist das – sage ich – ein schlechter Gesetzentwurf. Man muss das irgendwo in Gesetzen im Bereich des Innern verankern. Das größte Problem, das Sie damit angehen wollen, nämlich der Alkoholmissbrauch, ist in Baden-Württemberg nicht feststellbar gewesen. Es ist noch nicht einmal eine marginale Größe, dass in Baden-Württemberg auf der Grundlage dieses Verkaufsverbots Alkoholmissbrauch von Jugendlichen zurückgegangen ist. Hätten Sie sich sachkundig gemacht, hätten Sie dieses Ergebnis auch bekommen.

Deswegen ist es schlicht und einfach ein Punkt, einmal zu prüfen und zu sagen, dass man zu einem Ergebnis kommt. Es bleibt dabei: Sie haben die Debatte von vor einem Jahr und im September bei der Diskussion zum Ladenöffnungsgesetz verschlafen und meinen jetzt, mit einem singulären Gesetz an dieser Stelle noch zu punkten.

Wir sind uns alle einig – das haben Frau Kollegin Klaff-Iselmann, aber auch andere Redner hervorragend dargestellt –, dass Alkohol und Missbrauch von Alkohol ein Riesenproblem sind. Es ist aber ein falscher Ansatz, zu glauben, mit Restriktionen und Verboten dieses Problems Herr zu werden. Das zeigen alle Ergebnisse an dieser Stelle.

Ich will nicht unsere gesamten Präventionsmaßnahmen aufführen, die schon genannt worden sind, insbesondere „HaLT – Hart am Limit“. Es waren schwierige Verhandlungen mit den Krankenkassen, um sie zur Kostenträgerschaft zu bringen. Ich würde mir wünschen, wenn nicht nur 19 Gebietskörperschaften in Hessen, sondern alle mitmachen würden. Und ich würde mir wünschen, wenn auch die Sozialdemokraten Einfluss auf ihre kommunal-

politisch Verantwortlichen nehmen würden, sich diesem Problem vor Ort zu stellen,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

und nicht glauben, dass es durch einen Gesetzentwurf zu einer entsprechenden Lösung kommen kann.

Ich will noch zwei Punkte nennen, die bisher keine Erwähnung gefunden haben.

Das Erste ist, wir haben mit dem Hotel- und Gaststättenverband eine gemeinsame Aktion initiiert und Vereinbarungen abgeschlossen, die insbesondere gegen das, was unter „Flatratepartys“ oder „Komasaufen“ bekannt ist, vorgehen. Ich finde, dass die Hotel- und Gaststättenvereinigungen und die Gastronomie in Hessen sehr verantwortungsvoll damit umgegangen sind. Insofern ist diese Fragestellung auch ein Baustein von Prävention, der durchaus Erwähnung finden sollte, weil wir mit Kooperationspartnern arbeiten.

Ich will Ihnen noch etwas dazu sagen, wo man sieht, dass das Problem virulent ist, aber nicht zwischen 22 und 5 Uhr und an den Tankstellen und Verkaufsstellen festgemacht werden kann. Die meisten betrunkenen Jugendlichen – so leid es einem tut – sind in der letzten Zeit während der Fastnachtssaison und bei den Karnevalsuzügen vorgekommen. Dort wurden massenhaft Jugendliche herausgefischt, die bis über die Grenze hinweg getrunken hatten.

Wir müssen uns überlegen, wie wir weiter mit Präventionsarbeit und Aufklärungsarbeit versuchen können, solchen Missständen, solchem, die eigene Gesundheit schädigendem Verhalten vorzubeugen, wie wir aufklären und Jugendliche stark machen können, dass sie den Versuchen widerstehen, und nicht mit sinnlosen und nichts bringenden Verboten in der Nachtzeit an Tankstellen versuchen, dieser Probleme Herr zu werden.

(Günter Rudolph (SPD): Uiuui!)

Insofern ist dieser Gesetzentwurf etwas, was schlicht und einfach an der Sache vorbeigeht und der Sache nicht hilft.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Ihr Beitrag!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Grüttner. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfs hat hiermit stattgefunden, und wir überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Wir sind schon am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

(Schluss: 19:03 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 63)**Abstimmungsliste**

über die namentliche Abstimmung zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Revisionsantrag gegen das Nachtflugverbot zurückziehen – Drucks. 18/5363 –

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt	Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt
Al-Wazir, Tarek	GRÜNE	x				Lenz, Aloys	CDU		x		
Arnold, Dr. Walter	CDU		x			Lortz, Frank	CDU		x		
Bächle-Scholz, Sabine	CDU		x			Lotz, Heinz	SPD	x			
Banzer, Jürgen	CDU		x			May, Daniel	GRÜNE	x			
Bartelt, Dr. Ralf-Norbert	CDU		x			Merz, Gerhard	SPD	x			
Bauer, Alexander	CDU		x			Mick, Hans-Christian	FDP		x		
Bellino, Holger	CDU		x			Milde (Griesheim), Gottfried	CDU		x		
Beuth, Peter	CDU		x			Müller (Kassel), Karin	GRÜNE	x			
Blehschmidt, Dr. Frank	FDP		x			Müller (Schwalmstadt), Regine	SPD	x			
Blum, Leif	FDP		x			Müller (Gelnhausen), Dr. Rolf	CDU		x		
Bocklet, Marcus	GRÜNE	x				Müller (Heidenrod), Stefan	FDP		x		
Boddenberg, Michael	CDU		x			Noll, Alexander	FDP		x		
Bouffier, Volker	CDU		x			Ooyen, Willi van	LINKE	x			
Büger, Dr. Matthias	FDP		x			Öztürk, Mürvet	GRÜNE	x			
Cárdenas, Barbara	LINKE	x				Paulus, Jochen	FDP		x		
Caspar, Ulrich	CDU		x			Pauly-Bender, Dr. Judith	SPD				x
Decker, Wolfgang	SPD	x				Pentz, Manfred	CDU		x		
Dietz, Klaus	CDU		x			Peuser, Helmut	CDU		x		
Dom, Angela	GRÜNE				x	Posch, Dieter	FDP		x		
Döweling, Mario	FDP		x			Quanz, Lothar	SPD	x			
Enslin, Ellen	GRÜNE	x				Ravensburg, Claudia	CDU		x		
Erfurth, Sigrid	GRÜNE	x				Reif, Clemens	CDU		x		
Faeser, Nancy	SPD	x				Rentsch, Florian	FDP		x		
Feldmayer, Martina	GRÜNE	x				Reuscher, Wilhelm	FDP		x		
Frankenberger, Uwe	SPD	x				Reuter, Dr. Michael	SPD	x			
Franz, Dieter	SPD	x				Rock, René	FDP		x		
Frömmrich, Jürgen	GRÜNE	x				Roth, Ernst-Ewald	SPD	x			
Fuhrmann, Petra	SPD	x				Rudolph, Günter	SPD	x			
Gerling, Alfons	CDU		x			Schäfer-Gümbel, Thorsten	SPD	x			
Gnadl, Lisa	SPD				x	Schaus, Hermann	LINKE	x			
Görig, Manfred	SPD	x				Schmitt, Norbert	SPD	x			
Greilich, Wolfgang	FDP		x			Schneider, Jan	CDU		x		
Gremmels, Timon	SPD	x				Schork, Günter	CDU		x		
Grumbach, Gemot	SPD	x				Schott, Marjana	LINKE				x
Grüttner, Stefan	CDU		x			Schulz-Asche, Kordula	GRÜNE	x			
Habermann, Heike	SPD	x				Schwarz, Armin	CDU		x		
Hahn, Jörg-Uwe	FDP		x			Seyffardt, Hans-Peter	CDU		x		
Hammann, Ursula	GRÜNE	x				Siebel, Michael	SPD	x			
Heidel, Heinrich	FDP		x			Sorge, Sarah	GRÜNE	x			
Heinz, Christian	CDU		x			Spies, Dr. Thomas	SPD	x			
Henzler, Dorothea	FDP		x			Stephan, Peter	CDU		x		
Herr, Dr. Norbert	CDU		x			Sürmann, Frank	FDP		x		
Hofmann, Heike	SPD	x				Tipi, Ismail	CDU		x		
Hofmeyer, Brigitte	SPD				x	Utter, Tobias	CDU		x		
Honka, Hartmut	CDU		x			Wagner (Lahntal), Dr. Christean	CDU		x		
Irmer, Hans-Jürgen	CDU		x			Wagner (Taunus), Mathias	GRÜNE	x			
Jürgens, Dr. Andreas	GRÜNE	x				Wallmann, Astrid	CDU		x		
Kahl, Reinhard	SPD	x				Wamecke, Torsten	SPD	x			
Kartmann, Norbert	CDU		x			Waschke, Sabine	SPD	x			
Kaufmann, Frank-Peter	GRÜNE	x				Weimar, Karlheinz	CDU		x		
Klaff-Isselmann, Irmgard	CDU		x			Weiß, Marius	SPD	x			
Klee, Horst	CDU		x			Wiegel, Kurt	CDU				x
Klein (Freigericht), Hugo	CDU		x			Wiesmann, Bettina	CDU		x		
Klose, Kai	GRÜNE	x				Wilken, Dr. Ulrich	LINKE	x			
Krüger, Fritz-Wilhelm	FDP		x			Wintermeyer, Axel	CDU		x		
Kühne-Hörmann, Eva	CDU		x			Wissler, Janine	LINKE	x			
Landau, Dirk	CDU		x			Wolff, Karin	CDU		x		
Lannert, Judith	CDU		x			Ypsilanti, Andrea	SPD	x			
Lenders, Jürgen	FDP		x			Zech, Helmut von	FDP		x		